

10 Jahre Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Informationsseminar am 20. April 2006
in Halle (Saale)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Referenten die Verantwortung.

Landesbeauftragter für die Unterlagen des
Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
in Sachsen-Anhalt
Klewitzstraße 4
39112 Magdeburg

2006

Druck: Garloff Media GmbH

Inhalt

André Gursky, Halle (Saale) Der „Rote Ochse“. Gedenkort mit doppelter Diktaturerfahrung	2
Prof. Dr. Uwe Backes, Dresden Nationalsozialistische und realsozialistische Diktatur in Deutschland: „totalitäre“, „posttotalitäre“ oder „autoritäre“ Herrschaft?	17
Prof. Dr. Matthias Kaufmann, Halle (Saale) Menschenrechte als rechtsphilosophisches Problem	34
Dr. Detlef Garbe, Hamburg-Neuengamme Verfolgung der Zeugen Jehovas in der NS- und in der DDR-Diktatur: Motive, Herrschaftstechniken und Widerstandsformen	47
Prof. Dr. Michael Lemke, Berlin Die Sowjetisierung der SBZ/DDR. Ziele, Strukturen, Wirkungen	68
OSTA Dr. Hans-Jürgen Grasemann, Braunschweig Politische Justiz als Herrschaftsinstrument von SED und MfS	86
Autorenverzeichnis	

Der „Rote Ochse“ – Gedenkort mit doppelter Diktaturerfahrung

André Gursky,
Halle (Saale)



Vorbemerkung: Der Besserungsgedanke. Einige Anmerkungen zur Geschichte des „Roten Ochsen“ im europäischen Kontext des vordiktatorischen Jahrhunderts

Die Haftanstalt „Roter Ochse“ verweist in ihrer über 150-jährigen Entwicklung auf einen für gesamtdeutsche Verhältnisse einmaligen Befund. Seit 1848/49 manifestiert sich in der Haftpraxis des historischen Ortes neben der Verwahrung von kriminellen Straftätern die Inhaftierung von Menschen aus politischen und/oder rassistischen Gründen.

Insofern besitzt die heutige Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) den bildungspädagogisch relevanten Bonus, vergleichende Aspekte von staatlichen Unrechtssystemen thematisieren zu können.

Die hallesche Haftanstalt erlangte bereits Mitte des 19. Jahrhunderts als Reformgefängnis weit über den preußischen Staat hinaus eine enorme Bedeutung. Der Berliner Strafreformer Julius studierte in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts ausführlich das amerikanische Strafsystem, das er als **Besserungssystem** von der althergebrachten Meinung und Interpretation des Gefängniswesens als Bestrafungssystem unterschied.

In Amerika wie in Europa gibt es achtungswürdige Männer, deren Geist sich von philosophischen Träumereien nährt, und deren Empfindsamkeit der Täuschungen bedarf. Diese Männer, für welche die

*Menschenliebe ein Bedürfnis geworden ist, finden in dem Besserungssysteme eine Nahrung für ihre großmüthige Leidenschaft. Von Begriffen ausgehend, welche sich mehr oder minder von der Wirklichkeit entfernen, betrachten sie den Menschen, wenn er auch noch so weit im Verbrechen fortgeschritten ist, immer noch als fähig, zur Tugend zurückgeführt zu werden.*¹

Rechtsphilosophische Überlegungen waren im Prozess der Demokratisierung des Justizwesens richtungsweisend, was namentlich an dem englischen Rechtsgelehrten J. Bentham (1748–1832) festgemacht werden kann. Der Begründer des Utilitarismus² veröffentlichte bereits 1787 eine als Brieffolge herausgegebene Untersuchung über eine Musteranstalt für Gefängene, Irre, Bettler und Arme unter dem Titel: „Panopticon or the Inspection House“.

Julius hat das Werk in seinen Vorlesungen über Gefängniskunde auszugsweise wiedergegeben, was letztlich für den beachtlichen Stellenwert der Benthamschen Vorstellungen spricht.

Auch Howard, der englische Gefängnisreformer, ließ sich vom Panopticon inspirieren. Durch das Besserungshausgesetz (1794) wurde der britischen Regierung die Vollmacht für die Errichtung solcher Häuser erteilt.³

In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts entstand, Benthams Plänen ähnlich, das holländische Gefängnis Arnheim. Parallel zur Kreisform des Panopticons entwickelten sich in England und den Vereinigten Staaten von Amerika strahlenförmige Gefängnisbauten, deren Verwendung als Gefängnisse und Irrenanstalten das englische Irrengesetz aus dem Jahre 1808 nachdrücklich forderte.

In den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts reisten Dr. N. H. Julius (1825) und K. F. Schinkel (1826) als preußische Regierungsvertreter nach England, um sich über den Stand der Architektur von Gefängnisbauten zu informieren und sich mit englischen Vertretern auszutauschen. Julius selbst favorisierte den Strahlenplan als Musterplan für reformhumanistische Zuchthäuser, deren begründete Absicht er in seinen Berliner Vorlesungen über Gefängniskunde im

1 Vgl. Julius, N. H.: Amerikanisches Besserungssystem, Berlin 1833, S. 87.

2 Position der Ethik, welche die Richtigkeit einer Handlung nach der Nützlichkeit ihrer Folgen beurteilt. Benthams Intention richtete sich darauf, einen Beurteilungsmaßstab bereitzustellen, nach dessen Maßgabe rechtliche und gesetzliche Maßnahmen zur Sicherstellung einer langfristigen Interessenharmonie in Gesellschaft und Staat getroffen werden können. Vgl. Metzler-Philosophie-Lexikon, Stichwort: Utilitarismus, 2. erw. Aufl., hrsg. von Precht, Peter/Burkard, Franz-Peter, Stuttgart-Weimar 1999, S. 623. Zum klassischen Utilitarismus vgl. auch Rawls, J.: Eine Theorie der Gerechtigkeit, 10. Aufl., Frankfurt a. M. 1998, S. 40f.

3 Vgl. Pfeiffer, H.: Neuzeitliche Gefängnisbauten und ihre Geschichte, Stuttgart 1934, S. 52.

Frühjahr 1827 unterstrich.⁴ Seine zwölf Vorlesungen wurden übrigens auch u. a. vom preußischen König Friedrich Wilhelm III. besucht.

Sowohl die baugeschichtliche Entwicklung als auch die reformhumanistische Ausrichtung der halleschen Haftanstalt „Roter Ochse“ sind erheblich von den kontinentalen Debatten um eine einheitliche Organisation des Gefängniswesens in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts beeinflusst worden.

Die dem Auburnschen Haftsystem⁵ zugrunde liegende Einzelhaft im Rahmen einer Innenzellenstruktur verschmolz zunehmend mit dem im Mustergefängnis Pentonville (England) praktizierten Strahlensystem.

Friedrich Wilhelm IV. ordnete schließlich mit einer Kabinettsordre vom 13.07.1840 an, eine sorgfältige Prüfung der Straf- und Gefängnisanstalten, namentlich der Behandlungs- und Beschäftigungsweise der Sträflinge und Gefangenen, vorzunehmen. Strahlenplan und Einzelunterbringungen fanden beim Bau des „Roten Ochsen“ (1836–1841) Berücksichtigung.

In den Planungsakten sind die Veränderungen während der Bauausführung auf dem heutigen Gelände der Haftanstalt nach über 150 Jahren fast minutiös nachvollziehbar.⁶

Der Vorzug der Einzelunterbringung in großen Haftanstalten wurde bereits von dem halleschen Gefängnisreformer und Theologen H. B. Wagnitz⁷ Ende des 18. Jahrhunderts erkannt. Wagnitz kritisierte in seinen Schriften⁸ die räumliche Gestaltung der meist kleineren Anstalten in Deutschland, deren Lage in ringsum verbauter Umgebung bei eventueller Überfüllung keine Ausdehnungsmöglichkeit bot. Meistens, stellte Wagnitz fest, erfolgte die Unterbringung der Insassen in Gemeinschaftsräumen. In seinem Werk: „Ideen und Pläne zur Verbesserung der Polizey- und Criminalanstalten“ (erschieden in Halle 1801)

4 Julius, N. H.: Gefängniskunde – oder über die Verbesserung der Gefängnisse, Berlin 1828.

5 Zum Auburnschen Haftsystem vermerkt Julius: *Die Gegner von Auburn sagen und schreiben, das Besserungssystem habe in dieser Anstalt einen so geringen Erfolg gehabt, daß es ganz aufgehoben worden sei. Man darf zwar behaupten, dass die Bemühungen für die Wiedergeburt der Sträflinge nicht immer gelingen, aber es wäre ungenau, wenn man sagen wollte, dass ihre Besserung in Auburn nicht mehr bezweckt wird. Wir können im Gegentheile bezeugen, daß die an der Spitze dieser Anstalt stehenden Männer diesen Zweck mit großer Wärme verfolgen.*, Julius: ebd. wie Anm. 4, S. 96, Anm. 2.

6 Vgl. auch Bauplanung inkl. Baukostenkalkulation zum „Roten Ochsen“ in: Krohne, E./Uber, R. (Hrsg.): Strafanstalten und Gefängnisse in Preußen, Berlin 1901.

7 Zu Wagnitz vgl. den Aufsatz von Schidorowitz, Monika: Heinrich Balthasar Wagnitz (1755–1838). Ein Zuchthausprediger, in: Zeitschrift für Heimatforschung, hrsg. von Gursky, André/Lindner, Peter, Heft 7 (1998), S. 75 ff.

8 Hierzu vgl. Wagnitz, H. B.: Historische Nachrichten und Bemerkungen über die merkwürdigsten Zuchthäuser in Deutschland, Bd. I, II und III, Halle 1791.

förderte Wagnitz eine zentrale große Anstalt, bestehend aus einem Zucht- und einem Besserungshaus. Erst einige Jahre später – nach Julius' Englandreise – erinnerte man sich der Reformvorschläge von Wagnitz aus Halle a. d. Saale, die in den Wirren der Jahrhundertwende und der Napoleonischen Kriege auf deutschem Boden kaum Widerhall gefunden hatten.

Von Anfang an richtete Julius sein Hauptaugenmerk beim vorzunehmenden Bau von Zuchthäusern in Preußen auf die Erhöhung der Sicherheit.

Nicht durch einfache Beaufsichtigung, sondern durch unsichtbare Überwachung sollen die Gefangenen im Zaum gehalten werden. Horchröhren führen in ihre Räume, die von einem Netz verdeckter Wallgräben umgeben sind. Treppen, Gänge und Türen sollen so schmal sein, daß man nicht zu zweit nebeneinander gehen kann; die Zellentüren drehen sich in der Mitte um oben und unten eingelassene Angeln.

Die Wagnitzschen Alarmglocken waren trotz ihrer erwiesenen Unbrauchbarkeit aufs neue vorgeschlagen.⁹

Gemeinsam mit Schinkel und Moeller van den Bruck plädierte der Rechtsgelehrte Julius gegenüber Friedrich Wilhelm III. für die Umsetzung des außerhalb des europäischen Festlandes (USA/England) bereits mehrfach erprobten Strahlenplanes. Mit der Regierungsübernahme Friedrich Wilhelms IV., der persönlich die britische Haftanstalt Pentonville besichtigte, wurde die richtungsweisende Ausprägung der Gefängnisarchitektur durch den Schinkel-Schüler Oberbaurat Busse beim Bau des Berliner Gefängnisses Moabit (Fertigstellung 1846) beibehalten.

Die Rechtwinkligkeit der preußischen Strahlenpläne, so Pfeiffer, und die starke Symmetrie in der Lage der Nebengebäude verleihen den Bauten ein ausgesprochen klassizistisches Gepräge.¹⁰

Das Bauprinzip findet sich trotz der andersartigen Inneneinrichtung in der Strafanstalt zu Halle wieder.

Rechtsstaatlichkeit befand sich im Wandel von einem konstitutionellem Bezug hin zu einer bürgerlich-freiheitlichen, später dann auch demokratischen Perspektive.¹¹ Aspekte dieses Entwicklungsprozesses (Strahlenplan und Auburnsches Haftsystem) werden in der konkreten baugeschichtlichen Form des Haftortes offensichtlich, worüber eine 3-

9 Pfeiffer: a. a. O. wie Anm. 3, S. 81 f.

10 Ebd.

11 Vgl. zur historischen Entwicklung des Rechtsstaatsbegriffs: Böckenförde, E.-W.: Entstehung und Wandel des Rechtsstaatsbegriffs, in: ders.: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Frankfurt a. M. 1991, S. 143 ff.

D-Animation sowie eine Reihe von historischen Unterlagen zur Baugeschichte informieren.

Baugeschichte erscheint hier als unmittelbar umgesetzte Ideengeschichte, nämlich als Prozess der humanistischen Reformierung des Strafvollzuges im Rahmen einer auf der freiheitlichen Vernunft (um mit Kant zu sprechen) beruhenden Sittlichkeit in der Gesellschaft, einer Sittlichkeit, deren mögliche individuelle Selbstentfaltung als repräsentativ für das vordiktatorische Jahrhundert im Vormärz betrachtet werden kann.¹²

Doch schon bald verschwand der humanistisch orientierte Sittlichkeitsstaat hinter formalen Prinzipien. Das neue Staatsprinzip war nicht mehr, folgt man F. J. Stahl¹³ (1856) auf Sittlichkeit gegründet, sondern es konstituierte sich als politische Herrschaftsgewalt quasi jenseits von Staatsinhalten und einem wie auch immer zu bestimmenden Staatszweck.

Das Prinzip der Herrschaft – von Gewalt und Macht – im strafrechtlichen Kontext wird bereits in den politischen Prozessen und im Vollzug der Strafe im Zeitraum zwischen 1850 und 1933 deutlich. Darüber zu befinden ist an dieser Stelle nicht der Ort.¹⁴

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) thematisiert heute den Verlust von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien in Folge des Herrschaftsanspruches demokratisch nicht legitimierter Regierungs- und Staatsformen – gleichsam im Namen von großen weltpolitisch einflussreichen Ideologien¹⁵, die den oben aufgezeigten Besserungsgedanken sowohl für die Gesellschaft als auch den Menschen ihrem Charakter entsprechend unterschiedlich beansprucht und auch verinnerlicht haben.

12 *Mit der Idee der Freiheit ist nun der Begriff der Autonomie unzertrennlich verbunden, mit diesem aber das allgemeine Prinzip der Sittlichkeit, welches in der Idee allen Handlungen vernünftiger Wesen ebenso zum Grunde liegt, als Naturgesetz allen Erscheinungen.*, Kant, I.: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, in: Digitale Bibliothek Philosophie, S. 14284 (vgl. Kant-W., Bd. 7, S. 88–89). Weiterführend zu Kant: Dreier, R.: Zur Einheit der praktischen Philosophie Kants. Kants Rechtsphilosophie im Kontext seiner Moralphilosophie, in: ders.: Recht-Moral-Ideologie. Studien zur Rechtstheorie, Frankfurt a. M. 1981, S. 286 ff.

13 Vgl. Grosser, D.: Grundlagen und Struktur der Staatslehre Friedrich Julius Stahls, Köln und Opladen 1963, Kieseewetter, H.: Von Hegel zu Hitler. Zur politischen Verwirklichung einer totalitären Machtstaatstheorie in Deutschland (1815–1945), 2. Ausg., Frankfurt a. M. 1995, S. 147 ff.

14 Vgl. weiterführende Studien hierzu in: Böckenförde, E.-W: a. a. O. wie Anm. 11.

15 Ideologiekritische Aspekte zur *Faszination des Nationalsozialismus* (Saul Friedländer) und zur *kommunistischen Versuchung* (Andrzej Szczypiorski) werden in „Berichte und Studien“, Nr. 12 vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung thematisiert. Vgl. Henke, K.-D.: Die Verführungskraft des Totalitären, Dresden 1999.

Der „Rote Ochse“ als menschenverachtende strafrechtliche Zwangsinstitution 1933 bis 1989

Die Ideologien der großen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, von dem kommunistisch verfassten Gesellschaftssystem seit 1917 bis zur nationalsozialistischen Gesellschaftsstruktur seit 1933, bilden den ideengeschichtlichen Hintergrund für vergleichende Aspekte, aber auch für solche der Singularität in der Entwicklung derartiger Unrechtssysteme. Sowohl die im Namen des **Führers** Stalin als auch die im Namen des **Führers** Hitler inszenierte diktatorische Durchdringung des gesellschaftlichen Gemeinwesens in allen Facetten – in ihrer gesamten Totalität¹⁶ – weisen den Haftort „Roter Ochse“ zwischen 1933 und 1989 als menschenverachtende strafrechtliche Zwangsinstitution aus.¹⁷

Dieser jeweilige historische Wandlungsprozess wird in der heutigen Gedenkstätte in zwei Ausstellungen dokumentiert¹⁸, wobei der ostdeutsche Bezug nach 1945 wesentlich durch das stalinistisch verfasste Strafrecht dominiert erscheint. Dessen Bestimmungen weisen in der seit 1949 etablierten Staatsform weit über Stalins Tod 1953 hinaus.

16 Kellmann verweist auf den jeweils inszenierten „Führer“-Gedanken beider Diktatoren, vgl. Kellmann, K.: Stalin. Eine Biographie, Darmstadt 2006. Weiterführend auch Wolton, Th.: Rot – Braun. Der Pakt gegen die Demokratie von 1939 bis heute, Hamburg 2000.

17 Gegenwärtig liegen einzelne thematische Arbeiten zur politischen Justiz und den Menschenrechtsverletzungen in der Haftanstalt „Roter Ochse“ im Zeitraum von 1933 bis 1989 vor: In der vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt beauftragten Schriftenreihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit in Sachsen-Anhalt“ vgl. Fricke, K.: Die Justizvollzugsanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale 1933–1945. Eine Dokumentation, Magdeburg 1997, Sperk, A.: Die MfS-Untersuchungshaftanstalt „Roter Ochse“ Halle/Saale von 1950 bis 1989, Magdeburg 1998, Viebig, M.: Das Zuchthaus Halle/Saale als Richtstätte der nationalsozialistischen Justiz (1942–1945), Magdeburg 1998, Gursky, A.: Zum Rechtsverständnis des MfS zwischen 1950 und 1960, in: Recht und Rechtsprechung in der DDR?, Magdeburg 2002, Gursky, A.: Zivilcourage. Der 17. Juni 1953 in Halle, Magdeburg 2003; in der Schriftenreihe „Sachbeiträge“ der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt vgl. Gursky, A.: Erna Dorn. Zum Tode verurteilt am 22. Juni 1953 in Halle/Saale, (Nr. 1), Magdeburg 1996, ders.: Vorgang „Riga“. Die Bearbeitung eines evangelischen Studentenfängers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit, (Nr. 7) Magdeburg 1998, ders.: Die Vorgeschichte des Dessauer Schauprozesses, (Nr. 13) Magdeburg 2000), ders.: Zwischen Aufklärung und Zersetzung. Zum Einfluss des MfS auf die Zeugen Jehovas in der DDR am Beispiel der Brüder Pape, (Nr. 27) Magdeburg 2003.

Eine Gesamtdarstellung in vergleichender Perspektive wurde – nicht zuletzt auf Grund einer zu dürftigen Quellenlage für den Zeitraum der sowjetischen Besetzung der Haftanstalt zwischen 1945 und 1952 – bislang nicht erstellt.

18 Gursky, A./Miehe, L.: Das Umgestaltungskonzept der Dauerausstellung, in: erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung. Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt, Ausgabe 2/2004, S. 1 ff.

In der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) wurden Ausstellungen konzipiert, deren Grundlage neueste historische Erkenntnisse über den Entwicklungsprozess der deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert bilden – die allerdings auch in der Literatur kontrovers diskutiert werden.¹⁹

Im Zentrum der Dokumentationen stehen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945 und die kommunistische Diktatur 1945–1989 auf deutschem Boden, hier: am historischen Ort.

Tragende Säulen der Gedenkstätten-Dokumentationen sind die Opferschicksale in ihrer jeweils individuellen Verfasstheit.

Für die Diktaturgeschichte zwischen 1933 und 1945 stehen verschiedene politisch motivierte Widerstandsformen im Dritten Reich im Mittelpunkt der Dokumentation um den ehemaligen NS-Hinrichtraum im Erdgeschoss des Hauses, darunter aus geheimdienstlichen Aktivitäten resultierende Handlungen gegen den nationalsozialistischen Staat. Darüber hinaus aber auch andere durch die Gestapo praktizierte Verfolgungsformen, zu deren Resultaten schließlich die Kriminalisierung politischer Delikte und eine radikale Form der Sondergerichtsbarkeit gegenüber kriminellen Straftätern zählen sollte.

Komplexe Darstellungen auf methodischer Grundlage der **oral history** nehmen für den Zeitraum der Dokumentation der zweiten deutschen Diktatur einen umfangreichen Platz ein. Die Medien-Präsenz im 2. Obergeschoss ist ein bestimmendes methodisches Merkmal für die Vermittlung ausgewählter Opferschicksale zwischen 1945 und 1989. Weiterhin bildet der Sammlungsbestand der Gedenkstätte im Zeitzeugenbüro eine solide Basis dafür, bildungspädagogischen Ansprüchen auf **authentische zeitgeschichtliche Erinnerungen** noch mehr zu entsprechen.

Doch ist die Authentizität der Erlebnisberichte – neben dieser bildungspolitischen Vermittlungsform – in Bezug auf die neuen Dauerausstellungen selbst zu hinterfragen und zu spezifizieren.

Die Gedenkstätte als **authentischer Ort** ist heute konkret, und zwar durch ihre historisch vorhandene Bausubstanz über einen Zeitraum von dutzenden von Jahren hinweg.

Die Eingriffe in die überlieferte und bereits mehrfach modifizierte Bausubstanz tragen hingegen dem Charakter des Hauses als **Ort politischer Justiz** Rechnung, weniger jedoch einer vermeintlich ursprüngli-

19 Vgl. u. a. die Kontroversen im Rahmen des so genannten russischen Historikerstreites zu Ausbruch und Verlauf des II. Weltkrieges und der sich anschließenden sowjetischen Besatzungszeit: Strauss, W.: Unternehmen Barbarossa und der russische Historikerstreit, 2. Aufl., München 1999, Hoffmann, J.: Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945. Planung, Ausführung und Dokumentation 7. Aufl., München 2001, Reif-Spirek, P./Ritscher, B. (Hrsg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“, Berlin 1999, Heydemann, G./Oberreuter H. (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte, Bonn 2003.

chen Zustandsbeschreibung. Diese bezieht sich immer auf das Jetzt und Heute. Sie reflektiert die Perioden politischer Haft und Justiz im „Roten Ochsen“, verzichtet weitestgehend auf Inszenierungen und ist als Realisierung eines Ausstellungskonzeptes wahrzunehmen, die der politisch gewollten Multifunktionalität des Hauses entspricht: nämlich Erinnerungs- und Gedenkort (Ort der Trauer), musealer Ort sowie Bildungs- und Dokumentationsort zu sein.

Vorhandene Räumlichkeiten werden nach der rekonstruierbaren Funktionalität genutzt; auch der Zeitzeugenbericht reflektiert Geschehenes aus dem Jetzt und Heute. Er ist geprägt von der individuellen (sowie einer subjektiv interaktiven) Erfahrungssubstanz und dem gesellschaftlich relevanten Wissen. Opfergeschichte ist Erfahrungsgeschichte von Leid, Trauer und von einer subjektiv bedingten Psychologisierung gesellschaftlicher Abläufe. Gerade hierin besteht die Stärke des historisch zu Vermittelnden – eine Sicht auf Geschichte, die sich aus den mitunter voluminösen Aktenbeständen der Archive kaum rekonstruieren lässt.

Archivakten auf Verwaltungsgrundlage des Bundes und der Länder, persönliche Hinterlassenschaften – wie Briefe oder Gedichte, aber auch Unterlagen aus Ministerien (darunter das Justizministerium) und Operativakten des DDR-Geheimdienstes sowie einige wenige Unterlagen aus Beständen der ehemaligen Sowjetunion sind im gesamten Dokumentationsbereich umfassend und mit weiterführender Perspektive benannt und aufgeführt. Auffallend ist, dass sich die sozialpolitische Zielstellung hinsichtlich der Auswirkung auf den Menschen als Subjekt einer staatlich sanktionierten Zwangsverwahrung zwischen 1933 und 1989 in den Unterlagen änderte.

Der Nationalsozialismus verzichtete weitgehend auf einen ethischen Impetus zur Verbesserung des Menschen. In Folge einer Umwertung aller Werte – so der Bezug auf Nietzsche²⁰ – galt vordergründig das germanisch-mythologisierte Rassenparadigma, die Zucht des **neuen Menschen**, einhergehend mit der physischen Vernichtung des so genannten „unwerten Lebens“. Die NS-Ideologie bediente Instinkte, die letztlich auch der eigentümlichen Situation des deutschen Zivil-

20 Der „Wille zur Macht“ in der Perspektive Nietzsches, an den Hitlers Ideologen anknüpfen, geht jedoch weit über das Rassenparadigma hinaus. *Als Ursache der Lebensschwäche der Moderne*, schreibt Hermann, *betrachtete Nietzsche allerdings nicht die Rassenmischung [...], sondern die Moralität. [...] Der Wille zur Macht umfasste laut Nietzsche mehr als nur den Wunsch, andere zu beherrschen, wie etwa in der Politik oder der Herr-Knecht-Beziehung. [...] Mit den Worten von Richard Schacht ist der Wille zur Macht die „grundlegende Tendenz aller Kräfte und Konfigurationen von Kräften“ – im Menschen wie in Gesellschaft und Natur – „ihren Einfluss zu vergrößern und andere zu beherrschen.“ Der Wille zur Macht ist der Ursprung alles Existierenden und allen menschlichen Handelns, von der feinsinnigsten Kunstproduktion bis zum brutalsten Verbrechen.* Hermann, A.: *Propheten des Niedergangs. Der Endzeitmythos im westlichen Denken*, Berlin 1998, S. 124.

bürgers²¹ in der kurzzeitigen Zivilgesellschaft zwischen dem Weltkriegsende 1918 und dem Machtantritt Hitlers als Reichskanzler 1933 geschuldet waren.

Eine Umwertung aller Werte anderer Art unternahmen die „Moskau-Kader“²² nach Kriegsende insbesondere auf dem Gebiet der SBZ. Einschlägig geschult wurden diese zuvor im Zentrum der Weltrevolution, in der Sowjetunion.

Der **neue Mensch**, den die kommunistische Ideologie prophezeite, war weniger Zucht- als vielmehr Ausrottungsprodukt in den beginnenden Jahren des sozialistischen Aufbaus 1918 bis zum Tode des Diktators Stalin. Dieser verfügte in einer geschichtlich bis dahin kaum vergleichbaren Situation die Zwangsdeportation von Millionen Menschen in Konzentrationslager (KZ) – zunächst auf sowjetischem Gebiet.

Mit den imperialen Eroberungskriegen des Mutterlandes der kommunistischen Revolution dehnte sich das System der KZ auf die besetzten Gebiete aus²³.

Nach Kriegsende entstand eine andere Situation hinsichtlich der Entwicklung des neuen, des kommunistischen Menschen, der in der späteren DDR-Publizistik nach sowjetischem Muster als „**sozialistische Persönlichkeit**“ bezeichnet wurde. Hiervon zeugen auch die in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) vorliegenden Kopien von Archivdokumenten, die zugleich reflexiv auf den Formierungsprozess strafrechtlicher Deliktgruppen bis 1989 betrachtet werden können.

Zwei Beispiele aus den frühen Phasen der kommunistischen Diktatur in der SBZ/DDR:

1. In den Dokumenten des Geheimdienstes NKWD/MGB finden sich Formulierungen, die auf einen humanistischen Gehalt der Internierungs- und Strafrechtspolitik der sowjetischen Besatzer scheinbar hindeuten: das **Besserungslager**. Der Besserungsgedanke spielte im Haftalltag des „Roten Ochsen“ – wie oben ausgeführt – bereits rund einhundert Jahre früher eine begründende Rolle. Die vermeint-

21 Zur Beschreibung der deutschen Befindlichkeiten nach 1918 vgl. das Kapitel: „Die vorbelastete Republik. 1918–1933“ in: Winkler, H. A.: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933, S. 378 ff.

22 Erler, P.: „Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ, in: Wilke, M. (Hrsg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 229 ff.

23 Eine VHS-Dokumentation zum beginnenden KZ-System in der Sowjetunion liegt im Videoarchiv der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) vor. Zu den Zwangsdeportationen vgl. insbesondere die ernüchternde Analyse von Furét, F.: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München-Zürich 1998, Courtois, St./Werth, N. u. a. (Hrsg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror, München 1998, Kotek, J./Rigoulot, P.: Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin, München 2001.

liche Besserung des Menschen im Haftalltag erhielt jedoch unter kommunistischer Option verschiedene Facetten, die sich schließlich bei den Opfern nach durchlebter Haft – im Falle ihres Überlebens – als Diktaturerfahrung offenbaren sollten. Es war dies eine Diktaturerfahrung zum höheren Zwecke der Besserung des Menschen – und ein „gebesserter Mensch“ war hiernach nicht selten ein toter Mensch.²⁴ Bis heute gibt es noch immer unterschiedliche Zahlen von Todesopfern aus den kommunistischen „Besserungslagern“ auf dem Gebiet der UdSSR. Im Gefüge der sowjetischen Besatzungspolitik konzentrierte sich die Macht der geheimdienstlichen Verwaltungsorgane in Halle auf den Haftort „Roter Ochse“. Sowohl nach Kriegsende als auch nach Gründung der DDR wurden von hier aus Deportationszüge in die Speziallager der SBZ bzw. in die so genannten Besserungslager Sibiriens abgefertigt. Besserung durch Arbeit – ein verlogenes und menschenverachtendes Prinzip, das dem NS-Prinzip der Vernichtung durch Arbeit in nichts nachstand. Glück und Zufall bestimmten vielfach den „erziehungspolitischen“ Ausgang des gigantischen Experiments Gulag für das betroffene Individuum – ein Experiment, das nach Stalins Tod in seinen Dimensionen zwar zurückgefahren, jedoch bis heute nicht aufgegeben wurde.²⁵ Und in diesem Experiment des Kampfes ums Überleben galt nicht das Recht, sondern die Macht des Stärkeren.

2. Deportierte aus den „Schweigelagern“²⁶ auf dem Boden der SBZ gelangten nach Auflösung der letzten Lager im Jahre 1950 in verschiedene DDR-Haftanstalten, darunter in den „Roten Ochsen“. Die Facetten der Diktaturerfahrung unter einer deutschen, kommunistisch orientierten Verwaltung im Strafvollzug traten sehr schnell zutage. Viele der im Justiz- und Strafvollzug Tätigen kamen aus dem kommunistischen Widerstand gegen die NS-Diktatur. Entsprechend galt der Gedanke einer Humanisierung des Strafvollzuges – insbesondere mit dem Mittel: Arbeitsprozess, der auf die Besserung des Delinquenten abzielte. Der Besserungsgedanke entwickelte sich jedoch nicht voraussetzungslos. Er war bedingt und bestimmt vom kommunistischen Erziehungsideal, das den Inhaftierten sowohl als Andersdenkenden als auch aktiv anders Handelnden (dazu zählte

24 Biagi, E.: *Lubjanka oder Die Gewöhnung an den Tod*, Berlin 1991.

25 Gursky, A.: *Auflehnung und Tod jenseits des Polarkreises. Das Arbeitslager Workuta – Eine Reise im Juli 2003*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Ausgabe Nr. 15/2004, S. 151 ff. Der Weg zum ehemaligen Lagergelände, bleibt zum hier abgedruckten Text zu ergänzen, führte an einem neuen Lagerkomplex nahe Workuta vorbei.

26 Vgl. Kilian, A.: *Einzubeißen zur völligen Isolierung*, Leipzig 1993, ders.: *Mühlberg 1939–1948. Ein Gefangenlager mitten in Deutschland*, Köln, Weimar, Wien 2001.

Spionage) grundlegend als politischen Gegner betrachtete, dessen Rolle und dessen Status im Rahmen der Entwicklung der neuen Gesellschaft differenziert auszuloten sei. Im Rahmen einer längst damit einhergehenden Systemauseinandersetzung, wo Werte-Optionen wie Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie rezipiert wurden, beruhte das Strafrechtssystem in der SBZ in seinen Parametern auf dem sowjetischen Konzept der Permanenz der Revolution. Insofern gab es einerseits per Weisung zunächst keine politischen Gefangenen, andererseits waren diese einem gesonderten, und zwar geheimdienstlich orientierten Status unterworfen. Widerstand gegen das kommunistische System, aber auch Nonkonformität standen im jeweils besonderen Blickpunkt des DDR-Staatssicherheitsdienstes, dem MfS. Und das MfS bestimmte den Ausgang des Ermittlungsverfahrens – die so genannte „Abschlussvariante“, nachdem das Mensch-Sein des Inhaftierten in der Untersuchungshaft des Geheimdienstes aufgehört hatte zu existieren. Der Zersetzungs-begriff wurde zentraler Dreh- und Angelpunkt für den erfolgreichen Ausgang der Erziehungs- und Besserungsarbeit im DDR-Strafvollzug, für den das MfS jedoch in Form zahlreicher Varianten von Ermittlungsverfahren die verbindliche Basis und Orientierung lieferte. Untersuchungshaft und Strafvollzug bilden einen gemeinsamen Rahmen, um die Annäherung an die strafrechtlich relevante Diktaturerfahrung in der DDR nach sowjetischem Vorbild in einer einheitlichen Perspektive zu erfassen; eine Perspektive, die die „Diktaturdurchsetzung“²⁷ auf deutschem Boden nach Inhalt hatte. Das MfS mit seiner „Zersetzung feindlich-negativer Elemente“ wie der Zeugen Jehovas (ZJ) als Verfolgengruppe – nicht vordergründig aus einem Widerstandskontext heraus betrachtet, eher wegen Nonkonformität in der SBZ/DDR –, lässt durchaus den Schluss zu, dass die Zersetzung als repressive Maßnahme diktatorischen staatlichen Zwanges hinter einen Verhaltenskodex gestellt wurde, der den machtsstaatlichen Umgang mit Gruppenverhalten prinzipiell festlegte sowie seine individuelle Ausprägung mitunter spezifizierte. Vorschläge zur Vorgehensweise gegen Mitglieder der ZJ in der DDR zielten darauf ab, Einzelne aus dem Glaubenskodex herauszulösen und sie in die DDR-Gesellschaft zu integrieren.²⁸

Die Realitätsferne dieses Gedankens ausgerechnet in Bezug auf die ZJ erkannten die MfS-Zersetzungsspezialisten seinerzeit recht schnell, lehnten die Gläubigen doch jede Art von politischer Integ-

27 Hilger, Andreas/Schmeitzner, Matthias/Schmidt, Ute (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, Berichte und Studien, Nr. 35 des HAIT, Dresden 2001.

28 Vgl. Gursky, A.: Zwischen Aufklärung und Zersetzung, Sachbeiträge Nr. 27 der LStU in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003.

ration – selbst in Demokratien – ab, wie Veröffentlichungen aus dem „Wachturm“ oder „Erwacht“ nicht nur aus dieser Zeit belegen.²⁹

Der Erziehungsgedanke in strafrechtlicher Perspektive mutierte schließlich zur geheimdienstlichen Spezialmaßnahme der Zersetzung und Anwendung operativ-taktischer Maßnahmen im Komplex einer Gesamtstrategie, die auf Festigung der kommunistischen Herrschaft und Liquidierung (physisch und psychisch gesehen) ihrer tatsächlichen und vermeintlichen Gegner hinauslief. Unter diesem Blickwinkel blieb jede Art praktizierte „Besserungspolitik“ im Haftalltag der DDR nebulös und dem Irrationalen verhaftet, damit eben unberechenbar.

Die Haftanstalt „Roter Ochse“ – eingeordnet in den europäischen Geschichtskontext: Anmerkungen zur Diktaturdurchsetzung

Mitunter werden Gedenkort mit einer so genannten doppelten Vergangenheit auf den repressiven Massenterror innerhalb des jeweils vorherrschenden Lagersystems eingeengt. Vergleichende Aspekte hinsichtlich der Abgrenzung des Einmaligen, des Singulären – hier: der NS-Vernichtungslager – rücken in den Mittelpunkt derartiger Betrachtungen.³⁰ Hiernach sei eine chronologische Abfolge von NS-Terror hin zum Besatzungsterror des SpezLagers nach 1945 zu konstatieren. Der Bezug bleibt das stalinistisch verfasste Gesellschaftssystem. Eine solche Interpretation erscheint – wie inzwischen auch in anderen Veröffentlichungen belegt – zu kurz gegriffen.³¹

Sowohl der sowjetische Besatzungsterror in den Nachkriegsjahren als auch die daraus resultierende Diktaturdurchsetzung in dem nach sowjetischem Vorbild staatlich organisierten Gesellschaftssystem der DDR unterliegen mehr einem inneren Mechanismus repressiver Gewalt als einer Bezogenheit, die einer äußeren chronologischen und empirisch aufzeigbaren Folge des Zweiten Weltkrieges entspricht. Die Janusköpfigkeit des sowjetischen Besatzungsterrors ist hingegen unmittelbar verknüpft mit den Erfahrungshorizonten der diese in der SBZ umsetzenden Funktionäre, basierend auf der sowjetischen Innenpolitik der 30er und 40er Jahre und damit einhergehender Formierungsprozesse.

29 Originalschriften der ZJ befinden sich als Sonderbestand nahezu komplett in der Präsenzbibliothek der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

30 Vgl. Lutz, Th.: Gedenken und Dokumentieren an Orten von NS- und NKWD-Lagern in Deutschland, in: Spirek/Ritscher: a. a. O. wie Anm. 19.

31 Zur Kontroverse vgl. u. a. die von Joachim Hoffmann i. A. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr herausgegebene Publikation: Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, a. a. O. wie Anm. 19, Knabe, H.: Tag der Befreiung?, Berlin 2005, Kellmann, K.: Stalin, a. a. O. wie Anm. 16.

*Der unbestrittene Tatbestand „Tätigkeit gegen eine Besatzungsmacht“ mutierte in Untersuchung und vor Gericht, so Hilger, zu „konterrevolutionärem Staatsverbrechen“ stalinistischer Definition. Treffend hebt Hilger heraus: Indem die Organe (des NKVD) ihr Verständnis des Staatsschutzes in die SBZ/DDR importierten, hebelten sie konkurrierende Normen des Kontrollrates aus.*³²

Es erscheint aus den inneren gesellschaftsstrukturellen Funktionen des Sowjetsystems folgerichtig, dass die SMT (Sowjetische Militärtribunale) zu keinem Zeitpunkt nach Kriegsende den normativen Orientierungen der westeuropäischen und US-amerikanischen Siegermächte entsprechen konnten. Allerdings, folgt man Schmidt, habe es in der Tat einen Prioritätenwechsel in der Strafrechtspraxis der SMT gegeben, jedoch schon im Frühjahr 1946, also wenige Monate nach Kriegsende.³³

Das Problem der doppelten Vergangenheit in Gedenkstätten mit NS-Bezug und vor Ort angewandten stalinistischen Herrschaftstechniken nach 1945 kann offenbar kaum auf die Führungsfunktion Stalins allein beschränkt bleiben, wenngleich dieser nahezu dreißig Jahre lang die Ausrichtung der neuen kommunistischen Gesellschaftsordnung bestimmte.

Es bedurfte keines Zweiten Weltkrieges zur Durchsetzung des imperialen Machtstrebens Sowjetrusslands, wie die von Kellmann ausgeführten historischen Reflexionen bis 1940 belegen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt, so Kellmann, bereitete sich Sowjetrussland auf einen Angriffskrieg mit Stoßrichtung Westeuropa vor, nachdem die vom sowjetischen Geheimdienst gesteuerten revolutionären Erhebungen zum Zwecke eines kommunistischen Umsturzes und der Ausrufung Sowjetdeutschlands in den 20er Jahren gescheitert waren.³⁴

Diktaturerfahrung am konkreten historischen Ort – wie der Haftanstalt „Roter Ochse“ – ist für einen Zeitraum von gerade mal zwölf Jahren, nämlich von 1933 bis 1945, eindimensional definiert und vom nationalsozialistischen Machtstreben geprägt, das der Weltkrieg helfen sollte durchzusetzen. Doch belegen jüngere Untersuchungen, dass der Beginn des Weltkrieges verschiedene Ursachen hatte.³⁵

Das stalinistische Unterdrückungssystem in den klassischen Jahren der kommunistischen Umwälzung im Osten Deutschlands – unterbrochen durch den Zweiten Weltkrieg – hebt die Bedeutung des halleschen

32 Hilger, A. in: Diktaturdurchsetzung a. a. O. wie Anm. 27, S. 87.

33 Vgl. Schmidt, U., in: ebd. S. 91 ff.

34 Zur Errichtung Sowjetdeutschlands vgl. den Beitrag von Otto Wenzel zur deutschen Oktoberrevolution 1923, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (ZdF) 15/2004, S. 50 ff.

35 Vgl. Schultze-Rhondorf, G.: Der Krieg, der viele Väter hatte, München 2003.

Zuchthaus als Internierungsort für nationalistisch-patriotische Angehörige der Roten Armee besonders und in europäischer Dimension heraus, ebenso während der Repatriierungen nach Kriegsende, denen Sowjetbürger aus deutscher Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit in unbekannter Zahl zum Opfer fielen.

In den Ausstellungsräumen der Gedenkstätte kann über derartige Prozesse und historische Abläufe auf Grund fehlender Quellen und kaum vorhandener Archivunterlagen nicht angemessen informiert werden. Dabei prägte gerade die auf dem Stalinismus basierende Diktaturerfahrung Betroffene aus dem „Roten Ochsen“ über einen ähnlich langen Zeitraum hinweg wie zuvor das diktatorische System der Nationalsozialisten.

SMT fällten Urteile in der halleschen Haftanstalt bis in die 50er Jahre. Für Einzelne, so weit lässt sich das sagen, eröffnete der Aufbau des Sozialismus in der SBZ eine Diktaturerfahrung mit verschiedenen Facetten. Dem zugrunde lag allerdings der bereits von Wolton beschriebene Wechsel von der braunen zur roten Diktatur.

Letztere Ausprägungen differenzierten sich in nahezu weiteren 40 Jahren nach Kriegsende aus und traten laut Ideologie als **entwickelter Sozialismus**³⁶ schließlich in Erscheinung. Innerhalb dieser zweiten deutschen Diktatur galt es schließlich – entsprechend dem kommunistischen Ideal – den neuen Menschen zu formen.

Neben der **Untersuchungshaft des MfS** im „Roten Ochsen“ stellt deshalb die **Haftanstalt des MdI der DDR** einen weiteren Kristallisationspunkt dar, der im Ausstellungskontext bislang wenig berücksichtigt bleibt und worüber auf Grundlage späterer Forschungen zu reflektieren ist. Eine bislang unbekannte Zahl von Inhaftierten aus der MfS-UHA wechselte nach der Verurteilung über die innere Mauer, die den Haftbereich von der MdI-Verwaltung trennte. Darüber hinaus gelangten Inhaftierte aus anderen MfS-UHA in die spätere **Frauenhaftanstalt „Roter Ochse“** in Halle.

Der Komplex der Diktaturdurchsetzung – im Rahmen des sozialistischen Aufbaus und damit auch in strafrechtlicher Perspektive – ist als bestimmendes Merkmal von Diktaturerfahrung in der Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle immer konkret. Oft schließen gerade Zeitzeugenberichte in ihrer vielfältigen Vergleichbarkeit Lücken im historischen Kontext, die aus Quellen- und Aktenrecherchen allein kaum mehr gefüllt werden können. Beispiel hierfür ist der Einsatz von so genannten Spezialbehandlungszellen³⁷ für Inhaftierte im „Roten Ochsen“.

36 *Objektiv reifte die Aufgabe heran, die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten.*, Vgl. Geschichte der SED. Abriss, Berlin 1978, S. 432.

37 Zeitzeugen berichten von Steh- und Tropfzellen, von Kälte- und Wärmeezellen sowie von Wasserzellen.

Aber auch für die späteren Jahrzehnte der kommunistisch orientierten Gesellschaftsentwicklung in der DDR – etwa im Häftlingsfreikauf, worüber die Akten bis heute noch vielfach schweigen – sind gerade die auf mündlicher Basis³⁸ rekonstruierbaren Gegebenheiten von einst von entscheidender Wichtigkeit.

Das Wissen der Opfer ist im Vergleich zum Herrschaftswissen der sich selbst als Insider bezeichnenden ehemals Herrschenden keineswegs marginal. Diese Feststellung ist von fundamentaler Bedeutung angesichts der jüngsten Versuche, aktenkundiges Herrschaftswissen von um die Diktatur Wissenden neu interpretieren zu lassen.

Es ist bezeichnend, dass durch rechtfertigende Inszenierungen der MfS-Insider im freiheitlich-demokratischen Verständnis solcherart Herrschaftswissen eine Renaissance erfährt und – fast in Umkehrung – das Opfer-Wissen aus der gesellschaftlich isolierten Form der Marginalität herausgehoben wird, wenn offenbar auch nur kurzzeitig.³⁹

Bleibt letztlich die bildungspolitisch relevante Frage nach der Perspektive der Vermittelbarkeit von Diktaturerfahrung(en) – eine Aufgabe, der sich in aller Dringlichkeit die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) stellen wird. Gedenkstätten wie der „Rote Ochse“ werden somit zugleich zu einem Barometer im gesellschaftstheoretischen Diskurs um das Problem des Umgangs mit der doppelten Vergangenheit und damit nicht zuletzt auch zum Gradmesser für den allerorten angemahnten mündigen Bürger in der Bundesrepublik Deutschland.

38 Vgl. zum Häftlingsfreikauf das Interview von André Gursky mit Hermann Kreutzer (Ministerialdirektor i. R.) aus dem Jahre 2004 (unveröffentlicht).

39 Vgl. die öffentliche Debatte um das Auftreten von ehemaligen Offizieren des DDR-Geheimdienstes in Berlin-Hohenschönhausen (2006) und der Bezug auf die Opfer-Biographien.

Nationalsozialistische und realsozialistische Diktatur in Deutschland: „totalitäre“, „posttotalitäre“ oder „autoritäre“ Herrschaft?

Prof. Dr. Uwe Backes,
Dresden



1. Einleitende Bemerkungen

Obwohl sich die vergleichende Diktaturforschung den beiden Autokratien des 20. Jahrhunderts in Deutschland seit dem „annus mirabilis“ 1989 mit erhöhter Intensität angenommen hat und die Legitimität dieses wissenschaftlichen Unterfangens in den betroffenen Disziplinen heute weit weniger umstritten ist als in den Jahrzehnten zuvor,¹ stößt ein Vergleich von NS- und SED-Regime in der Öffentlichkeit immer noch auf vielerlei Vorbehalte. Der Haupteinwand lautet, ein solcher Vergleich bedeute eine unzulässige Gleichsetzung von Regimen, die in ihren Intentionen ebenso wie in ihrer Herrschaftspraxis gravierende Unterschiede aufgewiesen hätten. Demgegenüber kann nicht oft genug betont werden, dass der Vergleich eines der fruchtbarsten heuristischen Mittel der Wissenschaft darstellt. Vergleiche dienen auch keineswegs nur dazu, Parallelen herauszuarbeiten. Sie gelten in nicht geringerem Maße den Differenzen zwischen den Vergleichsobjekten. Man kann

1 Vgl. zum Forschungsstand vor allem: Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003; Schmiechen-Ackermann, Detlef: Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002.

mithin nicht nur Objekte vergleichen, die vieles gemeinsam haben, sondern auch solche, die in entscheidenden Punkten verschieden sind.²

Die Verweigerung des Vergleichs zwischen NS- und SED-Regime beruht im Allgemeinen nicht auf wissenschaftlichen, sondern auf politischen und moralischen Motiven. Wegen seiner Massenverbrechen und der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges könne das NS-System nicht mit dem SED-Regime auf eine Stufe gestellt werden. Zudem seien die von beiden Regimen angestrebten Ziele diametral verschieden: Während die NS-Ideologie antisemitisch und rassistisch, somit also per se inhuman gewesen sei, müsse dem Kommunismus zugebilligt werden, dass er die Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung habe befreien wollen. Diese Argumente sind nicht ganz von der Hand zu weisen, bedürfen jedoch der Relativierung: Das SED-Regime war in den Jahrzehnten seiner Existenz ein politischer Satellit der Sowjetunion und verfügte über einen eng umgrenzten Handlungsspielraum.³ Die SED-Herrschaft profitierte von der relativen Stabilität eines Regimes, das seine Bestandsfestigkeit auch durch Massenverbrechen und krieglerische Interventionen erreicht und bewahrt hatte. Die KPD war als Sektion der Komintern in das System dieser Massenverbrechen eingebunden und trug insofern daran eine gewisse Mitverantwortung. Das Argument, die emanzipatorische Zielsetzung entlaste den Kommunismus moralisch, lässt sich in sein Gegenteil verkehren: Eine Ideologie mit humanen Zielen, aber menschenfeindlicher Praxis mag gefährlicher und heimtückischer erscheinen als eine Lehre, die ihre inhumanen Inhalte offen zur Schau trägt.

Die folgenden vergleichenden Betrachtungen intendieren selbstverständlich keine pauschale Gleichsetzung der beiden Regime. Sie sollen aber neben den vielfach offenkundigen Unterschieden strukturelle Ähnlichkeiten/Gemeinsamkeiten herausarbeiten. Dabei konzentriert sich die Betrachtung auf einige vernachlässigte Aspekte, beansprucht also nicht, das Thema umfassend zu behandeln. Ausgangspunkt und Maßstab des Vergleichs bildet ein Totalitarismuskonzept, das den „ideokratischen“ Charakter der als „totalitär“ zu qualifizierenden Regime und die Isomorphien der ihnen zugrunde liegenden Ideologien hervorhebt (Abschnitt 2). Ideokratien entwickeln einen im Vergleich

2 Vgl. Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Extremismen im Vergleich. Entwicklungen, Problemstellungen, Untersuchungsfelder, Perspektiven, in: Dies.: Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 17–33; Möller, Horst: Diktatur- und Demokratieforschung im 20. Jahrhundert, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 51 (2003), S. 29–50.

3 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte. In: Bauerkämper, Arnd/Sabrow, Martin/Stöver, Bernd (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 346–352, hier 348.

zu den altbekannten Autokratien besonders weitreichenden Herrschaftsanspruch, der selbst vor der Privatsphäre der Herrschaftsunterworfenen nicht haltmacht. Allerdings zeigt schon der oberflächliche Vergleich zwischen den als „totalitär“ geltenden Systemen, dass sie in ihrer Herrschaftspraxis und der damit verbundenen Herrschaftsreichweite große Schwankungen aufwiesen. Es dürfte daher besonders interessant sein, jene Aspekte näher zu beleuchten, in denen der totalitäre Herrschaftsanspruch an selbstgezogene oder von der historisch-politischen Realität diktierte Grenzen stieß (Abschnitt 3). In diesem Zusammenhang verdient das von Juan J. Linz eingeführte Konzept des „Posttotalitarismus“ nähere Beachtung (Abschnitt 4). Abschließend werden Auswirkungen eines totalitären Herrschaftsanspruchs im Totalitarismus der „totalen Kontrolle“ beschrieben (Abschnitt 5).

2. Ideokratische Einparteieregime

In der wissenschaftlichen Diskussion herrscht Einigkeit über den „Diktatur“- bzw. „Autokratie“-Charakter des NS- wie des SED-Regimes. Folgt man der Terminologie Karl Löwensteins, so ist Autokratie – im Gegensatz zum Verfassungsstaat – per definitionem durch das Fehlen wirksamer Machtkontrollen gekennzeichnet.⁴ In beiden Fällen hatte sich eine Monopolpartei des Staatsapparats bemächtigt und alle institutionellen Kontrollmechanismen beseitigt. Allerdings geschah dies auf unterschiedliche Weise. Die NS-Machthaber mussten einen in wesentlichen Teilen bereits im Kaiserreich funktionsfähigen, in der Endphase der Weimarer Republik nur partiell autoritär transformierten Rechtsstaat beseitigen, indem sie den Reichstag entmachteten, den Justiz- und Verwaltungsapparat „gleichschalteten“ und alle unabhängigen gesellschaftlichen Interessengruppen verboten bzw. staatlich zwangsorganisierten. So entstand die spezifische Form des „Doppelstaates“, wie ihn Ernst Fraenkel Mitte der dreißiger Jahre beschrieb.⁵ In der SBZ war die Ausgangssituation für die neuen Machthaber insofern günstiger, als Rechtsstaat und Pluralismus hier seit über einem Jahrzehnt nicht mehr existierten. Allerdings mussten die in der unmittelbaren Nachkriegsphase zugelassenen autonomen gesellschaftlichen Kräfte erneut zurückgedrängt und in das entstehende autokratische Machtgefüge eingebunden werden.

NS- und SED-Staat waren somit autokratische Einparteieregime. Soweit besteht in der Forschung Konsens. Lassen sich beide aber auch als „totalitär“ charakterisieren? In dieser Frage gehen die Meinungen

4 Vgl. Löwenstein, Karl: Verfassungslehre, 3. Auflage Tübingen 1975.

5 Vgl. Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“, Frankfurt a. M. 1974.

weit auseinander – allerdings auch deshalb, weil über die Inhalte des Totalitarismusbegriffs unterschiedliche Auffassungen bestehen.⁶ Zudem ist umstritten, in welchem Ausmaß der totalitäre Anspruch der Monopolparteien in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, wo also die „Grenzen der Diktatur“⁷ lagen.

Einvernehmen dürfte darüber zu erzielen sein, dass eine totalitäre Autokratie „ideokratisch“ ist,⁸ also über eine offizielle Ideologie verfügt, mit der sie ihren Herrschaftsanspruch begründet. NSDAP wie SED vertraten ohne Zweifel einen solchen Anspruch und verstanden es zeitweilig, Teile der Bevölkerung mit propagandistischen Bemühungen zu beeinflussen, sie auf große Ziele einzuschwören. Bildeten Nationalismus und imperiale Weltmachtversprechungen wesentliche Bindemittel der nationalsozialistischen Ideologie, setzte die SED vor allem auf die Attraktivität ihrer sozialen Verheißungen und Visionen. Noch kurz vor dem Mauerbau verkündete die SED feierlich die großsprecherischen Losungen des neuen Programmentwurfs der KPdSU: *Kommunismus bringt der Welt Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit und Glück. Kühn wurden die zwei Hauptetappen des Aufbau[s] des Kommunismus von 1961 bis 1980 beschrieben. Das Endziel lautete: Klassenlose Gesellschaftsordnung mit voller sozialer Gleichheit aller Mitglieder. Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!*⁹

Bekanntlich hat eine Reihe von Autoren seit den zwanziger Jahren die nach dem Ersten Weltkrieg hervorgetretenen neuen Extrembewegungen als „politische Religionen“ charakterisiert. Das in den letzten zehn Jahren in der Forschung verstärkt diskutierte Deutungskonzept erlaubt es, Parallelen zwischen religiösen wie säkularen Heilslehren herauszuarbeiten.¹⁰ Die Säkularisierungs- und Entchristianisierungs-

6 Vgl. zu den konzeptionellen Kontroversen die Beiträge in folgendem Band: Jesse, Eckhard (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert, 2. Auflage Baden-Baden 1999.

7 Vgl. Bessel, Richard/Jessen, Ralf: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

8 Vgl. zum ideokratischen Charakter: Bernholz, Peter: Ideocracy and totalitarianism: A formal analysis incorporating ideology. In: Public Choice, 108 (2001), S. 33–75; Piekalkiewicz, Jaroslaw/Penn, Alfred, Wayne: Politics of Ideocracy, New York 1995.

9 Neues Deutschland vom 31. Juli 1961, S. 1.

10 Vgl. nur Besier, Gerhard/Lübbe, Hermann (Hrsg.): Politische Religion und Religionspolitik. Zwischen Totalitarismus und Bürgerfreiheit, Göttingen 2005; Gentile, Emilio: The Sacralisation of Politics: Definitions, Interpretations and Reflections on the Question of Secular Religion and Totalitarianism. In: Totalitarian Movements and Political Religions, 1 (2000), S. 18–55; Maier, Hans: Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum, Freiburg u. a. 1995; ders. (Hrsg.): Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn u. a. 1996; ders./Schäfer, Michael (Hrsg.): Totalitarismus und politische Religion. Konzepte des Diktaturvergleichs, Bd. 2, Paderborn 1997; ders.

prozesse, denen die europäischen Staaten seit dem 18. Jahrhundert in Wellen und Schüben unterlagen, schufen Raum für dezidiert säkulare Ideologien, die trotz ihrer oft dezidiert areligiösen oder gar antireligiösen Orientierung an Formen christlicher Glaubenspraxis anknüpften. So wurde der christliche Kalender mit seinen religiösen Feier- und Gedenktagen sowohl unter dem Nationalsozialismus als auch unter den kommunistischen Regimen im Sinne des Gedenkens an historisch einschneidende Ereignisse wie den 9. November oder den Ausbruch der Oktoberrevolution, den Geburtstagen der großen ideologischen Führer oder den Tod von Helden der Bewegung umgeformt. An den entsprechenden Feier- und Gedenktagen fanden Aufmärsche, Fackelzüge, Fahnenweihen und rituelle Gelöbnisse statt, die oft Formen christlicher Glaubenspraxis aufnahmen. Unter dem Nationalsozialismus war der Führerkult besonders ausgeprägt. Der Münchener Politikwissenschaftler Hans Maier hat in Erinnerung gerufen, dass in manchen nationalsozialistischen Haushalten das Bild des Führers in ähnlicher Weise mit Blumen und Kerzen umkränzt und erleuchtet wurde wie in katholischen Familien der sogenannte „Herrgottswinkel“ oder der Marienaltar.¹¹

Obwohl sich Lenin nicht als Glaubensstifter, sondern lediglich als Interpret der Marx'schen Lehre verstand, war seine Person schon zu Lebzeiten Gegenstand quasi-religiöser Verehrung. Sie überlebte historisch den ins Groteske gesteigerten Personenkult unter Stalin und ist bis heute nicht ganz verschwunden – wie jeder an der Fortexistenz des Moskauer Lenin-Mausoleums ersehen kann. In der DDR entwickelten sich in den späteren Jahren Piecks, Ulbrichts und Honeckers, so sehr die eher kleinbürgerlichen Persönlichkeiten auch *im Schatten der jeweiligen sowjetischen Kultfiguren*¹² blieben, ebenfalls Ansätze kultischer Verehrung; sie reichten aber nicht an die Intensität der Moskauer Kulte heran. Die SED-Größen verstanden sich nicht als eigenständige Interpreten, sondern eher als gelehrige Schüler ihrer sowjetischen Meister. So waren es die Werke Lenins und Marxens, die gewissermaßen als „Bibeln“ der Arbeiterklasse verehrt und sakralisiert wurden. Die von ihnen aufgestellten Lehrsätze waren wie Prophetenworte unangreifbar, allenfalls Gegenstand behutsam-respektvoller Interpretation. In rotes oder blaues Kunstleder gefasst, auf dickes Papier ge-

(Hrsg.): Totalitarismus und politische Religionen, Bd. 3: Deutungsgeschichte und Theorie, Paderborn 2003. Siehe zur Bedeutung des Ansatzes auch: Gebhardt, Jürgen: Was heißt totalitär? In: Totalitarismus und Demokratie, 1 (2004), S. 167–182.

11 Maier: Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum, S. 33.

12 Gauger, Jörg-Dieter: Personenkult, in: Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn u. a. 1996, S. 464–467, hier 466.

druckt, wurden diese „heiligen Schriften“ den Werktätigen zur ideologischen Erbauung und Festigung in hohen Auflagen und zu konkurrenzlos günstigen Preisen offeriert. Nach Angaben des SED-eigenen Dietz-Verlages wurden von 1945 bis 1982 22 Mio. Exemplare der Werke von Marx und Engels verbreitet.¹³ In ähnlicher Weise war in der NS-Zeit Hitlers „Mein Kampf“ mit einem Führerbildnis massenhaft unters Volk gebracht, jedem Hochzeitspaar als eine Art Familienbibel überreicht worden.

Die mit dem Konzept der „politischen Religionen“ erfassten Formelemente finden ihre geistige Entsprechung in Strukturmerkmalen der offiziellen Ideologien. Hannah Arendt hat den Anspruch dieser Ideologien auf die *totale Erklärung des Vergangenen, totales Sich-Auskennen im Gegenwärtigen und verlässliches Vorhersagen des Zukünftigen*¹⁴ hervorgehoben. Diesen Aspekt betonte auch Martin Drath, wenn er in seiner Untersuchung zum „Totalitarismus in der Volksdemokratie“ den Unterschied zum Autoritarismus darin sah, dieser wolle im Gegensatz zu jenem *ein ganz anderes Wertungssystem durchsetzen*.¹⁵

Dem Herrschaftsmodell des „Totalitarismus“ kann ein „Ideologiestruktur“-Modell an die Seite gestellt werden.¹⁶ Anknüpfungspunkte bieten die Ideentradition der „politischen Religionen“ ebenso wie die Ideologiekritik des „kritischen Rationalismus“. Zahlreiche Autoren sehen das Hauptkennzeichen der ideokratischen Systeme in einem Absolutheitsanspruch auf die Erkenntnis des Wahren und Guten. Aufbauend auf einigen wenigen axiomatischen Setzungen, denen wissenschaftlich unanfechtbare Geltung zukommen soll, entstehen Deutungssysteme, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umspannen, den Gang der Geschichte erklären, auf alle zentralen Fragen Antworten versprechen und zu enträtseln scheinen, was „die Welt im Innersten zusammenhält“. Mit den Mitteln der Wissenschaft will das „totalitäre Denken“ jene Orientierungsleistung erbringen, deren Stiftung durch Religionen als anmaßend zurückgewiesen wird. Aus religionsphänomenologischer Perspektive erscheinen totalitäre Ideologien auf diese Weise nicht nur als funktionale Äquivalente religiöser Heilslehren,

13 So Löw, Konrad: Kam das Ende vor dem Anfang? 150 Jahre „Manifest der Kommunistischen Partei“, Köln 1998, S. 13.

14 Arendt, Hannah: Ideologie und Terror: eine neue Staatsform (1953). In: Seidel, Bruno/Jenkner, Siegfried (Hrsg.): Wege der Totalitarismusforschung, Darmstadt 1968, S. 133–167, hier 153.

15 Drath, Martin: Totalitarismus in der Volksdemokratie (1958), in: ebd., S. 310–358, hier 335.

16 Vgl. Backes, Uwe: „Totalitäres Denken“ – Konzeptgeschichte, Merkmale und herrschaftspraktische Wirkungen. In: Religion – Staat – Gesellschaft, 4 (2003), S. 41–56.

sondern nähern sich diesen – zumindest aber deren „chiliastischen“, „gnostischen“, „manichäischen“ Spielarten – in ihren geistigen Strukturen an.

Im Zentrum steht ein politisches Perfektionierungsprojekt, das die historischen Grenzen menschlicher Existenz überwinden soll. Der polnische Philosoph Leszek Kołakowski hat eine christliche Wurzel der diesseitigen Perfektionierungsprojekte freigelegt: Nach seiner Deutung hat der britische Mönch Pelagius (ca. 354–422) mit der Ablehnung der Lehre von der Erbsünde und der Betonung der menschlichen Fähigkeit, Gutes auf Erden zu vollbringen, die Grundlage für die späteren säkularen Projekte einer Vergöttlichung des Menschen gelegt.¹⁷ Ein extremer Pelagianismus – um der Terminologie Kołakowskis zu folgen – strebt nach Vollendung im Diesseits, glaubt an die Möglichkeit des Bruchs mit der bisherigen historischen Existenz. Er wähnt sich im Besitz höherer Erkenntnis, billigt nur dem eigenen Weg moralische Dignität zu, entwickelt eine manichäische Weltanschauung, in der absolut Gute und absolut Böse, Erleuchtete und Irrgläubige, Freunde und Feinde einander schroff gegenüberstehen.

Der Gedanke der „Einheit“ steht im Zentrum eines solchen Denkens. Harmonie, Übereinstimmung, Gleichklang, Einförmigkeit, Eintracht gelten als unbedingt erstrebenswert. Die Konflikthaftigkeit der Gesellschaft, der Konkurrenzkampf von Interessengruppen, die Vielfalt der Weltanschauungen und Lebensentwürfe, der politische Wettstreit unterschiedlicher politischer Strömungen erscheinen aus dieser Perspektive als zu bekämpfende Übel. Die Ideologie ermöglicht eine „objektive“ und umfassende Bestimmung des Gemeinwohls.

Bei der Betrachtung der ideologischen Systeme des Nationalsozialismus wie des Marxismus-Leninismus sind solche strukturellen Merkmale von den inhaltlichen Aussagen zu trennen. Aber auch auf der inhaltlichen Ebene lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen. So enthielt die nationalsozialistische Zukunftsvision wie die der SED ein egalitäres Element. Es zeigte sich in den antibürgerlichen und kapitalismuskritischen Zügen der NS-Ideologie ebenso wie in ihrer – gegen überkommene Stände- und Klassenschranken gerichteten – Volksgemeinschaftsidee. Sie war jedoch gleichzeitig radikal antiegalitär im Rassismus und in der Betonung der Führerauslese. Die Idee der Volksgemeinschaft war nur in ihrer Verbindung mit der rassenimperialistischen Konzeption einer Weltherrschaft der Arier utopisch. Insofern dürften die genuin utopischen Elemente der NS-Weltanschauung für Mobilisierung und Legitimierung des Regimes allenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt haben, während die sozialen Verheißungen des Kommunismus einen Teil seiner Faszinationskraft bildeten. Aller-

17 Kołakowski, Leszek: *God Owes Us Nothing: A Brief Remark on Pascal's Religion and on the Spirit of Jansenism*, Chicago 1995.

dings war diese für totalitäre Bewegungen charakteristische Zugkraft und Dynamik mit schweren Hypothesen belastet: Der umfassende Geltungs- und Gestaltungsanspruch der real-sozialistischen Programmatik ließ die Unfähigkeit bei der Bewältigung elementarer Aufgabenstellungen besonders grell hervortreten. Die Propagierung einer historisch präzedenzlosen und nach aller menschlichen Erfahrung unerreichbaren konflikt- und mangelfreien Zukunft trug den Keim des Scheiterns in sich.

3. Grenzen totalitärer Herrschaftspraxis

Die ideokratisch-utopischen Züge erklären insofern zum Teil gewisse Grenzen der praktischen Umsetzung des totalitären Herrschaftsanspruchs. Er hängt überdies vom Resistenzpotential der jeweiligen Gesellschaft und der (empirisch verstandenen) Legitimität/Anerkennungswürdigkeit aus der Perspektive der Herrschaftsunterworfenen ab. Die hohe Bestandsdauer des SED-Staates im Vergleich zum NS-Regime darf nicht zu dem Fehlschluss verleiten, die rechtsextreme Diktatur habe in den Augen der Herrschaftsunterworfenen geringere Legitimität besessen als die linksextreme. Die NSDAP war seit Anfang der dreißiger Jahre von einer Woge der Popularität getragen worden, hatte sich in freien Wahlen als die mit großem Abstand stärkste Partei erwiesen. Mit einer psychologisch und propagandistisch geschickt inszenierten Arbeitsmarktpolitik, vor allem aber durch die mit hohem Risiko erreichten Erfolge bei der Revision des von vielen als nationale Schmach empfundenen Versailler Vertrages (Stichworte: Remilitarisierung, Besetzung des Rheinlandes, Angliederung des Saargebiets) verstand es Hitler, die Zustimmung in der Bevölkerung weiter zu erhöhen.¹⁸

Die sich als Partei der breiten Volksmasse verstehende SED erfreute sich zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz einer so bedeutenden Unterstützung wie die NSDAP. Ihr wirtschaftspolitisches Instrumentarium erwies sich als ungeeignet, um die äußerst schwierige soziale und ökonomische Situation nach der Kriegsniederlage von 1945 rasch zu bewältigen. Vor allem aber wurde sie zu Recht als Handlangerin einer fremden Macht angesehen, die den Okkupierten ihr Selbstbestimmungsrecht vorenthielt. Im Gegensatz zur NSDAP war die SED seit der Gründung ihres Staates stets mit einem anderen Deutschland im Westen konfrontiert, mit dem sich viele ihrer Bewohner weit eher identifizieren konnten als mit dem eigenen Regime und wohin Tausende von Menschen flohen. Der Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ war eine prekäre Form der Stabilisierung durch verschärfte

18 Vgl. vor allem Kershaw, Ian: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980.

Freiheitsentzug, der vielen die mangelnde Legitimität des SED-Regimes schlagend vor Augen führte.

Die sozialen und ökonomischen Bemühungen der NSDAP der dreißiger und der SED der siebziger Jahre haben eine Gemeinsamkeit: Beide erkaufte das Ziel einer kurz- bis mittelfristigen Stabilisierung mit dem langfristigen Ruin. Die NSDAP setzte auf den Krieg als Mittel zur Systemkonsolidierung, die SED untergrub mit ihrer – wenig erfolgreichen – Sozial- und Konsumpolitik unter Honecker die ohnehin schwache Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft, erhöhte die gefährliche Abhängigkeit vom Westen und riskierte den totalen ökonomischen Zusammenbruch.

Spätestens in den siebziger Jahren verbreitete sich auch in KPdSU und SED die Einsicht, dass das Ziel, den „Kapitalismus“ zu überholen und erfolgreich eine im Überfluss schwelgende klassenlose Gesellschaft aufzubauen, in weite Ferne gerückt war. Die sozialistischen Verheißungen büßten so weiter an Legitimationskraft ein. Neben den positiven traten immer mehr die negativen Inhalte der SED-Ideologie als legitimatorische Ressourcen in den Vordergrund: Antifaschismus, Antiimperialismus und Antikapitalismus.¹⁹ Neben den damit vermittelten identitätsbildenden Feindbildern wurde signalisiert, trotz ökonomischer Mängel sei der Sozialismus gegenüber dem kapitalistischen und reaktionären Ausbeuterregime im Westen jedenfalls das humanere Regime.

Eine Parallele zum NS-System lässt sich insofern ziehen, als auch hier Feindbildern eine wichtige integrative Funktion zukam. Sie waren mit einem dualistisch-manichäischen Weltbild verknüpft. Diesseits der Grenze befanden sich die Inhaber der historisch-politischen Wahrheit, die Hüter einer Lehre, die einen Schlüssel lückenloser Welterklärung lieferte und Lösungen für alle Probleme versprach. Jenseits von ihr befanden sich die Anhänger historisch-politischer Irrlehren und Lügengespinste, mit Blindheit geschlagen und von bösen Absichten getrieben. In der Gestalt des „raffgierigen Kapitalisten“ deckte sich die Feindbild-Konstruktion der NSDAP mit der der SED, auch wenn sich die eine mit einer marxistischen Klassenanalyse, die andere mit antisemitisch-rassistischen Vorstellungen verband.

Für die Legitimierungsstrategien der Regimepropagandisten besaßen solche negativen Identifikationsmechanismen eine ebenso große, pha-

19 Vgl. Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992; Münkler, Herfried: Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen. In: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Brsg. 2002, S. 79–99

senweise sogar eine größere Bedeutung als die positiven Inhalte ihrer Ideologie. Das Bemühen beider Regime, ihre Existenz durch propagandistische Anstrengungen dauerhaft zu legitimieren, war nur partiell und temporär erfolgreich. Es fehlte weitgehend an der Bereitschaft der Beherrschten, die Institutionen, Verfahren, Akteure und Vorhaben der Monopolparteien als rechtmäßig anzuerkennen. Gehorsam gegenüber den autoritativen Entscheidungen musste daher vielfach erzwungen werden.

Wie der 17. Juni 1953 zeigte, blieb die SED trotz ihres weithin erfolgreich durchgesetzten Herrschaftsmonopols Anfang der fünfziger Jahre nicht vor eruptiven Ausbrüchen des Volkszorns gefeit. War der – von Einzeltaten abgesehen – einzige großangelegte Versuch zum Sturz des NS-Regimes, der 20. Juli 1944, vorwiegend von konservativ-militärischen Eliten ausgegangen, wurde die Erhebung des 17. Juni von Arbeitern aus den Betrieben getragen, also gerade von jener sozialen Gruppe, die die SED als ihre Trägerschicht ansah.

Spricht die Volkserhebung im SED-Staat nicht gegen dessen Einordnung als „totalitär“? Dies trifft zumindest dann zu, wenn man sich strikt am idealtypischen Modell der „totalitären Herrschaft“ orientiert, wie es einflussreich von Carl J. Friedrich in Zusammenarbeit mit Zbigniew Brzezinski in Anwendung insbesondere auf das NS-System und das System des Stalinismus entwickelt worden war. Nach diesem Modell beherrschte in voll entwickelten „totalitären Systemen“ eine Einheitspartei mit exklusiv-unumschränktem Gestaltungsanspruch die Gesellschaft in allen ihren Sphären. Ihr Wahrheits-, Meinungs-, Kommunikations- und Herrschaftsmonopol erreichte sie einerseits durch die Mobilisierung der Massen für die großen revolutionären Ziele, andererseits durch die Omnipräsenz einer terroristischen Geheimpolizei, die selbst die schüchternste Regung oppositionellen Geistes im Keim zu ersticken suchte. Wo revolutionäre Leidenschaft die Gesellschaft erfasst und das eiserne Band des Terrors jeden Widerstand erdrosselt hatte, waren Volksaufstände nicht zu erwarten. Zwar mochte es Widerstandsakte verschiedenster Art und in den Lagern des GULAG verzweifelte Versuche des Sich-Aufbauens gegen schier unerträgliche Lebensbedingungen geben; doch für Aufstände mit Massenbeteiligung fehlten nach diesen Prämissen alle Voraussetzungen.

Weder der 17. Juni noch die Volkserhebung in Budapest noch der Prager Frühling veranlassten Carl J. Friedrich allerdings, die Kennzeichnung der mitteleuropäischen Satellitenstaaten der Sowjetunion als „totalitär“ fallenzulassen. Nach einer pluralen Übergangsphase war es dort den jeweiligen Kommunistischen Parteien in enger Verbindung mit Moskau und unter Einsatz massiver Repression gelungen, ein Herrschaftsmonopol zu errichten und nicht nur alle rivalisierenden Parteien vollkommen auszuschalten, sondern auch die Autonomie der übrigen gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der Gewerkschaften und

Kirchen, zu unterbinden. Die militärische Niederschlagung der Aufstände hatte bewiesen, dass die nachstalinischen KPdSU-Führungen mit ihren Verbündeten und Befehlsempfängern in den kommunistischen „Bruderparteien“ an ihrem totalitären politischen Gestaltungsanspruch festhielten. Wie nicht zuletzt der Widerstand unter dem NS-Regime gezeigt hatte, gab es stets eine gewisse Kluft zwischen Herrschaftsanspruch und Herrschaftsrealität. Außerdem wies Friedrich explizit darauf hin, dass es ein beständiges *Auf und Ab in der Intensität totaler Herrschaftsverwirklichung*²⁰ gegeben hatte. Daher wollte er auch den temporären Ausbruch von Kämpfen gegen die Herrschenden nicht ausschließen. Dies gelte vor allem für Etablierungs- und Krisenphasen totalitärer Systeme. Nur seien solche Kämpfe von vornherein zum Scheitern verdammt.

Während der Tod Stalins in den Augen Friedrichs lediglich eine temporäre Nachfolgekrise im Inneren der Kommunistischen Parteien ausgelöst hatte, sah Hannah Arendt, neben Friedrich die wohl bedeutendste Verfechterin des Totalitarismuskonzepts, in diesem Ereignis eine tiefe Zäsur. Das „Tauwetter“ der „Nachfolgekrise“ deutete sie als Indiz für *einen echten, wenn auch nie unzweideutigen, Abbau totaler Herrschaft*.²¹ Sie stützte ihre Diagnose vor allem auf zwei Elemente: den Bedeutungsverlust des polizeistaatlichen Terrors und die graduelle Rückgewinnung kultureller Autonomie. Für das erste Element führte sie vor allem die Art und Weise ins Feld, wie die ungarische Revolution unterdrückt worden war: *Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen; doch so brutal und entschlossen die Russen auch durchgriffen, sie setzten dabei keine Polizeitruppen ein, sondern reguläre Armee-Einheiten, und daher unterschied sich ihr Vorgehen auch in der Folge durchaus von einer typisch stalinistischen Lösung. Zwar wurden im Anschluss an die Militäroperation die Führer des Aufstands hingerichtet und Tausende ins Gefängnis geworfen, aber es kam zu keiner Massendeportation; tatsächlich wurde kein Versuch zur Umsiedlung der Bevölkerung unternommen. Und da es sich um eine Militäroperation und keine Polizeiaktion handelte, konnten es sich die Sowjets auch leisten, dem geschlagenen Land so viel Hilfsgüter zu schicken, dass eine Massenhungersnot vermieden und der totale Zusammenbruch der Wirtschaft im Jahr nach der Revolution abgewandt werden konnte. Nichts hätte, ohne Zweifel, Stalin unter ähnlichen Umständen ferner gelegen*.²² Das zweite Element, das Hannah Arendt als Beleg für den Abbau des Totalitarismus anführte, war das – wie sie

20 Friedrich, Carl Joachim: Totalitäre Diktatur, unter Mitarbeit von Brzezinski, Zbigniew K., Stuttgart 1957, S. 264.

21 Arendt, Hannah, Vorwort (1966). In: dies., Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, ungekürzte Ausgabe, München, Zürich 1986, S. 473–494, hier 475.

22 Ebd., S. 489 f.

meinte – *rasche und üppige Wiederaufblühen der Künste in den letzten zehn Jahren*. Gemeint war vor allem die Samizdat-Literatur-Szene, die in der Sowjetunion entstanden war und in der Tat von einer Vergrößerung intellektueller Freiräume und indirekt zugleich von einer Verminderung polizeistaatlicher Repression zeugte.

Die von Arendt wahrgenommenen Erscheinungen waren unleugbar, doch lehnte es Carl Joachim Friedrich ab, dieselben terminologischen Konsequenzen zu ziehen. Was den Terror anging, schwächte er seine Bedeutung innerhalb des von ihm entwickelten Totalitarismus-Modells ab; dieses Element hatte er im Unterschied zu Arendt niemals als konstitutiv angesehen. Und was das „Wiederaufblühen der Künste“ betraf, maß er diesem Phänomen eine weit geringere Bedeutung zu. In einem der zweiten Auflage von „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“ hinzugefügten Kapitel über die Rolle der Literatur und der Künste in den „Inseln der Absonderung“ wurde gezeigt, wie sehr die Kommunistische Partei unter Chruschtschow bestrebt war, die durch die Kritik am Stalinismus ermutigte literarische Auseinandersetzung mit dem Thema nicht ausufern zu lassen.²³

4. Posttotalitarismus?

Die westliche Kommunismusforschung war in den sechziger Jahren eher bemüht, dem gesellschaftlichen Wandel in den Ostblockstaaten Rechnung zu tragen, als die Konstanten im Vergleich zum Hochstalinismus herauszuarbeiten. Sie folgte daher mehr den Arendt'schen Deutungslinien als den Friedrich'schen. Die vergleichende Diktaturforschung fand in den siebziger Jahren im Konzept des „Posttotalitarismus“ einen Kompromiss, der Kontinuitäten wie Diskontinuitäten Rechnung zu tragen suchte. Juan J. Linz hat dieses Konzept in einem vielbeachteten Beitrag für das politikwissenschaftliche Handbuch von Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby 1975 erstmals systematisch entfaltet.²⁴

Als posttotalitär gelten nach Linz die Sowjetunion und ihre ostmitteleuropäischen Satelliten von der Entstalinisierung an. Trotz aller fließenden Übergänge ordnet Linz diese Systeme nicht mehr dem Typus des „Totalitarismus“, sondern bereits dem des „Autoritarismus“ zu.²⁵

23 Lapidus, Gail W.: *Literature and the Arts*, in: Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew K.: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, 2. Auflage Cambridge, Mass. 1965, S. 329–339.

24 Vgl. Linz, Juan J.: *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, in: Greenstein, Fred I./Polsby, Nelson W. (Hrsg.): *Handbook of Political Science*, Bd. 3: *Macropolitical Theory*, Reading/Mass. u. a. 1975, S. 175–411.

25 Vgl. den deutschsprachigen Nachdruck: Linz, Juan J.: *Totalitäre und autoritäre Regime*, hrsg. von Raimund Krämer, Berlin 2000, S. 149. Allerdings hat Linz die-

Nach dem Tod Stalins sieht er somit einen echten politischen Systemwandel. „Posttotalitarismus“ ist nach Linz keine Variante des „Totalitarismus“, sondern eine Form des „Autoritarismus“, allerdings jene Form, die dem „Totalitarismus“ am nächsten steht und noch deutliche Züge des zuvor bestandenen Totalitarismus trägt. So gibt es nach wie vor eine offizielle Ideologie, doch ist diese formelhaft erstarrt und selbst innerhalb der Kommunistischen Parteien kein echtes Instrument der Wirklichkeitswahrnehmung mehr. Sie erweist sich als unfähig, gläubige Hingabe und Leidenschaft für die noch immer propagierten revolutionären Ideale zu entfachen. Wo die Regime Massen zu mobilisieren versuchen, geschieht dies schleppend und in ritualisierter Form. Charismatische Führung geht in bürokratische Führung über. Die „sozialistische Gesetzmäßigkeit“ wird gerade im Interesse einer Nomenklatur betont, die – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrung des Terrors und der Säuberungen in der totalitären Phase – existentielle Sicherheit an erste Stelle rückt und kaum mehr revolutionäre Abenteuerlust entwickelt. An die Stelle der Apparatschiki treten vielfach besser ausgebildete Experten, die Entscheidungsprozessen ein höheres Maß an Rationalität verleihen. Hatte das totalitäre System jeglichen politischen, sozialen und ökonomischen Pluralismus vernichtet, entstehen im Posttotalitarismus Freiräume für die Entwicklung einer Schattengesellschaft, die jenseits institutioneller und legaler Absicherung bis zu einem gewissen Grad geduldet wird. Erste Ansätze einer sozialen und kulturellen Pluralisierung (vor allem in Literatur und Kunst sowie bei der Artikulation von Gruppeninteressen) heben das System deutlich vom Hochstalinismus ab.

Das Konzept des Post-Totalitarismus fand in der wissenschaftlichen Komparatistik bald Verbreitung. Auch von osteuropäischen Dissidenten wurde es aufgegriffen. Václav Havel bezeichnete damit vor allem die im realen Sozialismus omnipräsenten Verbeugungen vor einer offiziellen Ideologie, die als ursprüngliche legitimatorische Ressource zu einem *Gewebe der Heuchelei und Lüge* herabgesunken war.²⁶

Doch ist es sinnvoll, die betreffenden Systeme dem Typus des Autoritarismus oder einer Sonderform zwischen Autoritarismus und Totalitarismus zuzuordnen? Nach Linz ist dieser Typ durch das Fehlen einer elaborierten Ideologie und sozialer Mobilisierung sowie die Existenz

se Position später revidiert und den „Posttotalitarismus“ als einen eigenständigen „evolutionären“ Typus jenseits von Totalitarismus und Autoritarismus bestimmt. Vgl. ebd., S. 149, 245–256. Siehe zur Frage des Posttotalitarismus auch: Thompson, Mark R.: Weder totalitär noch autoritär: Post-Totalitarismus in Osteuropa. In: Siegel, Achim (Hrsg.): Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus, Köln 1998, S. 309–339.

26 Havel, Václav: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Von der Macht der Ohnmächtigen, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 13–18.

eines begrenzten Pluralismus gekennzeichnet. Die post-stalinistischen Satellitenstaaten der Sowjetunion verfügten aber nach wie vor über eine offizielle Ideologie, auf die man sich ständig berief, mochte der Legitimitätsglaube auch stark geschwunden sein. Auch verzichteten die Regime keineswegs auf soziale Mobilisierung, so ritualisiert ihre Formen auch waren. Und auch in der Frage der Existenz eines Pluralismus sind Fragen angebracht: Der politische Pluralismus fehlte ganz. Blockparteien und Massenorganisation stellten auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre das SED-Monopol nicht in Frage. Genügen Ansätze einer kulturellen Pluralisierung, um im Sinne autoritärer Systeme wie etwa Franco-Spaniens von „limited pluralism“ zu sprechen? Um solchen Problemen zu entgegen, könnte man den Totalitarismus begrifflich auffächern und geeignete Subtypen bilden.

Ungeachtet solcher Einordnungsprobleme gilt: SED und NSDAP erhoben bis zuletzt einen totalen, ideologisch begründeten Herrschaftsanspruch. Die Ideologie bildete in beiden Fällen keine hinreichende legitimatorische Ressource, so dass SED wie NSDAP zur Stabilisierung ihrer diktatorischen Herrschaftssysteme auf umfassende Repressionsapparate angewiesen waren. Dass der Überwachungsapparat der SED weit umfangreicher ausfiel als derjenige der NSDAP,²⁷ ist ein klares Indiz für eine geringere Popularität, resultiert aber auch aus der Tatsache, dass die SED nach ersten Phasen des Terrors – in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Militär- und Sicherheitsapparat – die offene Repression abschwächte und seit den siebziger Jahren eine besonders personalintensive Politik präventiver Überwachung und Kontrolle verfolgte.²⁸

5. Totalitärer Herrschaftsanspruch und totale Kontrolle

SED und NSDAP errichteten in ihrem jeweiligen Herrschaftsbereich Regime mit totalitären Zügen. Beide Weltanschauungsparteien vermochten ihren umfassenden Herrschaftsanspruch in solchem Maße umzusetzen, dass keine gesellschaftlichen Kräfte übrig blieben, die in der Lage gewesen wären, dem Herrschaftszentrum einen eigenständigen machtpolitischen Willen entgegenzusetzen und sie in Permanenz zu

27 Das MfS beschäftigte zuletzt rund 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter, während die Ist-Stärke der Sicherheitspolizei und des SD Anfang 1944 reichsweit nur rund 50.000 Mitarbeiter betrug. Vgl. Clemens Vollnhals, Geheimpolizei und politische Justiz im Nationalsozialismus und im SED-Staat. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung, Dresden 1999, S. 39–59, hier 43.

28 Vgl. Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, erweiterte Neuausgabe, Stuttgart 2006.

substantiellen Kompromissen zu zwingen. Beide Einheitsparteien übten insofern eine totale Kontrolle über die Gesellschaft aus. Diese Qualifizierung gilt selbstverständlich weder für die Phase der Machteroberung noch für die Zeit des Verfalls der SED-Herrschaft im Jahr 1989.

Das totalitäre Potential der Staatsideologien kam in manchen Bereichen zu voller Entfaltung, während es in anderen weit dahinter zurückblieb. So konnte die NSDAP ihr Kommunikationsmonopol nicht zuletzt aufgrund des bescheideneren technischen Entwicklungsstandes der Massenmedien in höherem Maße durchsetzen als die SED, die in den fünfziger Jahren noch durch den Einsatz von Störsendern und mittels Verboten gegen die Sendungen grenzüberschreitender westlicher Rundfunkübertragungen vorging,²⁹ aber schon bald – halb resignierend – vor der Übermacht kapitulieren musste und sich damit begnügte, den Informationen der Westmedien die eigene Lesart entgegenzustellen. Im Bereich der Wirtschaft blieb selbst der Verfügungsanspruch des NS-Regimes hinter dem des SED-Staates zurück, da die NS-Wirtschaftspolitik weit weniger rigiden Direktiven folgte und – trotz gravierender Eingriffe, vor allem in den Kriegsjahren – Markt und Unternehmertum prinzipiell bestehen ließ. Die Autonomie der Wirtschaftsgesellschaft bestand daher unter dem Nationalsozialismus in weit höherem Maße fort als unter der Herrschaft der SED.³⁰

Für eine totalitäre Machtausübung im skizzierten Sinne ist der Einsatz von Terror und Konzentrationslagern keineswegs unerlässlich. Generell erscheint es problematisch, den Begriff des Totalitarismus an eine (extreme) Repressionspraxis zu binden.³¹ Staatliche Repression kann auch in totalitären Systemen abnehmen, wenn der gesellschaftliche Widerstand nachlässt. Die Brechung von Widerstand durch Massenterror und die Persistenz eines unbeschränkt einsetzbaren Sanktionspotentials³² ermöglicht die Einführung subtilerer Repressionspraktiken, wie sie Sandra Pingel-Schliemann für die „Zersetzungspraxis“ des

29 Vgl. Diller, Ansgar: Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band II/2: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 1214–1242, hier 1238 f.

30 Vgl. Heydemann, Günther/Beckmann, Christopher: Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturenvergleichs. In: Deutschland Archiv, 30 (1997), S. 10–40.

31 Nach Hannah Arendt sind Massenterror und Konzentrationslager notwendige Merkmale totalitärer Systeme. Vgl. dies.: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S. 471–730.

32 Vgl. Kielmansegg, Peter Graf: Krise der Totalitarismustheorie? In: Zeitschrift für Politik, 21 (1974), S. 311–328, hier 325.

MfS der DDR in den siebziger und achtziger Jahren eindrucksvoll dokumentiert hat.³³ Umgekehrt sind Terror und genozidale Exzesse auch in autoritären Systemen keineswegs unbekannt, man denke nur an die „Todesschwadronen“ Lateinamerikas oder die „Interahamwe“ der Hutus in Ruanda.³⁴ Die Potentialität des Terrors ist allen Autokratien zu eigen, wenngleich totalitäre Systeme des Terrors aufgrund ihres auf „Weltheilung“ oder „Welterlösung“³⁵ zielenden Projekts in besonderem Maße bedürfen.

Allerdings ist nicht zu verkennen, dass die Herrschaftspraxis sich stark verändert, wenn die ideologischen Ziele an Alltagsrelevanz verlieren, in eine unbestimmte Ferne rücken. Der „Totalitarianism of Extermination“, wie ihn Hannah Arendt eindrucksvoll beschrieben hat, wandelt sich dann in einen „Totalitarianism of Total Control“.³⁶ Daher erscheint es sinnvoll, Subtypen nach der Art totalitärer Herrschaftspraxis zu bilden. Im Sinne einer Phaseneinteilung ließe sich etwa zwischen einem „revolutionären“ und einem „parteibürokratischen“ Totalitarismus unterscheiden, wie dies Wolfgang-Uwe Friedrich für das SED-Regime vorgeschlagen hat.³⁷ Auch eine Unterteilung in Früh-, Hoch und Spättotalitarismus könnte der Entwicklungsdynamik Rechnung tragen.³⁸ Wie vergleichende Studien zu den Staaten des „realen Sozialismus“ zeigen, war es für die Herrschaftsausübung von wesentlicher Bedeutung, ob der Totalitarismus überwiegend von außen oktroyiert oder mit starker innerer Unterstützung etabliert wurde. So liegt die Unterscheidung zwischen endogenem und exogenem Totalitaris-

33 Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2004.

34 Ähnlich argumentieren: Linz: Totalitäre und autoritäre Regime, S. 64; Merkel, Wolfgang: Totalitäre Regimes, in: Totalitarismus und Demokratie 1 (2004), S. 183–201, hier 186.

35 Vgl. zu diesen Begriffen: Pohlmann, Friedrich: Stätten des Terrors im Kommunismus und Nationalsozialismus – Archipel Gulag und Konzentrationslager. In: Zeitschrift für Politik, 52 (2005), S. 297–317, hier 300.

36 So die leicht abgewandelte Unterscheidung bei: Meuschel, Sigrid: The Institutional Frame: Totalitarianism, Extermination and the State. In: Dubiel, Helmut/Motzkin, Gabriel (Hrsg.): The Lesser Evil. Moral Approaches to Genocide Practices, London 2004, S. 109–124.

37 Vgl. Friedrich, Wolfgang-Uwe: Bürokratischer Totalitarismus. Zur Typologie des SED-Regimes. In: German Studies Review, Special Issue: Totalitäre Herrschaft – totalitäres Erbe, 1994, S. 1–21, hier 7.

38 Als spädtotalitären Versorgungs und Überwachungsstaat charakterisiert die DDR: Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 643 f.

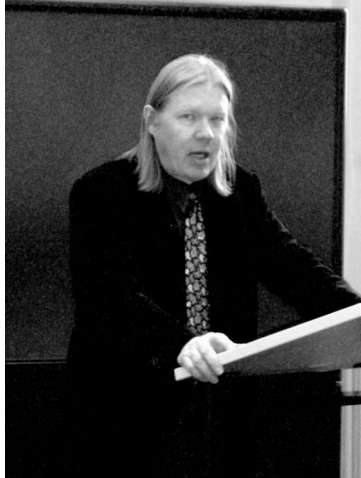
mus nahe.³⁹ Das NS-Regime war in diesem Sinne endogen, das SED-Regime hingegen zu erheblichen Teilen exogen.

In beiden Fällen war der Systemzusammenbruch überwiegend exogen begründet: Die Herrschaft der NSDAP endete mit ihrer totalen Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Der Herrschaft der SED wurde letztlich durch die Reformen Gorbatschows in Moskau und die allmähliche Preisgabe des hegemonialen Anspruchs der Sowjetunion der Boden entzogen.

39 Vgl. Mańków, Jerzy: Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation, Baden-Baden 2005, S. 42–47.

Menschenrechte als rechtsphilosophisches Problem

Matthias Kaufmann,
Halle (Saale)



Die Forderung nach Achtung der Menschenrechte, für die man Paläste baut und nach denen man Straßen benennt, gehört inzwischen ebenso zu den Selbstverständlichkeiten nationaler und internationaler politisch-rechtlicher Diskussion, wie ihre stets neue Verletzung. Diese geschieht durch Diktaturen, aber auch durch Staaten, die sich selbst als demokratisch verstehen und ist mitunter verbunden mit Beschwerden über den „ideologischen“, „egoistischen“ oder auch gleich „imperialistischen“ Anspruch, der mit diesen Rechten erhoben wird. Diese Abwehr wirkt auf den ersten Blick insofern kurios, als die meisten Staaten der Welt sich durch Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zur Wahrung derselben verpflichtet haben.

Aus rechtsphilosophischer Sicht kann man sich natürlich nicht mit einer Aufzählung und Einzeldiskussion der Menschenrechte oder der wichtigsten davon, etwa gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO vom 10. Dezember 1948 oder der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950, zufriedengeben. Vielmehr stellt sich zunächst die Frage, wie sich Menschenrechte von den vielen anderen Arten von Rechten unterscheiden, mit denen man es im Recht zu tun hat, außerdem nach welchen Grundsätzen man sie ordnen und bei Bedarf die doch inzwischen recht lange und unübersichtliche Liste einteilen kann. Außerdem gilt es zu klären, inwieweit Menschenrechte auch unabhängig von diesen Ansätzen zur Positivierung existieren und wie diese Existenz-

weise zu verstehen ist. Schließlich werden einige Anmerkungen zur vermeintlichen Kulturbedingtheit der Menschenrechte unvermeidlich.

1. Arten und Generationen von Menschenrechten

Da eine der traditionellen Argumentationsschienen gegen die Menschenrechte auf ihrer historischen Rückführung auf egoistische Interessen basiert, seien es die ökonomischen Interessen des Bürgertums oder auch das angebliche generelle Lenken des objektiven mittelalterlichen Rechts in die Schiene von Macht und Durchsetzung bei Wilhelm von Ockham, nur eine kurze historische Anmerkung: Plausiblen Darlegungen zufolge entstand die Rede von einem subjektiven Recht, einem Recht auf etwas, der Gebrauch von **ius** in diesem Sinne und nicht im Sinne einer objektiven Regelung der Verhältnisse, im 12. Jahrhundert.¹ Es scheint auch sehr früh sowohl die weitere Verwendung von **ius** als aus irgendeinem Regelsystem abgeleitete Verfügungsgewalt (*ius in re*, etwa des Eigentümers) oder als Anspruch (*ius ad rem*, etwa des Arbeiters auf den Lohn) zu geben, als auch einen spezielleren Gebrauch von **ius** im Sinne eines allen Menschen als Menschen zustehenden natürlichen Anspruchs auf Lebensunterhalt und auf Freiheit von unnötiger Bevormundung.

Es ist wichtig, diesen engeren von dem weiteren Gebrauch von **ius**, in heutiger Terminologie die Rede von Menschenrechten von der Rede von subjektiven Rechten im Allgemeinen, auch systematisch genau zu unterscheiden, weil die Beanspruchung von Menschenrechten oft als antidemokratisch und unmoralisch kritisiert wurde.² Der semantisch korrekten Verwendung der Rede von subjektiven Rechten widerspricht es zunächst nicht, wenn man ein Recht auf Sklavenhaltung und ein Recht auf Herrschaft der Familienväter über Frauen, Kinder und Gesinde behauptet, also einen Anspruch auf extreme Gruppen- und Statusprivilegierung erhebt. Man hat solche Ansprüche sogar für „natürlich“ erklärt.

Wenn dagegen von Menschenrechten die Rede ist, so legt es der Begriff nahe, dass sie erstens dem Menschen, insofern er ohne jede weitere Qualifikation Mensch ist, und zwar **jedem** Menschen ohne Rücksicht auf Geschlecht, Hautfarbe, Rasse, Stand zustehen, dass sie zweitens nicht willkürlich aufgegeben werden können und unverzichtbar sind. Man hat sie, weil man Mensch ist und solange man Mensch ist. Jeder Vertrag, bei dem jemand sein Leben oder seine Freiheit aufgibt, ist

1 Tierney, B.: *The Idea of Natural Rights*, Grand Rapids/Mich. 1997; Tuck, R.: *Natural Rights Theories*, Cambridge 1979.

2 Schmitt, C.: spricht etwa vom *unüberwindlichen Gegensatz von liberalem Einzel-menschbewußtsein und demokratischer Homogenität* (Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Vorw. 2. Aufl. Berlin 1979, S. 23), K. Marx klagt, durch die französische Erklärung der Menschenrechte werde *der citoyen zum Diener des egoistischen homme erklärt* (Zur Judenfrage, in: MEW I, S. 366).

von vorneherein nichtig. Nach Locke etwa kann man sich gar nicht als Sklave verkaufen, weil die individuelle Freiheit nicht dem Menschen, sondern Gott gehört.³ Eine säkulare Argumentation gegen die Möglichkeit, sich vertraglich zum Sklaven zu machen, bietet Rousseau. Erstens könne jemand, der einen solchen Vertrag akzeptiere, nicht bei Verstand sein, zweitens habe man nicht das Recht, sich für die Zukunft der Freiheit, damit des Menschseins und der Verantwortung für seine Handlungen zu entledigen.⁴ Pointiert gesagt, ist ein derartiger Vertrag deshalb null und nichtig, **weil** eine Partei sich mit ihm von der Freiheit und damit von der Verantwortung losgesagt hat, ihn einzuhalten.

Die Verwendungsweise von **ius** im Sinne eines subjektiven Rechtes die eines irgendwie gearteten Rechtsanspruchs und die eines allen gleichermaßen zukommenden Menschenrechtes entwickelten sich im Verlauf des Spätmittelalters, der Renaissance und der Neuzeit nebeneinander her, teilweise wurden sie miteinander verquickt, teilweise jedoch auch in heftigen Debatten gegeneinander ausgespielt. Gerade die Freiheit vollzog dabei einen drastischen Bedeutungswandel vom Gruppenprivileg der Nicht-Hörigen – für die Leibeigenen trat die natürliche Freiheit im Normalfall hinter das positive Recht zurück – zum unverzichtbaren gleichen Recht aller Menschen. Innerhalb Europas und Nordamerikas kann man ihn im siebzehnten und vor allem im achtzehnten Jahrhundert feststellen. Marx zitiert jedoch noch die Beschwerde eines Amerikaners, der es in England als Freiheitsbeschneidung ansieht, dass er seinen schwarzen Sklaven nicht schlagen darf.⁵ Dieses Beispiel zeigt, wie spät erst der Gedanke eines allgemeinen Rechtsanspruchs **aller** Menschen auf Freiheit auftaucht. Die elementaren Rechte, auf die ein Mensch deshalb nicht verzichten kann, weil sie das Menschsein ausmachen, sind zunächst das Recht auf Existenz, auf Leben, und das Recht auf die typisch-menschliche Fähigkeit, sich selbst zu bestimmen, solange man damit niemandem schadet.⁶

Selbstverständlich gibt es zahlreiche Möglichkeiten, subjektive Rechte zu ordnen und zu differenzieren. Die für unseren Kontext wichtigste besteht eben darin, solche Ansprüche, die prinzipiell allen Menschen oder auch allen Bürgern zugesprochen werden, von solchen zu unterscheiden, die ihrem Wesen nach Privilegierungen enthalten.

3 Locke, J.: Two Treatises on Government, Second Treatise IV, S. 22, R. Tuck, a. a. O., S. 49 ff.

4 Rousseau, J. J.: Contrat social I, S. 7.

5 Marx, K./Engels, F.: Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 191.

6 Einen Versuch, die unterschiedlichen Präzisierungsversuche für diese zugegebenermaßen vage Formulierung – etwa bei Kant und bei Mill – zu evaluieren und schließlich ein klares Kriterium zu finden, unternimmt Koller, P.: Freiheit als Problem der politischen Philosophie, in: Bayertz, K.: Politik und Ethik, Stuttgart 1996, S. 111–138.

Bereits die kontingente geschichtliche Entwicklung der Menschenrechte zeigt, dass in diesem Bereich unterschiedliche Typen von Ansprüchen zusammenkommen: Nach den über Jahrhunderte geführten Diskussionen, welche Rechte einem Menschen von Natur zukommen und gegenüber wem er sie geltend machen kann, findet bei Hobbes insofern eine Zäsur statt, als er gewissermaßen als Nebeneffekt seiner Begründung für die absolute Macht des Souveräns den Individuen ein unverzichtbares Recht auf Leben **gegenüber jedem** Staat zugesteht. Bei Locke wurde dies erweitert um das Recht auf Freiheit und Eigentum, während Rousseau und Kant die Bewahrung der Selbstbestimmung durch Beteiligung an der Entscheidungsfindung in den Mittelpunkt rückten. Wir finden an dieser Stelle also bereits die Unterscheidung von Schutzrechten und Partizipationsrechten, die in der Menschenrechtsdiskussion bis heute erkennbar ist. Allerdings zeigt bereits ein Blick auf die verschiedenen Menschenrechts- und Rechtsdeklarationen des 18. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich, dass diese Rechte keineswegs voneinander getrennt, sondern stets gemeinsam behauptet und gefordert wurden, auch wenn als Vorläufer oder Ursprung das Schutzrecht des habeas corpus Prinzips genannt wird. Die Verbindung aus Schutz- und Partizipationsrechten kann auch als erste Generation der Menschenrechte bezeichnet werden.

Davon werden diejenigen unterschieden, die man als soziale Rechte bezeichnet und die als Reaktion auf die soziale Frage, also die katastrophalen Folgen der industriellen Revolution erkämpft wurden. Man spricht dabei häufig von der zweiten Generation der Menschenrechte. Im Unterschied zu den Rechten der ersten Generation hängt ihre Realisierbarkeit in gewissem Ausmaß von den zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Fast in allen Situationen wäre es jedoch zumindest bei weltweiter Solidarität möglich, das Menschenrecht auf würdigen Lebenserhalt zu gewährleisten. Es gab und gibt erbitterte Diskussionen darüber, ob nicht diese Rechte, die insbesondere in den §§ 23–25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formuliert sind, in Zeiten großer Not den Vorrang vor der ersten Generation der Menschenrechte bekommen sollten. Allerdings wird mit Recht eingewandt, dass die Vernachlässigung der ersten Generation der Menschenrechte zur angeblich besseren Versorgung der Mehrheit sehr schnell zum Vorwand benutzt wird, um die Kritik an neuen und ebenfalls korrupten Eliten zu unterbinden, während die Bevölkerung wenig Vorteile davon hat.

Als dritte Generation der Menschenrechte bezeichnet man mitunter das Recht auf kulturelle Identität und die damit verbundenen Ansprüche. Hier wird häufig versucht, die angebliche besondere kulturelle Beschaffenheit einer Gemeinschaft gegen die Inanspruchnahme von Rechten der ersten zur zweiten Generation auszuspielen. Zumeist ist dies aber auch nur eine Schutzbehauptung neuer Eliten, um die eigene Macht zu sichern, wie für sämtliche Kulturräume von kritischen Vertretern der dor-

tigen Intelligenz bestätigt wird⁷. Ernsthafte Vertreter kultureller Rechte wie Patrice Meyer-Bisch sind allerdings allemal der Auffassung, dass kulturelle Rechte die beiden ersten Generationen von Menschenrechten ergänzen können und sollten, jedoch nie an ihre Stelle treten dürften.

Wichtig ist ferner die traditionelle Unterscheidung von Bürgerrechten, deren Beachtung ein Staat allen seinen Bürgern, aber eben nur seinen Bürgern schuldet, und Menschenrechten, die er tatsächlich allen Menschen gegenüber zu bewahren hat, auch wenn inzwischen davor gewarnt wird, diese Unterscheidung zu genau nehmen zu wollen. Zu den ersten gehören etwa das Wahlrecht, zu den letzteren der unmittelbare Schutz des Lebens. Abwehrrechte sind zunächst Menschenrechte, Partizipationsrechte überwiegend Bürgerrechte. Rechte auf Rücksichtnahme stehen teils allen Menschen zu, besonders, wenn es um die Existenzsicherung derer geht, die sich auf dem Territorium eines Landes befinden, das diese Existenzsicherung zu gewährleisten vermag, zum Teil sind sie aber auch an ein bestimmtes System von Beitragszahlungen geknüpft, das bei ungebremsster Ausweitung zusammenbräche, wie etwa die Rentenversicherung.

2. Begründungsmöglichkeiten und Seinsweisen

Eine traditionelle theoretische Schwierigkeit im Umgang mit Menschenrechten besteht darin, wie man ihren universellen Geltungsanspruch begründen kann, wenn sich doch beobachten lässt, dass die Rede von Menschenrechten noch relativ jung und wie wir gesehen haben, sogar der subjektive Gebrauch von „Recht“ nicht gerade ewig ist. Dies gilt sogar innerhalb der abendländischen Tradition.

Ein Begründungsansatz wie der von Vitoria, de Soto oder Las Casas bei der Menschenwürde gegebene, dass eben alle Menschen ihre Gotteskindschaft und ihre Gottesebenbildlichkeit gar nicht verlieren können, war historisch sehr bedeutsam.⁸ Heute verliert er durch seine Bindung an theologische Prämissen seinen Universalitätsanspruch. Schließlich wird beispielsweise von einigen Autoren ein islamisches Verständnis und eine islamische Begründung der Menschenrechte eingeklagt.⁹ Diese unterscheiden sich inhaltlich von dem christlichen Verständnis und beide wiederum möglicherweise von den in die entsprechenden UNO-Deklarationen aufgenommenen Forderungen. Durch

7 Vgl. Yingtai, Lung: Culture as a Dead Picture, in: Göller, Th. (Hrsg.): Philosophie der Menschenrechte, Göttingen 1999, S. 168–184 für den ostasiatischen Raum, ähnliche Beispiele finden sich für Afrika.

8 Tosi, G.: „Veri domini“ o „servi a natura“? La teoria della schiavitù naturalae nel dibattito sul Nuovo Mondo, Bologna (Divus Thomas vol 33) 2002.

9 Abul A'la Mawdudi, zitiert nach Bielefeldt, Heiner: Philosophie der Menschenrechte, Darmstadt 1998, S. 134 ff.

ihre Begrenztheit auf die Glaubensangehörigen scheiden Religionen heutzutage als Begründungsinstanz für universelle Rechte aus. Schwierig wird es auch, sie aus einem natürlichen und überall gültigen inhaltlich bestimmten Naturrecht ableiten zu wollen, da es ein solches wohl nicht gibt.

Dies bringt uns naturgemäß zu der Frage, in welcher Weise es denn Menschenrechte gibt, welche Form der Existenz sie besitzen. Gibt es sie so wie Adler, oder wie Motorboote, oder so, wie es Bakterien gab, bevor man sie nachweisen konnte, oder doch eher in der Weise von Einhörnern, wie MacIntyre behauptet?¹⁰ Die Frage, ob es natürliche subjektive Rechte gibt, die allen Menschen als Menschen zukommen, lässt sich gewiss nicht in dem Sinne beantworten wie die Frage, ob es weiße Tiger gibt, oder wie die, ob es Bakterien gab, bevor man sie entdeckte. Rechte werden nicht gesucht und eventuell irgendwann einmal vorgefunden. Genauso wenig gibt es diese natürlichen Rechte so, wie es etwa unendlich viele Primzahlen gibt. Die Annahme, es gäbe sie nicht, führt nicht in jedermann evident nachweisbare Widersprüche.

Doch lässt sich die enorme Bedeutung, die sie in den letzten Jahrhunderten, insbesondere den letzten Jahrzehnten erhalten haben, teilweise damit erklären, dass sie in den unterschiedlichsten Kulturen vorhandene Intuitionen zu bündeln vermögen: Sie enthalten in besonders prägnanter Form die normative Behauptung, es sei gerechtfertigt, jeden auf der Welt, der andere zu beherrschen beansprucht, insbesondere natürlich die im eigenen Lande Herrschenden zu bestimmten Leistungen und Rücksichten gegenüber denen, die gehorchen sollen, zu verpflichten, ganz gleich, wie die positive Rechtslage im Einzelfall sei, und sie dann, wenn sie diese Rücksichten nicht einhalten, in angemessener Weise zu bekämpfen.

Die Ansprüche auf Rücksichtnahme, welche man gegenüber den Herrschenden einklagt, kann man als natürliche Rechte, Menschenrechte oder Bürgerrechte bezeichnen. Die Existenzweise von Menschenrechten ist nicht die von Einhörnern, Hexen, Flussgeistern oder Phlogiston, also von Fabelwesen oder überflüssig gewordenen theoretischen Konstruktionen. Es sind die Legitimitätsbedingungen, mit denen man politische Systeme konfrontieren kann und muss.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte werden diese als Ansprüche formuliert, die das Individuum auf eine Weltordnung hat, in welcher es gemäß den Menschenrechten geachtet und berücksichtigt wird. Damit kann man besser erläutern, warum es für jeden Menschen gegenüber jedem Staat ein Recht auf das Lebensnotwendige gibt, weil nämlich beide Bestandteil dieser Weltordnung sind, gleich, ob man diese nun als Bundesstaat oder als Staatenbund interpretieren will. Der

10 MacIntyre, A.: *After Virtue*, London ²1985, S. 69.

Nachteil besteht natürlich bisher darin, dass man (noch) keinen direkten Adressaten für die Forderungen hat, sondern so etwas wie eine eher diffus organisierte Weltöffentlichkeit. Man kann beide Grundsätze, also die Legitimitätsbedingungen und den Anspruch auf eine angemessene Weltordnung, so miteinander verknüpfen, dass man als Weltordnung das bezeichnet, was nicht zuletzt von den bestehenden Staaten mit ihren Machtapparaten aufrecht erhalten wird. Man muss Menschenrechte dazu nicht auf kontrafaktische Forderungen, als letztes Refugium dessen, der keine anderen Möglichkeiten mehr hat, zu seinem Recht zu kommen, reduzieren. Sie können auch eine Kontrollfunktion in relativ gut funktionierenden Staaten haben. Damit bleiben aber allemal zwei Fragen offen: Wer kontrolliert die Staaten und warum soll man den Menschen diese Rechte zugestehen?

Zur Kontrolle der Wahrung der Menschenrechte eignet sich als Problemindikator in erster Linie die Zivilgesellschaft, das bedeutet eine freie Presse, verschiedene Arten von NGOs und dergleichen. Für die politische Korrektur festgestellter Mängel bedarf es mitunter jedoch auch des Drucks der Staatengemeinschaft. Die Zivilgesellschaft hingegen stellt in diesem Fall so etwas dar wie die politische Realisierung einer moralischen Diskursgemeinschaft, durch welche die Menschenrechte als Anspruch eines jeden auf faire Berücksichtigung gewährleistet werden (Carlos Santiago Nino). Ein Grund, warum man die Menschenrechte berücksichtigen sollte, besteht darin, dass man von denselben Menschen Gehorsam verlangt, also eine partielle Aufgabe ihrer Autonomie, die man seit Rousseau und Kant für unverzichtbar für das menschliche Leben hält (vgl. Rousseau, *Contrat social* I.3–7).

Die zwischen Ernst Tugendhat und Jürgen Habermas kontroverse Frage, ob Menschenrechte eher moralischen oder juristischen Charakter besitzen,¹¹ verliert damit etwas an Konturen. Die genannten Legitimitätsbedingungen stehen in engstem Zusammenhang mit dem für die Aufklärungsmoralität zentralen Grundsatz, wonach jeder Mensch auch Zweck an sich selbst ist, ein Grundsatz, der seinerseits den Versuchen entspringt, die letzten Prinzipien des Naturrechts zu finden. Die rechtsstaatlichen Rechtssysteme enthalten andererseits formale Grundsätze wie die Forderungen nach Öffentlichkeit, Allgemeinheit und Unparteilichkeit gesetzlicher Regelungen, die zusammen mit der Annahme der Gleichheit der Menschen eine Moralisierung des Rechts von außen zur Folge haben.

In ganz oder teilweise illegitimen politischen Organisationen müssen die Menschenrechte allemal erst erkämpft werden, ob sie moralischer oder rechtlicher Natur genannt werden. Will man indessen etwa die Folterschergen einer Diktatur nach deren Ende sicher bestrafen können,

11 Vgl. Lohmann, G.: Menschenrechte zwischen Moral und Recht, in: Lohmann, G./ Gosepath, St.: Philosophie der Menschenrechte, Frankfurt/M. 1996.

so geschieht dies vermutlich leichter unter der Annahme, sie hätten gegen immer schon gültige rechtliche Regeln verstoßen.

3. Menschenrechte und Demokratie

Im Lichte dieser Einteilungen wird deutlich, wie weit über den Gemeinplatz hinaus, das Demokratie und Menschenrechte nur in Verbindung, nicht jedoch isoliert voneinander ihre volle Wirkung entfalten, beide Konzepte eng ineinander verzahnt sind.

Die Rede von subjektiven Rechten allein besagt noch nichts über ihre Geltung für alle, historisch gesehen wurde sie über lange Zeit sogar effizienter zur Formulierung von Individual- oder Gruppenprivilegien benutzt. Doch auch die republikanische Tradition ist zunächst alles andere als egalitär. Dies gilt für die antiken Sklavenhalterdemokratien, aber auch für Marsilius von Padua, nach dessen im Defensor Pacis (1324) ausgebreiteter, mitunter als erste Form der Volkssouveränität eingeordneter Lehre, jeder nach seiner sozialen Stellung, **secundum suum gradum** an der Entscheidungsfindung beteiligt sein soll (Defensor Pacis I.XII 4), und für Machiavelli, dessen Republikanismus problemlos mit der Unterdrückung möglichst vieler anderer Republiken durch die eigene vereinbar ist (Discorsi II.4). Erst die Verbindung von subjektiven Rechten und republikanischer Tradition mit der Konzeption von allen Menschen als Menschen zustehenden Rechten führt in demokratisches Fahrwasser. Bei Rousseau (Contrat Social I 6, II 1, II 4) und bei Kant (Metaphysik der Sitten, Rechtslehre, Einleitung sowie §§ 46, 47, 51, 52), scheinen diese Traditionsstränge zusammenzufinden.

Erst der Gedanke der Menschenrechte, dies sollten die historischen Andeutungen nahe legen, bringt ein Element unveränderbarer **Gleichheit** in die politische und rechtliche Diskussion. Dieses Element ist weder im Konzept subjektiver Rechte enthalten, noch in der häufig als „demokratisch“ bezeichneten, in Wahrheit jedoch „nur“ republikanischen Tradition.

Betrachten wir die einzelnen Typen von Rechten und ihre Beziehung zur Demokratie genauer:

Partizipationsrechte für alle sind, wenn überhaupt, nur in einer Demokratie möglich. Man unterstellt heute umgekehrt auch, dass in einer Demokratie zumindest mittelbar **alle** unter einem Herrschaftsbereich lebenden Menschen an der Herrschaft beteiligt sein und bleiben müssen.

Der heutige Sprachgebrauch weicht von den durch das Wort vorgegebenen historischen Parallelen – insbesondere der antiken Lesart der Demokratie als Herrschaft des Demos, der unteren Volksschichten also, aber auch der einst real existierenden attischen Demokratie – schon allein aufgrund anderer soziologischer, ökonomischer und juris-

tischer Vorgaben ab. Die oft als demokratisch bezeichnete Gedanken- tradition aus Mittelalter und früher Neuzeit – inklusive der USA in der Zeit der Sklavenhaltung – ist nach heutigen Maßstäben eher republi- kanisch als demokratisch zu nennen, da das Element der Beteiligung aller im gegenwärtigen Sprachgebrauch unverzichtbar ist.

Diese Unverzichtbarkeit resultiert einesteils aus der für die Neuzeit typischen Annahme, dass die Menschen prima facie gleich sind, dass sie jedenfalls in den für die Beteiligung an der politischen Beratung und Entscheidung relevanten Fähigkeiten nicht soweit verschieden sind, dass man bestimmte Gruppen dauerhaft von der Herrschaft aus- schließen, oder anderen einen privilegierten Zugang ermöglichen müsste.

Dabei resultiert die notwendige Beteiligung aller an der Herrschaft direkt aus der Grundlage der spezifisch demokratischen Legitimität, also auf dem Gedanken, dass die Gesetze, zu denen ich zustimmen, oder die ich ablehnen konnte, zu Recht auf mich angewandt werden. Diese Grundla- ge ist im Unterschied zu einer rein funktionalen, den Frieden und die Versorgung ins Zentrum stellenden, Legitimitätsvorstellung die Zu- stimmung der von einer Entscheidung Betroffenen, der zum Volk Gehö- rigen.

Doch auch bei **Abwehrrechten** gegen den Staat – das Recht auf Le- ben, auf Freizügigkeit, auf eine eigene Meinung und andere elementare Rechte würden wir schließlich auch keiner noch so großen Mehrheit zur Disposition stellen – besitzt eine Demokratie klare Vorzüge. Eine Einzel- oder Minderheitenherrschaft, die nicht demokratisch kontrol- lierbar ist, kann ihren Untertanen die Menschenrechte zwar gewähren, bei schlechtem Benehmen jedoch auch stets wieder verweigern, so dass sie keinen Rechts- sondern nur noch Gnadencharakter besäßen. Nur eine Demokratie bleibt als Herrschaftsform unverändert bestehen, wenn Kontrollmechanismen und Gewaltenbalancen eingeführt werden. Eine Autokratie muss, um überhaupt eine solche zu sein, zumindest in Ausnahmesituationen alle verfassungsmäßigen Kontrollmecha- nismen außer Kraft setzen können. Mit garantierten Abwehrrechten kann ein solches System also nur sehr schwer auf längere Zeit bestehen.

Hinsichtlich der **Rechte auf soziale Rücksichtnahme** sind die Vor- züge der Demokratie weniger eindeutig. Nicht selten waren sogar autokratische Herrschaftsformen effizienter in der Versorgung der gro- ßen Bevölkerungsmehrheit mit dem Lebensnotwendigen als Staaten, die sich als Demokratien verstanden. Dazu muss man jedoch erstens festhalten, dass ein gewisses Maß an sozialer Fürsorge schlicht zu dem Minimum gehört, auf das jeder Mensch einen Anspruch hat, gegen- über welcher Herrschaftsform auch immer. Die Sicherung des Friedens und des Lebens aller Bewohner des von ihr beherrschten Territoriums ist die elementare Funktion jeder politischen Herrschaft, die fundamen-

tale Legitimitätsbedingung, die zunächst unabhängig von der Organisation der politischen Entscheidungsfindung erfüllt sein muss. Eine Mehrheitsherrschaft, bei der die Versorgung mit dem Lebensnotwendigen für alle nicht zumindest prinzipiell als Recht akzeptiert ist, kann heutzutage nicht sinnvoll als Demokratie bezeichnet werden.

Andererseits bietet eine Demokratie auch auf dem ökonomischen Sektor die Möglichkeit, durch das Medium der öffentlichen Diskussion, die in Autokratien sehr viel weniger unbehindert ablaufen kann, eine Vermittlungsmöglichkeit zwischen sozialen Ansprüchen und den wirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten der staatlichen Gemeinschaft zu schaffen. Damit wird die Chance erhöht, dass wünschenswerte und notwendige soziale Maßnahmen weder von der einen Seite verhindert, noch von der anderen Seite in ökonomisch ruinöser Weise durchgesetzt werden. Gerade auf dem Sektor der Besteuerung und der Kontrolle über die Verwendung der Steuern ist die Volkssouveränität daher sehr wichtig, selbst wenn noch immer nicht klar ist, wie sich die Staatsausgaben in angemessener Weise begrenzen lassen.

Somit bringt gerade der Gedanke der Menschenrechte ein Element unveränderbarer Gleichheit in die politische und rechtliche Diskussion. Es scheint nachvollziehbar, dass erst die Verknüpfung von auf Machtbeteiligung und Bürgerschutz angelegter republikanischer Denkungsart mit der die prinzipiell gleichen Minimalansprüche aller eintragenden Menschenrechtstradition zu einer Demokratie führt, die modernen Ansprüchen halbwegs genügt. Es ist mittlerweile selbstverständlich, dass sowohl die Beteiligung an der politischen Willensbildung als auch die Garantie von erträglichen Lebensbedingungen und Freiheit für alle einigermaßen gewährleistet sein müssen, wenn wir eine politische Herrschaft als legitim anerkennen sollen.

Die Differenzierung von Bürger- und Menschenrechten, die sich auf Partizipations- und Abwehrrechte einigermaßen klar anwenden lässt, wird im Sektor der sozialen Rücksichtnahme schwierig. Einerseits ist ein Staat, der Legitimität beansprucht, gegenüber allen Menschen verpflichtet, soweit dies in seinen Möglichkeiten liegt, zur Sicherung des Existenzminimums beizutragen, auf jeden Fall aber zum Existenzminimum derer, die sich auf seinem Territorium befinden. Andererseits sind bestimmte Formen sozialer Rücksichtnahme, wie etwa die Rentenversicherung, an ein Beitragssystem gebunden, das nicht beliebig überdehnt werden darf, wenn es weiter funktionieren soll. Auch hier muss die Vermittlungsaufgabe der demokratischen Entscheidungsfindung übertragen werden. Damit wären die Vorteile demokratischer Systeme für die Realisierung der Menschenrechte angesprochen.

Es wurde hier bereits von der Selbstverständlichkeit Gebrauch gemacht, mit der man heute unter Demokratie einen demokratischen

Verfassungsstaat nach westlichem Vorbild versteht. Für den zweiten Teil der These von der Zusammengehörigkeit von Demokratie und Menschenrechten gilt es jedoch, gerade dies zu begründen. Gegenüber dem Vorwurf, dies sei ein „ahistorischer“ oder gar „kulturimperialistischer“ Anspruch, muss man fragen, welche Alternativen sich stellen.

Faschistische und volksdemokratische Rechtfertigungen von Diktaturen als „wahrhaft“ demokratisch lassen sich mittlerweile an ihren Wirkungen wie an ihrer theoretischen Begründung als mehr oder minder schlecht verhohlener Zynismus erkennen. Man unterstellt heute, dass in einer Demokratie zumindest mittelbar alle unter einem Herrschaftsbereich lebenden Menschen, alle die zum Volk gehören, an der Herrschaft beteiligt sein und bleiben müssen.

Damit blieben als demokratische Alternative zum demokratischen Verfassungsstaat – dessen Organisationsform im Einzelnen eine erhebliche Bandbreite zulässt, solange den Bürgern bestimmte Garantien gegeben werden – das Konsensprinzip oder die in ihrer Wirkung unbegrenzte Mehrheitsentscheidung aller Betroffenen. Nun lehrt die Erfahrung, dass Organisationen, in welchen das Konsensprinzip nicht nur formale Fassade autoritärer Machtausübung, sondern der Sache nach in Geltung ist, insbesondere bei großen Gruppen kaum manövrierfähig sind. Das Konsensprinzip ist als Organisationsform einer Massendemokratie nicht verwendbar.

Warum ein demokratischer Verfassungsstaat gegenüber einer unbegrenzten Herrschaft der Mehrheit, die so gut wie jeden bedroht, da sich jeder in der Minderheit befinden kann, als weniger demokratisch zu bewerten sei, ist nicht einzusehen. Gewisse elementare Rechte würden wir auch nicht einer noch so breiten Mehrheit zur Disposition stellen. Dies ist nicht etwa ein Symptom des egoistischen Individualismus, wie von verschiedener Seite unterstellt, sondern nur ein Reflex der Einsicht, dass Rousseaus Bedingung für die Übereinstimmung der *volonté générale* mit der *volonté de tous*, dass nämlich alle über allgemeine Regelungen entscheiden, die alle in ungefähr gleiche Weise betreffen, in der modernen Massendemokratie nicht realisiert und in absehbarer Zeit auch nicht realisierbar ist.

4. Die Transkulturalität der Menschenrechte

Es gibt eine lange und nach wie vor aktuelle Tradition der Ablehnung der Menschenrechte als staats- und gemeinschaftsschädigend, die sie als einen historisch-kontingenten Irrweg der westlichen Kultur begreift.

Die historische Kontingenz der Entstehung der Menschenrechte ist gewiss nicht zu bestreiten. Derzeit, zu Beginn des dritten Jahrtau-

sends, werden die Menschenrechte daher mitunter als neue Variante des westlichen Imperialismus zur ideologischen Unterdrückung anderer Kulturen etikettiert. Hier fällt auf, wie sich die Formulierungen, deren sich manche asiatischen und afrikanischen Potentaten oder deren Ideologen zu diesem Zwecke bedienen, bis in die Wortwahl hinein mit denen decken, durch die man Kritik an Menschenrechtsverletzungen vor sechzig Jahren als „nicht-arisch“ und noch vor dreißig bzw. zwanzig Jahren etwa als unpassend für die Menschen der iberischen Halbinsel und Südamerikas abgelehnt hat. Bertrand Russell, von vielen Philosophen heute noch als Beinahe-Zeitgenosse empfunden, zog sich nach seinen Worten durch seine Kriegsdienstverweigerung im ersten Weltkrieg erheblich weniger Hass in der akademischen Welt Englands zu als durch seinen Einsatz für das Wahlrecht der Frauen. Auch im „Westen“, was immer man dazu zählen möchte, sind die Menschenrechte alles andere als althergebrachtes Kulturgut, sondern, soweit sie geachtet werden, mühevoll erkämpft.

Vielleicht lässt sich der Beitrag des Westens, wenn es denn überhaupt so etwas wie „den Westen“ geben sollte, dadurch kennzeichnen, dass erstens durch die genannten Entwicklungen ein besonders hilfreiches und griffiges und leicht operationalisierbares Vokabular für die in allen Kulturen vorhandenen Ansätze gefunden wurde, gute von schlechten Herrschaften zu unterscheiden: Man kann mittels der Rede über Menschenrechte leichter als mit anderen Methoden feststellen, ob ein Staat seine Aufgaben vernachlässigt. Zweitens gab es in einer der „plastischen“, also für raschen sozialen Wandel offenen Phasen der europäischen Entwicklung eine pressure group, ein mit erheblicher sozialer Macht versehenes Interessenkartell, für welches diese Ideen eine gute Waffe im politischen Kampf waren. Dies war tatsächlich das Bürgertum in Verbund mit Teilen der anderen Stände, die sich gegen die absolutistischen Übergriffe erst ideologisch, dann so erfolgreich zur Wehr setzten, dass der Ständestaat de facto gleich mit verschwand. Das Besondere an den Menschenrechten ist allerdings, dass sie sich stets gegen den wenden, der sie nur zum persönlichen Vorteil missbrauchen will, wie das Bürgertum nach dem Sieg über Monarchie und Adel merken musste und die demokratischen Kolonialmächte nach dem Sieg über die Diktaturen im ersten Weltkrieg.

Zwei der üblichen Argumente gegen die Menschenrechte seien noch erwähnt: Insbesondere gegen die Abwehrrechte wird ihre angebliche Gemeinschaftsschädlichkeit geltend gemacht. Ohne bestreiten zu wollen, dass Individualinteressen und Gemeinschaftsinteressen divergieren können, bleibt erstens fraglich, ob wir eine Gemeinschaft wollen, der wir ohne Rechtsschutz geopfert werden können. Zweitens sei zu bedenken gegeben, dass eine der wichtigsten Schriften zur Verteidigung der individuellen Freiheit – John Stuart Mills „On liberty“ durchgän-

gig mit den Vorteilen argumentiert, welche der Gemeinschaft durch Redefreiheit, Gedankenfreiheit und individuelle Freiheit der Lebensgestaltung erwächst.

Gegen die von verschiedener religiöser Seite erhobene Behauptung, Menschenrechte richteten sich gegen das wahre, göttliche Recht wird vorgebracht, dass in beiden Fällen menschliches Recht zur Diskussion steht, nur dass in einem Fall einige Menschen das von ihnen vertretene Recht als von Gott gegeben behaupten.

Verfolgung der Zeugen Jehovas in der NS- und in der DDR-Diktatur: Motive, Herrschaftstechniken und Widerstandsformen

Dr. Detlef Garbe,
Hamburg-Neuengamme



Die heute in Deutschland ca. 160.000 Gläubige zählende Gemeinschaft der Zeugen Jehovas gehört bekanntermaßen zu denjenigen Gruppen, die sowohl unter dem Nazi-Regime als auch in der DDR verfolgt worden sind. In beiden Fällen überraschen Intensität und Härte der Verfolgungsmaßnahmen gegen diese kleine, sich selbst als unpolitisch verstehende Glaubensgemeinschaft, die zweifellos auch als Reaktion auf die unbeugsame, kompromisslose und unerschrockene Haltung vieler Zeugen Jehovas zu deuten sind.

Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht die Frage, inwieweit sich in Bezug auf die Zeugen Jehovas die Verfolgungsmotive, die Herrschaftstechnik und die Widerstandsformen im Nationalsozialismus und in der DDR ähneln bzw. unterscheiden. Die Seitenbegrenzung bedingt, dass vieles hier nur angedeutet werden kann, wobei die eigentlich jeweils gebotene Ausdifferenzierung um der Thesenbildung willen zurückstehen muss.

Um vergleichen zu können, bedarf es zunächst kurzer Überblicke, die Charakter und Ausmaß der Verfolgung der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus und in der DDR beschreiben.

1. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas im nationalsozialistischen Deutschland

Obgleich die in der Reichsverfassung von 1919 gewährleistete *volle Glaubens- und Gewissensfreiheit* einschließlich der uneingeschränkten *Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften*¹ auch im „Dritten Reich“ formal weiter galt, fand dieses Recht mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 sein jähes Ende. Die Bekämpfung des „Sektenunwesens“ gehörte zu den Losungen der NSDAP, deren weltanschaulicher Totalitätsanspruch für religiöse Vielfalt keinen Raum ließ. Allein bis 1938 wurden auf Reichsebene 39 Glaubensgemeinschaften verboten.² Die Gestapo unterschied dabei zwischen *unmittelbar staatsfeindlichen* und *nur mittelbar staatschädlichen*³ Vereinigungen, und im Zuge der sich Mitte der 1930er Jahre verschärfenden Konfrontation mit Teilen der Großkirchen wurde sogar eine gewisse Kurskorrektur vollzogen; fortan galt der Erhalt *harmloser Sekten* als erwünscht, weil – wie der Sicherheitsdienst der SS nun befand – *selbstverständlich kein Interesse daran besteht, die auf kirchlich-religiösem Gebiet bestehende Zersplitterung irgendwie zu beseitigen*⁴. Insofern zeigte die nationalsozialistische Religionspolitik gegenüber den kleinen Glaubensgemeinschaften insgesamt kein einheitliches Bild.

Den „Zeugen Jehovas“ – diesen Namen hatte die in den 1870er Jahren in Pennsylvania/USA entstandene chiliastische Bewegung der „Bibelforscher“ 1931 angenommen – galt hingegen von Anfang an die Kampfansage des nationalsozialistischen Staates. Wie der folgende Überblick belegt, weist die Geschichte dieser kleinen christlichen Glaubensgemeinschaft in den Jahren 1933 bis 1945 in vielfacher Hinsicht historisch bedeutsame Besonderheiten aus.⁵

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges führten vereinzelte Kriegsdienstverweigerungen aus dem Kreis der damals zahlenmäßig noch völlig unbedeutenden Bibelforschervereinigung dazu, dass kirchliche und

1 Artikel 136 und 137, Reichsgesetzblatt 1919 I, S. 547.

2 Geheimes Staatspolizeiamt, Aufstellung der verbotenen Sekten vom 7.6.1939, Bundesarchiv (zukünftig: BA), R 58/405, Bl. 80–84.

3 Reichsführer-SS, Sonderbericht, Die Lage in der protestantischen Kirche und in den verschiedenen Sekten und deren staatsfeindliche Auswirkung, Februar/März 1935, S. 18 ff., BA, R 58/233.

4 Arbeitsanweisungen des SD vom 18.7.1937 zur Bekämpfung konfessioneller Gegner, abgedruckt in: Neuhäusler, Johann: Kreuz und Hakenkreuz. Erster Teil, München 1946, S. 361 ff., hier S. 364.

5 Vgl. näher: Garbe, Detlef: Zwischen Widerstand und Martyrium: Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“, 4. Aufl., München 1999.

staatliche Stellen erstmals auf deren Aktivitäten aufmerksam wurden. Von nun an gerieten die Bibelforscher ins Visier völkischer Kreise. Angriffspunkte bildeten die Predigt von der endzeitlichen Entscheidungsschlacht „Harmagedon“, vom herannahenden Untergang der „alten Welt“ und der sie tragenden Mächte „Politik, Kapital und Kirche“, die Lehre von der Gleichheit der Rassen, ferner das Bekenntnis zur zionistischen Bewegung als einem deutlichen Zeichen der Endzeit sowie die „Fremdlenkung“ der Glaubensgemeinschaft aus den USA. In den 1920er Jahren eskalierte auch der Konflikt zwischen den Kirchen und der neuen Glaubensgemeinschaft, deren Anhängerschaft in den Nachkriegsjahren einen starken Aufschwung erlebt hatte. Die Agitation der Bibelforscher gegen „Satans Weltreich der falschen Religionen“, besonders die Verteufelung von Papst und Klerus, forderten die kirchliche Apologetik heraus. Weitreichende Veränderungen der Glaubenslehre unter dem zweiten Präsidenten der Bibelforschervereinigung, Joseph Franklin Rutherford, insbesondere die Herausbildung einer „theokratischen Ordnung“ mit der Feststellung, dass Christen allein der göttlichen (und nicht der staatlichen) Obrigkeit Gehorsam schulden, verstärkten auch auf staatlicher Seite die Ressentiments. Die Ende der 1920er Jahre erstarkenden Nationalsozialisten stellten die vermeintliche Nähe zum Judentum heraus und sahen in den Bibelforschern *Wegbereiter des jüdischen Bolschewismus*, die es unnachlässig zu bekämpfen gelte⁶. Kirchlicher „Abwehrkampf“ und fortgesetzte Hetze völkisch-antisemitischer Kreise gegen die Bibelforscher erreichten schließlich, dass seit 1931 – und damit noch zu Zeiten der Republik – in einzelnen deutschen Ländern (Baden, Bayern, Württemberg) mittels Polizeiverfügungen und Druckschriftenverbote gegen die Bibelforschervereinigung vorgegangen wurde.

Als erste Glaubensgemeinschaft im „Dritten Reich“ wurden die Zeugen Jehovas ab Frühjahr 1933 nach und nach in allen deutschen Ländern verboten.⁷ Wenn auch der Anteil der damals ca. 25.000 Zeugen

6 Vgl. Garbe, Detlef: „Sendboten des jüdischen Bolschewismus“. Antisemitismus als Motiv nationalsozialistischer Verfolgung der Zeugen Jehovas, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 23 (1994), S. 145–171. Es ist schon mehr als befremdlich, dass bis in die Gegenwart hinein Publikationen über die Zeugen Jehovas erscheinen, die sich auf die einschlägigen völkisch-antisemitischen „Aufklärungsschriften“ von August Fetz, Julius Kuptsch und Hans Jonak von Freyenwald beziehen und deren Verschwörungstheorien kolportieren. Das 1995 in der Reihe „Pro Fide Catholica“ im Verlag Anton A. Schmidt erschienene Buch Ruiter, Robin de: Die geheime Macht hinter den Zeugen Jehovas, Durach 1995 sieht die Zeugen Jehovas im Dienste des Zionismus und nennt als Beleg für seine abstrusen Thesen einmal mehr die zum nationalsozialistischen Standardrepertoire gehörenden „Protokolle der Weisen von Zion“.

7 Die Verbote wurden durch die jeweiligen Länder ausgesprochen. Zuerst erfolgte ein Verbot am 10. April 1933 in Mecklenburg-Schwerin, drei Tage später in Bay-

Jehovas an der Gesamtbevölkerung 1933 noch nicht einmal ein halbes Promille ausmachte, wurden sie von den Nationalsozialisten gleichwohl als ernste Bedrohung für „Volk und Staat“ empfunden. Versuche der deutschen Zentrale der Wachturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft in Magdeburg mit Hilfe gewisser Anpassungen, Resolutionen – wie die beim Kongress in Berlin-Wilmersdorf am 25. Juni 1933 verabschiedete, noch heute umstrittene „Erklärung“ – und über Verhandlungen noch zu einem Arrangement mit den Behörden und neuen Machthabern zu kommen, endeten ergebnislos. Das schnelle Vorgehen gegen die Zeugen Jehovas erfolgte nicht nur um der Bekämpfung einer in nationalsozialistischen Kreisen seit langem als staatsfeindlich gescholtenen Gruppe willen, sondern war nicht zuletzt von dem Bemühen des sich noch in der Etablierungsphase befindlichen Regimes um ein Einvernehmen mit den beiden Großkirchen bestimmt. Doch es gab nicht nur „Beifall“ von kirchlicher Seite über das entschiedene Vorgehen des neuen Staates gegen „Gottlosenbewegung und Bibelforschertum“, vielmehr wirkten an den maßgeblichen Besprechungen über das Verbot der Bibelforschervereinigung Vertreter der Kirchen mit. Teilweise riefen von den Deutschen Christen gestellte Kirchenleitungen sogar die Pfarrer und Pastoren zu Spitzeldiensten für die Gestapo auf, um den Zeugen Jehovas *das Handwerk zu legen*⁸.

Da ihre Glaubenspostulate mit den Forderungen des NS-Regimes in zentralen Bereichen unvereinbar waren, gerieten die prinzipientreuen Zeugen Jehovas – beinahe unausweichlich – in scharfen Gegensatz zum nationalsozialistischen Staat. Die Zeugen Jehovas verweigerten den „Hitler-Gruß“, weil es ihnen unmöglich war, einem Menschen das nach biblischem Verständnis allein Gott vorbehaltene „Heil“ zuzusprechen. Die Verweigerung der Mitgliedschaft in NS-Zwangskörperschaften wie der „Deutschen Arbeitsfront“ führte zu einer weiteren Verschärfung des Konfliktes. In späteren Jahren führte die Weigerung, die Kinder in die „Hitlerjugend“ zu geben, in Hunderten von Fällen zu Sorgerechtsentziehungen, d. h. zur Wegnahme der Kinder von ihren Eltern.

Keine andere Religionsgemeinschaft hat mit einer vergleichbaren Unbeugsamkeit dem nationalsozialistischen Anpassungsdruck widerstanden. Die relativ große Geschlossenheit der Gruppe, die streng hierarchische Leitung und ihr Sendungsbewusstsein führten zu einem ähnlich hohen Grad der Beteiligung an Widerstandsaktionen, wie er sonst nur für politische Kleingruppen, beispielsweise dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK), belegt ist.

ern, dann nach und nach in allen deutschen Ländern, in Preußen – dem mit Abstand größten Land – am 24. Juni 1933.

8 Zit. nach: Garbe: Zwischen Widerstand und Martyrium, (Anm. 5), S. 96 ff.

Nachdem der Präsident der Watch Tower Society im Herbst 1934 die Zeugen Jehovas ungeachtet des Verbotes zur verstärkten Fortsetzung ihrer Aktivitäten aufgerufen hatte, verschärfte sich die Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Regime. Zwar zog sich ein Teil der Gläubigen zurück, doch beteiligten sich weit mehr als 10.000 Zeugen Jehovas trotz des hohen Risikos an der Wiederaufnahme ihres „gottesdienstlichen Werkes“ und der besonders gefährvollen Missionsaktivitäten im „Haus-zu-Haus-Dienst“. Dabei entwickelten die Bibelforschergemeinden den Bedingungen der Illegalität angepasste Strukturen. Unter Anwendung konspirativer Techniken hielten sie die Verbindung untereinander und ins Ausland aufrecht, organisierten mit Hilfe von Kurieren einen ausgedehnten Schriftenschmuggel und stellten im Untergrund ihre Zeitschrift „Der Wachturm“ und andere Druckerzeugnisse her, mit denen sie reichsweit ihre Gruppen versorgten und neue Gläubige zu gewinnen versuchten. Die Gestapo und die anfangs eher zögerliche Justiz gingen nunmehr unnachsichtig gegen die Zeugen Jehovas vor. In den so genannten Bibelforscherverfahren wurden daraufhin von den Sondergerichten Tausende von ihnen abgeurteilt. Besonders unbeugsame Gläubige – Männer wie Frauen – wurden ab Mitte der 1930er Jahre in großer Zahl in die Konzentrationslager eingeliefert.

Große Teile der Glaubensgemeinschaft ließen sich jedoch nicht einschüchtern. Obgleich im August/September 1936 Massenverhaftungen von Zeugen Jehovas stattfanden und durch die Festnahme zahlreicher Funktionäre die Organisationsspitze gekappt war, gelang eine Reorganisation der Untergrundarbeit. Auf die verstärkte Repression, die zunehmende Brutalisierung seitens der Gestapo und die steigende Zahl von Todesfällen – bis Mitte 1937 starben mindestens 17 Zeugen Jehovas bei Gestapo-Verhören oder in Haft – reagierten sie vielmehr mit der Intensivierung ihrer nunmehr auch auf größere Öffentlichkeitswirkung bedachten Untergrundarbeit. 1936/37 wandten sich die Zeugen Jehovas sogar mit einigen schlagartig und zeitgleich in vielen Orten Deutschlands durchgeführten Flugblattkampagnen an die Bevölkerung, um gegen die Einschränkung ihrer Glaubensfreiheit zu protestieren.

Daraufhin verstärkte die Gestapo nochmals ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Zeugen Jehovas. Bei der Aufdeckung der Aktivitäten erwies sich der Einsatz von V-Leuten aus den eigenen Reihen als weitgehend unergiebig, vereinzelt führte die Rekrutierung von unter massiven Druck gesetzten Zuträgern aus den Reihen der Zeugen Jehovas jedoch zu den gewünschten Ergebnissen. Zur Koordination der Verfolgungsmaßnahmen wurde in der Berliner Zentrale der Gestapo ein Sonderreferat gebildet. Eine Reihe drastischer Verschärfungen folgten: Die Gestapo ist zu „verschärften Vernehmungen“ ermächtigt worden, wodurch die Anwendung von körperlicher Gewalt in Verhören legalisiert wurde. In den Gerichtsverfahren sind deutlich höhere

Strafen ausgesprochen worden; sofern die Gerichte nicht den Erwartungen der Gestapo entsprachen, verhängte diese auch nach Freisprüchen „Schutzhaft“, was einer polizeilichen Urteilskorrektur gleichkam. Im August 1937 wurde angeordnet, dass Zeugen Jehovas, die ihrem Glauben nicht abschwören würden, nach Verbüßung der Justizhaft generell in Konzentrationslager zu überstellen seien. Trotz der zahlenmäßig insgesamt eher unbedeutenden Anhängerschaft zog die „Bibelforscherfrage“ – so der amtliche Sprachgebrauch – überraschend weite Kreise; mit ihr beschäftigten sich zeitweilig höchste Stellen in Justiz, Polizei und SS.

Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass in Gestapo-Akten eine Tendenz zur Übertreibung der Aktivitäten des „Gegners“ angelegt ist. Nachdem Mitte der 1930er Jahre der Großteil der politischen Regimegegner ausgeschaltet worden war und zu diesem Zeitpunkt tatsächliche Gefährdungen für die Staatssicherheit nirgends auszumachen waren, wurde ein enormer Apparat zur Verfolgung der zahlenmäßig unbedeutenden, über keinerlei Einfluss auf die Bevölkerung verfügenden Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas aufgebaut.

Welche skurrilen Züge die Verfolgungsparanoia der Nationalsozialisten anzunehmen vermochte, zeigen die Ausführungen von Ministerialrat Wilhelm Crohne, Spitzenbeamter der Reichsjustizverwaltung und später Stellvertreter Freislers beim Volksgerichtshof, bei einer zentralen Besprechung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte im Reichsjustizministerium am 18. Juni 1937:

*Es darf nicht mehr vorkommen, dass die Bibelforscher als eine religiöse Sekte angesehen werden. Sie sind eine absolut staatsgefährliche Vereinigung geworden, die z. T. vom Auslande aus geleitet wird. Sie haben auf ihre Fahne u. a. die Verweigerung des Wehrdienstes geschrieben, darüber hinaus aber auch die Verweigerung der Mitarbeit in den für die Wehrmacht arbeitenden Betrieben. [...] Wir haben von der Gestapo Nachrichten, wonach der Kommunismus mit Gewalt in die I.B.V. hineindringt.*⁹

Der Umfang der Organisation mache schließlich die ganze Dimension des von Seiten der Zeugen Jehovas gegen den nationalsozialistischen Staat gerichteten Angriffes deutlich: *Es wurde mir bei der Gestapo gesagt, dass die Zahl der Internationalen Bibelforscher in Deutschland 5 bis 6 Millionen betrage. Ich selbst rechne mit 1 bis 2 Millionen.*¹⁰

Ein beredtes Beispiel für die Wirklichkeitsverzerrungen, die die Nationalsozialisten produzierten und denen sie selbst unterlagen. Denn

⁹ Protokoll der Besprechung mit den Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten im Reichsjustizministerium am 18.6.1937, BA. R 22/4277, 149–191.

¹⁰ Ebd.

tatsächlich betrug die Zahl der Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“ gerade einmal ein Prozent der von Crohne genannten.¹¹

Von der NS-Propaganda wurde die „Staatsgefährlichkeit“ der Zeugen Jehovas herausgestrichen. Die Prophezeiung der baldigen Vernichtung der irdischen Mächte durch Jehova wurde als gefährlicher, von der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung betriebener Umsturzplan interpretiert. In der nationalsozialistischen Presse wurden die Zeugen Jehovas zu Bündnisgenossen der Kommunisten und einer „Agentur des internationalen Judentums“ erklärt. Die Verschwörungstheorien führten zu immer abstruseren Unterstellungen. So wurden 1938 Presseberichte veröffentlicht, in denen davon die Rede war, dass von den Bibelforschern *Stalin als der Stellvertreter Jehovas anerkannt*¹² werde.

Eine im Herbst 1937 folgende zweite Verhaftungswelle ließ die Aktivitäten der Zeugen Jehovas im Reichsgebiet weitgehend zum Erliegen kommen. Der zusammengeschmolzene Stamm von unentwegten Gläubigen versuchte jedoch – soweit es möglich war – die religiösen Zusammenkünfte im kleinen Kreis fortzuführen. Erst in den Kriegsjahren gelang es den wenigen weiter bestehenden Gruppen, wieder miteinander Verbindung aufzunehmen; in einzelnen Regionen konnten sich auch erneut feste Organisationsstrukturen herausbilden.

In den Konzentrationslagern bildeten die Zeugen Jehovas als einzige Weltanschauungsgemeinschaft¹³ eine eigene Häftlingskategorie, die gesondert mit dem „lila Winkel“ gekennzeichnet wurde. Die exklusive Kennzeichnung der „Bibelforscher“ durch die SS deutet auf ihre in vielerlei Hinsicht besondere Stellung innerhalb der KZ-Lagerordnung hin.

Die Bibelforscher-Häftlinge stellten seit 1935, aber vor allem nach den Massenverhaftungen 1937 zahlenmäßig eine nicht unerhebliche Gruppe. In der Regel betrug ihr Anteil an der jeweiligen Belegstärke der

¹¹ Obgleich sich die Gestapo – geleitet von dem Bemühen, die vermeintliche Gefährlichkeit der Zeugen Jehovas herauszustellen – auf eine Eingabe des Zweigleiters der Wachturmgesellschaft Paul Balzereit stützen konnte, in der dieser den gegen die Verbotsmaßnahmen gerichteten Wilmersdorfer Kongress vom Juni 1933 als *eine ca. 7.000 Personen umfassende und mehrere Millionen Deutscher repräsentierende Vertreterkonferenz der Bibelforscher Deutschlands (Zeugen Jehovas)* (Schreiben vom 26.6.1933, BA, R 43 II/179, Bl. 119) vorgestellt hatte, kann anhand des in zwei Denkschriften aus dem Jahr 1936 niedergelegten geheimdienstlichen Erkenntnisstandes davon ausgegangen werden, dass die Gestapo darum wusste, dass es sich bei den Millionenangaben um Übertreibungen handelte. Gleichwohl war man auch dort von einer realistischen Lagebeurteilung weit entfernt.

¹² Hamburger Tageblatt, 13.4.1938 (*200 staatsfeindliche „Bibelforscher“ gefasst – Stalin als „Jehovas Stellvertreter“*).

¹³ Katholische und protestantische Geistliche und andere KZ-Gefangene, die um ihres Glaubens willen verfolgt worden sind, wurden von der SS als politische Häftlinge mit dem roten Winkel klassifiziert.

Konzentrationslager in der Vorkriegszeit zwischen 5 und 10 Prozent. In einzelnen KZ (Fuhlshüttel, Lichtenburg, Moringen) stellten sie sogar zeitweilig die stärkste Häftlingsgruppe.¹⁴ Nach Kriegsbeginn nahm der Anteil der Zeugen Jehovas an der Lagerbelegung jedoch stark ab. In den letzten Kriegsjahren, als sich die Gesamtzahl der Häftlinge durch die Einweisung von Hunderttausenden ausländischer Widerstandskämpfer und Zwangsarbeiter vervielfachte, bildeten sie nur noch eine kleine Minderheit: So stellten die Zeugen Jehovas im Dezember 1939 im KZ Buchenwald 3,3 Prozent aller Gefangenen, Ende 1944 lag ihr Anteil dort bei ungefähr 0,3 Prozent.

Ein wichtiger Grund für die gesonderte Kennzeichnung lag in ihrem, sich deutlich von anderen Häftlingsgruppen unterscheidenden Verhalten. Ihre unerschütterliche Glaubenszuversicht, der Gemeinschaftsgeist und ihre Unbeugsamkeit ließen die Zeugen Jehovas anfangs zum besonderen Hassobjekt der SS werden, die mit fortgesetzten Misshandlungen die außergewöhnliche Resistenz dieser Gruppe zu brechen versuchte. Zeitweilig wurden sie daher generell in die Strafkompagnien eingewiesen und gänzlich von den anderen Gefangenen isoliert. Auf Ganze gesehen vermochte die SS es jedoch nicht, den Widerstand der Bibelforscher-Häftlinge zu brechen. Nur wenige von ihnen unterschrieben eine Verpflichtungserklärung, die ihnen bei Lossagung von ihrem Glauben unter bestimmten Bedingungen die Entlassung aus der KZ-Haft in Aussicht stellte. Mithäftlinge konnten oftmals nicht verstehen, weshalb die Zeugen Jehovas von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machten. Doch für sie stellte sich das Geschehen anders dar. Sie sahen in dem Revers eine Versuchung Satans bzw. eine Prüfung ihrer Gottestreue; sie lehnten deshalb das Ansinnen, ihren Glauben als „Irrlehre“ zu verwerfen, entschieden ab. Sie lebten in der Gewissheit, dass Jehova Gott sie aus der Bedrängnis herausführen und retten werde. Der Gruppendruck sowie die Angst, die Gemeinschaft mit den Glaubensgeschwistern, aber auch die Furcht, den zukünftigen himmlischen Lohn zu verlieren, taten ein Übriges.

Die Weigerung der Zeugen Jehovas, ihren Glauben zu verleugnen, umfasste die prinzipielle Ablehnung aller Handlungen, die ihnen ihre Glaubenslehre verbot. Als die Konzentrationslager ab 1942 verstärkt in die Rüstungsfertigung einbezogen wurden, verweigerten nahezu alle Bibelforscher-Häftlinge die Mitarbeit bei der Herstellung von Waffen oder anderem Kriegsgeschütz, obgleich die SS Arbeitsverweigerungen mit schwersten Strafen bis hin zur Todesstrafe ahndete. In Bezug auf die Verweigerung der Tätigkeit in der Rüstungsproduktion blieb der SS

14 Vgl. Garbe, Detlef: Der lila Winkel – Die „Bibelforscher“ (Zeugen Jehovas) in den Konzentrationslagern, in: Dachauer Hefte, 10 (1994), S. 3–31; Hesse, Hans/Harder, Jürgen: „... und wenn ich lebenslang in einem KZ bleiben müsste ...“ Die Zeuginnen Jehovas in den Frauenkonzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück. Essen 2001, S. 206 ff.

letztlich nichts anderes übrig, als der Haltung der Zeugen Jehovas Rechnung zu tragen. Die Verweigerer wurden anderen Kommandos, zumeist den in den Lagerwerkstätten tätigen Handwerkerkolonnen, zugeteilt.

In der zweiten Kriegshälfte besserte sich die Lage der Zeugen Jehovas in den Konzentrationslagern. Durch ihren Fleiß und die Sorgfalt, mit der sie die erteilten Aufträge – sofern diese nicht ihren Glaubensgrundsätzen widersprachen – zu erledigen pflegten, waren sie bei der SS zu begehrten Kräften geworden. Da die Zeugen Jehovas aus Glaubensgründen eine Flucht aus dem Lager ablehnten – sie sahen in ihr eine Auflehnung gegen die göttliche Vorsehung –, wurden sie gern außerhalb der Lager an schwierig zu überwachenden Arbeitsplätzen (Landwirtschaft, Transporte, Be- und Entladearbeiten) und in so genannten „Vertrauensstellungen“ eingesetzt. Sie arbeiteten als Spezialhandwerker, als Schreiber für SS-Offiziere und als SS-Bedienstete (Barbiere, Kalfaktoren, Köche und Haushaltshilfen). Vergleichsweise gute Bedingungen hatten insbesondere jene Bibelforscher-Häftlinge, die in den letzten beiden Kriegsjahren zum Arbeitseinsatz auf landwirtschaftlichen Gütern abkommandiert wurden.

Die Zeugen Jehovas waren – abgesehen von der noch sehr viel kleineren Gruppe der Siebenten-Tags-Adventisten-Reformationsbewegung – im „Dritten Reich“ die einzige Gruppe, die in ihrer Gesamtheit die Kriegsdienstverweigerung propagierte und in großer Zahl auch praktizierte. Mit der bei Kriegsbeginn in Kraft gesetzten „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“ waren Verweigerungsdelikte als „Zersetzung der Wehrkraft“ unter Todesstrafe gestellt; das für die Aburteilungen zuständige Reichskriegsgericht bestimmte: *Gegen den hartnäckigen Überzeugungstäter (Bibelforscher) wird wegen der propagandistischen Wirkung seines Verhaltens im Normalfall nur die Todesstrafe angezeigt sein.*¹⁵ Unter den wehrmachtgerichtlich abgeurteilten Kriegsdienstverweigerern stellten sie bei weitem die größte Zahl; von 117 Todesurteilen, die das Reichskriegsgericht im ersten Kriegsjahr gegen Verweigerer fällte, ergingen 112 gegen Zeugen Jehovas.¹⁶ Auf Gnade konnte ein Verweigerer in der Regel nur dann hoffen, wenn er seinen Standpunkt vollkommen aufgab und sich bedingungslos zum Dienst an der Waffe bereit erklärte. Insgesamt wurden während des Zweiten Weltkrieges 270 (deutsche und österreichische) Zeugen Jeho-

15 Rechtsgrundsätze des Reichskriegsgerichts zu § 5 KSSVO. Sonderheft von „Gesetzesdienst für die Wehrmachtgerichte“, hrsg. v. Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1940, S. 5.

16 Kriegs-Kriminalstatistik für die Wehrmacht. Zusammenfassung der kriminalstatistischen Ergebnisse des ersten Kriegsjahres, hrsg. v. Oberkommando der Wehrmacht, Berlin 1941, S. 9.

vas nach kriegsgerichtlichem Urteil hingerichtet.¹⁷ Neben Brandenburg-Görden und Berlin-Plötzensee war Halle an der Saale der dritte bedeutende Vollstreckungsort. Für Halle sind 59 Hinrichtungen von Zeugen Jehovas wegen Wehrdienstverweigerung nachgewiesen.¹⁸

Die Zeugen Jehovas wurden von allen Religionsgemeinschaften – selbstverständlich nach den Angehörigen des jüdischen Glaubens – prozentual am härtesten vom NS-Regime verfolgt; Hanns Lilje, der langjährige Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, befand 1947, dass *keine christliche Gemeinschaft [...] sich mit der Zahl ihrer Blutzengen auch nur von ferne messen*¹⁹ könne.

Die Zahlen belegen den enormen Umfang der Verfolgung: Von den 25.000 Personen, die sich zu Beginn des „Dritten Reiches“ zu den Zeugen Jehovas bekannten, wurden 10.000 unmittelbar Opfer des Nationalsozialismus. Etwa 8.000 befanden sich in Haft, von denen 2.800 in Konzentrationslager eingewiesen wurden. Die Zahl der Todesopfer unter den deutschen Zeugen Jehovas liegt insgesamt bei über 1.000.

Noch ein weiterer Punkt verdient besondere Beachtung: Von der nationalsozialistischen Verfolgung war die Glaubensgemeinschaft nicht nur in Deutschland betroffen, sondern neben den mit dem Deutschen Reich verbündeten Ländern – wie Ungarn, der Slowakei und Rumänien – auch in allen von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas. Die deutschen Behörden erließen zumeist kurz nach der Besetzung das Verbot der jeweiligen Landesektion der Watch Tower Society. Große Opfer forderte die Verfolgung beispielsweise in den besetzten Niederlanden. Von den 426 niederländischen Zeugen Jehovas, die während der deutschen Besatzung verhaftet und von denen annähernd 250 in Konzentrationslager nach Deutschland verschleppt wurden, starben 117 infolge der extremen Arbeitsbedingungen, an Hunger und Misshandlungen²⁰. Ähnlich stellten sich die Verhältnisse für die französischen und polnischen Zeugen Jehovas dar. Wenn auch die Mehrzahl der Bibelforscher-Häftlinge in den Konzentrationslagern der SS Deutsche waren, so mussten über 1.400 ausländische Zeugen Jehovas ebenfalls den „lila Winkel“ tragen.

17 Herrberger, Marcus (Hrsg.): Denn es steht geschrieben: „Du sollst nicht töten!“ – Die Verfolgung religiöser Kriegsdienstverweigerer unter dem NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung der Zeugen Jehovas (1939–1945). Wien 2005, S. 235.

18 Herrberger: a. a. O., S. 195.

19 Lilje, Hanns: Im finstern Tal, Nürnberg 1947, S. 59.

20 Jahrbuch der Zeugen Jehovas 1986, hrsg. v. d. Wachturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft, Selters 1986, S. 171.

Dass Gestapo und SD die Zeugen Jehovas auch in den besetzten Ländern verfolgten, obwohl die deutsche Besatzungsmacht von diesen Kriegsdienstverweigerern keinen gewaltsamen Widerstand zu befürchten brauchte, verweist darauf, dass es den Nationalsozialisten um mehr als um sicherheitspolitische Belange ging: Sie wollten jede Betätigung für eine religiöse Organisation unterbinden, die spätestens seit der Verfolgung der deutschen Glaubensgeschwister in ihren Schriften heftig gegen Hitler und die nationalsozialistische Partei agitierte. Das Gedankengut der Zeugen Jehovas sollte völlig ausgerottet werden, weil es sich in den Augen der Nationalsozialisten aufgrund der angekündigten Vernichtung der gegenwärtigen Weltordnung und der gepredigten Aufrichtung des Königreichs Christi auf Erden, der Anleitung durch eine amerikanische Körperschaft sowie der Verwerfung der NS-Rassendoktrin um eine durch und durch verwerfliche und zersetzende Lehre handelte.

Die Zeugen Jehovas waren jedoch nicht nur Opfer des „braunen Terrors“, auch in der Sowjetunion unter der Herrschaft Stalins mussten sie schwer leiden. Zwar galten für die Zeugen Jehovas während des Zweiten Weltkrieges auch in freiheitlichen Staaten zahlreiche Beschränkungen, und vielfach wurden Gefängnisstrafen wegen Militärdienstverweigerung gegen sie ausgesprochen, doch zeigten die Verhältnisse beispielsweise in Großbritannien und den USA, dass – so Jens-Uwe Lahrtz – *ein demokratisch strukturiertes Staatswesen auch in schwerer Bedrängnis Kompromisse bei der Behandlung Andersdenkender zulassen kann*²¹.

2. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der DDR

Obgleich auch die Verfassung der DDR Kirchen und Religionsgemeinschaften die freie Ausübung ihres Glaubens garantierte, mussten die Zeugen Jehovas im Osten Deutschlands unter kommunistischer Herrschaft erneut schwere Verfolgung erleiden. Dass sich die Zeugen Jehovas in den Nachkriegsjahrzehnten auch im Westen Deutschlands mit Schwierigkeiten konfrontiert sahen – zu erwähnen sind hier beispielsweise die Aberkennung von Entschädigungsansprüchen für die wehrmachtgerichtlich abgeurteilten Kriegsdienstverweigerer und ihre Hinterbliebenen oder die lange Nichtwahrnehmung ihres Verfolgungsschicksals in Öffentlichkeit und Geschichtsschreibung – sei wenigstens am Rande vermerkt.

Mit der Befreiung vom Nazi-Regime hatten aus Sicht der Zeugen Jehovas zwar die „Mächte des Bösen“ eine Niederlage erlitten, aber

21 Lahrtz, Jens-Uwe: Die Zeugen Jehovas während des Zweiten Weltkrieges in Großbritannien, Kanada und den USA, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 37 (1995), Heft 3, S. 44–54, hier S. 44.

der von ihnen sehnlich erhoffte Sieg des „göttlichen Friedensreiches“ stand noch aus. Während überall in Deutschland die Trümmer und auch die anderen Folgen der nationalsozialistischen Herrschaft zu bewältigen waren, machte sich das in den Jahren der Tyrannei zwar zahlenmäßig geschrumpfte, aber durch seine Standhaftigkeit gefestigte „Volk“ der Zeugen Jehovas daran, das Verkündigungswerk von neuem aufzubauen. Wiederum bescherten die Nachkriegsjahre den Zeugen Jehovas einen enormen Zulauf. Denn anders als in den Jahren zuvor suchten nunmehr viele Menschen nach Gott, so dass es zwischen 1945 und 1947 zu einer Verdreifachung der Zeugen Jehovas in Deutschland kam.

Da den Verfolgten des Nazi-Regimes bei der gesellschaftlichen Neuordnung ein hoher Stellenwert zugewiesen wurde, konnten die Zeugen Jehovas in der Sowjetischen Besatzungszone in der allerersten Nachkriegszeit mit einem gewissen Entgegenkommen rechnen. So erreichten sie bei der Sowjetischen Militäradministration ihre Wiederezulassung. In den ihnen nach Gestapo-Konfiszierung wieder zurückerstatteten Verwaltungs- und Druckereigebäuden in Magdeburg richteten sie erneut ihre Zentrale für Deutschland ein. Ehemalige KZ-Häftlinge rückten an die Spitze des Verkündigungswerkes der Wachturm-Gesellschaft.²² Im Protokoll über die Neugründung vom 9. September 1945 formulierten sie ihren Anspruch: *Auf Grund unseres langjährigen, ununterbrochenen Kampfes gegen Willkürdiktatur und imperialistisches Weltmachtstreben für die von Gott gebilligte Freiheit des Glaubens und der wahren Gottesanbetung, des unverfälschten Gottesdienstes auf biblischer Grundlage, und im Interesse Tausender Freiwilliger, als „Jehovas Zeugen“ bekannt gewordene Missionsarbeiter der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung in ganz Deutschland, die gleich uns unter der Nazi-Herrschaft lange Jahre die grausame Tortur der Konzentrationslager, Zuchthäuser und Gefängnisse erduldet haben, und nicht zuletzt im Namen vieler Hunderter, die um ihres christlichen Glaubens und ihrer Taten Willen in der Zeit der Terror-Herrschaft enthauptet, gehängt, erschossen und erschlagen worden sind, fühlen wir uns verpflichtet, das Werk der*

22 Um die Führung in der Wachturm-Gesellschaft kam es zu Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Leiter des deutschen Zweiges der Zeugen Jehovas Paul Balzereit, der 1936 u. a. wegen seines Auftretens im Dezember 1935 vor dem Sächsischen Sondergericht in Halle vom Präsidenten der Watch Tower Society Rutherford aus der Glaubensgemeinschaft ausgeschlossen worden war, den die SS 1939 aus dem KZ Sachsenhausen entlassen hatte und der nun die Wiedereinsetzung in seine alten Rechte beanspruchte. Dabei kam es zu harten Konflikten mit jenen, die bis Kriegsende in den KZ gesessen hatten und aus dieser Standhaftigkeit nun für sich die Führerschaft in der Organisation beanspruchten. Die Auseinandersetzung wurde im Oktober 1945 durch Bescheid des Rutherford-Nachfolgers Nathan H. Knorr entschieden. Leiter des deutschen Zweiges wurde Erich Frost („Reichsdiener“ von September 1936 bis zur Festnahme am 21.3.1937).

genannten Vereinigung in ihrem alten, unveränderten Geist wieder aufzunehmen.²³

Wegen ihres enormen Mitgliederzuwachses und, weil die Zeugen Jehovas den politischen und ideologischen Herrschaftsanspruch der SED verweigerten, kam es schon bald zu Konflikten. Die sowjetischen Behörden reagierten mit Beschränkungen und Auflagen. Immer häufiger wurde die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen nicht genehmigt, Nutzungsverträge für Räume gekündigt und der Schriftenvertrieb behindert. Bereits 1946 ging die Organisation dazu über, die Leitung für ganz Deutschland von Magdeburg nach Wiesbaden und Westberlin zu verlagern. Der Schutz, den die Einbindung in die als Interessenvertretung aller NS-Verfolgten gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) bot, ging zunehmend verloren. Dabei gab es anfangs innerhalb der VVN – und wohl auch innerhalb der SED – eine Reihe von Fürsprechern, die im Rahmen der Bündnisorientierung auch für einen engen Kontakt zu den Zeugen Jehovas plädierten, von denen etliche in der VVN Mitglied geworden und dort teilweise sogar in die Vorstände eingebunden waren.²⁴ Auf dem 2. VVN-Kongress im Februar 1948 in Halle artikulierten sich jedoch verstärkt Stimmen gegen die als Kräfte der Spaltung bezeichneten Zeugen Jehovas. Als in der Folgezeit die staatlichen Maßnahmen gegen die Glaubensgemeinschaft zunahmen, erhob die VVN nur noch zaghaften Einspruch.

Auf das drohende Verbot reagierten die Zeugen Jehovas genauso – beinahe abbildartig – wie 1933. Für den 29. bis 31. Juli 1949 riefen sie alle in der SBZ lebenden Zeugen Jehovas zur Teilnahme an einem Kongress auf, der in der Berliner Waldbühne stattfand und zu dem insgesamt 18.000 Zeugen Jehovas anreisten. Die Zusammenkunft, die in der Westberliner und in der westdeutschen Presse ein großes Echo fand, wandte sich mit einer Entschließung an die Öffentlichkeit, in der *Protest gegen die undemokratischen und verfassungswidrigen Verbote und Einschränkungen ihrer Gottesdienste* erhoben wurde: *Sie [die Zeugen Jehovas] protestieren gegen die von intoleranten fanatisierten Gegnern entfachte politische und religiöse Hetze, die sich nicht scheut, den Spuren einer vergangenen Schmutzpresse nach Art eines „Stürmers“ und eines „Schwarzen Korps“ zu folgen. [...] Wir neh-*

23 Gründungsprotokoll vom 9.9.1945 – Magdeburg, zit. nach: Ministerium für Staatssicherheit, Abteilung XX/4, Berlin, 15.5.1968: *Gesamteinschätzung der verbotenen Organisation „Zeugen Jehova“*. Auf der Grundlage der Erfahrungen der Bearbeitung der Organisation im Raum der Hauptstadt der DDR, S. 17, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

24 Vgl. Groehler, Olaf: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*. Berlin 1994, S. 105–127, hier S. 118 f.

*men nicht für einen Weltblock gegen den anderen Partei, weil wir dadurch Gottes Gesetz verletzen und die göttlichen Grundsätze des Friedens und der Einheit verleugnen würden.*²⁵

Einige Wochen später, am 12. und 13. September 1949, berieten Sekretariat und Politbüro der SED auf Veranlassung von Walter Ulbricht über *Maßnahmen gegen die Organisation „Zeugen Jehovas“*. Ausgehend von der Feststellung, dass sich immer deutlicher zeige, *dass es sich bei dieser Organisation um eine besonders raffinierte Propaganda des amerikanischen Monopolkapitals*²⁶ handele, und vor dem Hintergrund eines in den letzten Monaten beobachteten „rapiden“ Mitgliederzuwachses bei den Zeugen Jehovas wurde das beabsichtigte Vorgehen in einen 10-Punkte-Plan festgelegt, der unter anderem eine verstärkte Pressearbeit, die Versagung von Räumen für Veranstaltungen und eine Erfassung und Überwachung aller Funktionäre vorsah.

Der Druck der Behörden der neu gegründeten DDR auf die inzwischen über 23.000 Zeugen Jehovas im Land²⁷ nahm dann im Frühjahr und Sommer 1950 immer mehr zu. Am 30. August 1950 wurde das Verwaltungsgebäude der Wachturm-Gesellschaft in Magdeburg durch Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) besetzt und die Mitarbeiter verhaftet. Am folgenden Tag erfolgte das Verbot der Glaubensgemeinschaft. DDR-Innenminister Dr. Steinhoff nannte als Verbotsgründe: Die Betätigung für *verfassungswidrige Zwecke, eine systematische Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung und deren Gesetze unter dem Deckmantel einer religiösen Vereinigung* sowie die Einführung *illegalen Schriftenmaterials*. Der Hauptvorwurf lautete dahingehend, dass die „Zeugen Jehovas“ *dem Spionagedienst einer imperialistischen Macht dienstbar* seien²⁸. In der Anklageschrift des am 3. und 4. Oktober 1950 vor dem Obersten Gericht der DDR gemäß Artikel 6 der DDR-Verfassung wegen Spionage, Boykott- und Kriegshetze unter der Regie des MfS geführten Prozesses gegen neun führende Funktionäre der Zeugen Jehovas, die zu lebenslangen bzw. langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, war sogar die Rede davon, dass die Beschuldigten Mitglieder einer *im Solde der amerikanischen Kriegsbrandstifter stehenden, religiös getarnten, in Wahrheit aber verbrecherischen Organisation* seien und *als Agenten des ameri-*

25 Der Wachturm, 1.4.1950, S. 110; BArch – SAPMO-DDR (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv), OY55/V 278/2–14, Bestand: VVN, Generalsekretariat.

26 Protokoll Nr. 44 des Politbüros am 13.9.1949, BArch – SAPMO-DDR, IV 2/2/44, Bestand: SED, Zentralkomitee, Beschlüsse Politbüro.

27 Das Geschichtsarchiv der Wachturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft gibt die Zahl der Verkündiger für die DDR im Jahr 1950 mit 23.162 an.

28 Die Verbotsverfügung ist abgedruckt in: Dirksen, Hans-Hermann: „Keine Gnade den Feinden unserer Republik“ – Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der DDR. Baden-Baden 2001, S. 287.

*kanischen Geheimdienstes die systematische Zersetzung unseres Staates, mit dem Ziele seiner Vernichtung, angestrebt*²⁹ hätten.

Wie unter dem Nationalsozialismus wurden die von den Zeugen Jehovas gepredigten biblischen Endzeitverheißungen als politisches Programm gedeutet; so etwa im Urteil der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Dresden vom 25. November 1950: *Das Gerede der Zeugen Jehovas vom gerechten Krieg, der kommen werde und müsse, stellt des weiteren ein Stück der unmittelbaren Kriegshetze dar.*³⁰

Seit Ende August 1950 war die Bevölkerung mit einer groß angelegten Diffamierungskampagne in der Presse auf das Verbot und die weiteren Maßnahmen gegen die Zeugen Jehovas eingestimmt worden. So berichtete beispielsweise die seinerzeit in der DDR weit verbreitete „Tägliche Rundschau“ am 3. September 1950 unter der Überschrift *Zeugen Jehovas müssen verschwinden!* über eine angebliche *Protestwelle* in der Bevölkerung gegen die Glaubensgemeinschaft. In einer Protestresolution der Belegschaft des VEB Papierverarbeitungsmaschinenwerk Perfecta in Bautzen wurde festgestellt: *Ein Beweis des wahren Charakters der „Zeugen Jehovas“ ist es, dass die Mehrzahl ihrer Anhänger grundsätzlich die Unterzeichnung des Stockholmer Friedensappells zur Ächtung der Atombombe verweigert und damit klar und bewusst zum Ausdruck bringt, dass sie ebenso wie die westlichen Konzernherren und Monopolisten zu einem neuen Weltkrieg und zu einem neuen Völkermorden bereit sind.*³¹

Die Pressekampagne brachte eine Reihe von üblen und abstrusen Diffamierungen hervor. So meldete ADN, die Nachrichtenagentur der DDR, dass Hausdurchsuchungen bei Zeugen Jehovas große Mengen nazistischen Propagandamaterials zu Tage gebracht hätten, unter anderem 130 Exemplare des antisemitischen „Stürmers“ und drei Bände mit „Hitler-Reden“³²; die neue „Weltbühne“ titelte gar *Himmels Auferstehung*³³.

29 Zit. nach: Dirksen: a. a. O., S. 321; vgl. auch Dirksen, Hans-Hermann: Friedrich Adler – Vom „religiösen Geschäftemacher“ zum „imperialistischen Kriegsbrandstifter“. Über die doppelte justizielle Demontage der Zeugen Jehovas oder wie man eine Religionsgemeinschaft verfolgt, in: Besier, Gerhard/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur. Berlin 2003, S. 283–308.

30 Zit. nach: Partei-Justiz. Eine vergleichende Dokumentation über den nationalsozialistischen und kommunistischen Rechtsmißbrauch in Deutschland 1933–1963, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Zusammengestellt vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Berlin 1964, S. 66.

31 Tägliche Rundschau, 3.9.1950.

32 „Weitere Entlarvungen von ‚Zeugen Jehovas‘. Nazistisches Propagandamaterial bei Haussuchungen entdeckt“, in: Der Morgen, 3.9.1950.

Bereits in den ersten Tagen nach dem Verbot wurden über 500 Zeugen Jehovas verhaftet, die Leitungsfunktionen innehatten. Im Zuge der durch das Ministerium für Staatssicherheit durchgeführten landesweiten Verhaftungswelle wurden allein in den „Roten Ochsen“ mehr als 100 Angehörige der Religionsgemeinschaft eingeliefert, darunter die Mitarbeiter des Magdeburger Verlagshauses der Wachturm-Gesellschaft. Diese Einlieferungen trugen mit dazu bei, dass Teile des „Roten Ochsen“ ab Herbst 1950 von der Staatssicherheit als Untersuchungshaftanstalt genutzt wurden.

Zeugen Jehovas, die nicht in Haft genommen wurden, erhielten die Verbotungsverfügung ausgehändigt und mussten deren Empfang mit dem Zusatz quittieren, dass sie sich nicht mehr für diese Religionsgemeinschaft betätigen würden. Der in den ersten Nachkriegsjahren den Zeugen Jehovas zugesprochene Status als „Opfer des Faschismus“ wurde in aller Regel ebenso widerrufen wie die Zubilligung der in der DDR für NS-Verfolgte gezahlten „Ehrenrente“.

Den vorliegenden Angaben zufolge sind von 1950 bis 1961 in der DDR insgesamt 2.891 Zeugen Jehovas verhaftet worden, von denen 2.202 (darunter 674 Frauen) wegen staatsfeindlicher Betätigung, Spionage und so genannter „Kriegshetze“ gerichtlich abgeurteilt wurden (im Durchschnitt zu 5,5 Jahren)³⁴. Insbesondere in der ersten Hälfte der 1950er Jahre waren die Haftbedingungen sehr schlecht. Häufig wurde bei Zeugen Jehovas Einzelhaft verfügt, ebenso Bücher- und Beschäftigungsverbot. Von den Repressionen waren auch zahlreiche ehemalige KZ-Häftlinge betroffen³⁵. Von den 62 Zeugen Jehovas, die in der DDR in der Haft oder unmittelbar an Haftfolgen gestorben sind, waren 29 (d. h. 46 %) bereits unter dem NS-Regime inhaftiert.³⁶

Anfang der 1960er Jahre wurden zahlreiche zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilte Zeugen Jehovas begnadigt und anschließend in die Bundesrepublik abgeschoben. Doch auf Grund der großen Zahl von

33 Menter, Leo: Himmlers Auferstehung, in: Die Weltbühne. Wochenschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft. Neu hrsg. von Ossietzky, Maud v./Leonard, Hans, Berlin-Pankow, Nr. 41, 11.10.1950, 5 (1950), S. 1283–1287.

34 Zu den vor Gerichten der DDR gegen die Zeugen Jehovas wegen „Spionage und Kriegshetze“ geführten Verfahren vgl. Partei-Justiz (Anm. 30). Dort erfolgt auf den Seiten 64 bis 70 eine vergleichende Gegenüberstellung von Urteilen der DDR- und der NS-Justiz gegen Zeugen Jehovas.

35 Das Jahrbuch 1951 der Zeugen Jehovas berichtet davon, dass ein Zeuge Jehovas die DDR-Volkspolizisten, die zu seiner Verhaftung erschienen, in den gestreiften „Zebra-Kleidern“ empfing, die er im Nazi-Konzentrationslager tragen musste. Daraufhin sei – zumindest in dem Moment – von einer Festnahme abgesehen worden. Vgl. Jahrbuch der Zeugen Jehovas 1951 mit dem Bericht über das Dienstjahr 1950, hrsg. v. d. Watch Tower Bible & Tract Society, Bern 1951, S. 135.

36 Jehovas Zeugen, Pressemitteilung Nr. 15/02 vom 1.11.2002.

Aburteilungen wegen Wehrdienstverweigerung – die Zeugen Jehovas lehnten wegen der Einbindung in die militärische Ordnung auch den ersatzweisen Dienst als „Bausoldat“ ab; ab 1962 mussten daraufhin etwa 2.700 von ihnen Gefängnisstrafen absitzen – erhöhte sich die Zahl der Inhaftierungen bis zum Ende der DDR auf insgesamt ca. 6.000 Zeugen Jehovas.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum verwundern, dass die Zeugen Jehovas in der Widerstandshistoriographie der DDR zumeist einfach verschwiegen wurden. Da eine Nennung der Gruppe in Werken über die Geschichte der Konzentrationslager teilweise kaum zu umgehen war, wurde dort schlicht die Begrifflichkeit geändert. So war zum Beispiel von *Häftlingen aus religiösen Gruppen*, von *Geistlichen* oder *Sektierern* die Rede, wenn die Zeugen Jehovas gemeint waren³⁷.

Um den für die DDR misslichen Umstand, dass es sich bei den zu Hunderten in ihren Gefängnissen einsitzenden Zeugen Jehovas um Nazi-Verfolgte handelte, zu begegnen, entschlossen sich 1970 die staatlichen Organe zur Herausgabe einer umfangreichen „Dokumentation über die Wachturmgesellschaft“, die auch ausführlich auf die Haltung der Zeugen Jehovas in den Jahren 1933 bis 1945 einging. Dieses unter dem Namen von Manfred Gebhard herausgegebene, aber von ungenannten Verfassern im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit zusammengestellte Buch, das im folgenden Jahr (1971) auch in einer Lizenzausgabe in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde, wartete mit vielen Detailkenntnissen und Insider-Informationen auf, wobei die auszugsweise Wiedergabe zahlreicher Dokumente aus Gestapo- und Justiz-Provenienz sowie interner Rundschreiben der Wachturm-Gesellschaft dem Buch einen authentischen Anstrich verlieh. Zugleich wurde den ideologischen Vorgaben jedoch deutlich Rechnung getragen. Die Zwecksetzung des publizistischen Unternehmens ist evident; die „Dokumentation“ sollte das Verbot legitimieren und belegen, dass es sich bei den in der DDR gegen die Zeugen Jehovas ergriffenen Maßnahmen nicht um eine *Verfolgung um des Glaubens willen* handele, sondern *um die Strafverfolgung von Menschen, die von der WTG [Wachturm-Gesellschaft] unter Ausnutzung religiöser Gefühle zu Verleumdungen, antidemokratischer Hetze, feindlicher Nachrich-*

37 Vgl. beispielsweise: Die Frauen von Ravensbrück, hrsg. v. Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik, Bearbeitung: Buchmann, Erika. Berlin (DDR) 1959, S. 146 f.; Todeslager Sachsenhausen. Ein Dokumentarbericht vom Sachsenhausen-Prozeß. Berlin 1948, S. 42 f., hier S. 206.

*tentätigkeit und politischem Missbrauch von Bibel und Religiosität benutzt werden und deswegen staatsfeindliche Handlungen begehen*³⁸.

Von dieser Aufgabenstellung ausgehend wurde die Geschichte der Wachturm-Gesellschaft als die einer *im Dienste der psychologischen Kriegsführung* stehenden, *vom Großkapital gekauften* Organisation beschrieben und sodann in die *weltweite Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus* eingereiht. Der Bestreitung der tatsächlichen Gegnerschaft der Zeugen Jehovas zum Nazi-Regime galt ein Schwerpunkt der „Dokumentation“. Durch selektive Quellenauswahl, durch entstellende Zitate und durch die Berufung auf die in den Jahren nach 1933 erschienene (Nazi-)Presse, auf Gestapo-Vernehmungsprotokolle oder auf Gnadengesuche von Leitungsmitgliedern entstand ein Bild, dem zufolge das Verbot der Glaubensgemeinschaft im Jahre 1933 auf einem Missverständnis bzw. einer *politischen Fälschung* beruhte, während es sich in Wahrheit bei der Führung der Wachturm-Gesellschaft um *faschistisch kompromittierte religiös-politische Abenteurer* gehandelt habe, die um die *Gunst der Nazis* geworben und sich später zum *massenweisen Verrat der eigenen Glaubensbrüder an die Gestapo* bereit erklärt hätten.

Wenn diese von der DDR-Staatssicherheit verantwortete Dokumentation auch eindeutig als Produkt einer bestimmten Zeitepoche anzusehen ist, so kommt der Darstellung insofern auch heute noch eine größere Bedeutung zu, als sie eine der wenigen in den Bibliotheken zu diesem Thema zugänglichen Veröffentlichungen geblieben ist und ihre Schlussfolgerungen von Kritikern der Zeugen Jehovas teilweise bis in die Gegenwart ungeprüft übernommen werden.

Nach dem Ende der Ulbricht-Ära milderte sich die Verfolgung der Zeugen Jehovas ab. Mit Ausnahme der Aburteilungen von Wehrdienstverweigerern³⁹ wurden in den 1970er und 1980er Jahren nur noch Verweise und – allerdings empfindliche – Geldstrafen ausgesprochen. Das Ministerium für Staatssicherheit setzte nunmehr auf „Zersetzung“ und „Unterwanderung“ der Religionsgemeinschaft.⁴⁰ So wurde

38 Gebhard, Manfred (Hrsg.): Die Zeugen Jehovas. Eine Dokumentation über die Wachturmgesellschaft. Lizenzausgabe der 1970 im Urania-Verlag Leipzig erschienenen Erstveröffentlichung. Schwerte (Ruhr) 1971, S. 255.

39 Die Aburteilungen zu in der Regel 20-monatiger Gefängnishaft fanden 1985 ihr Ende, weil die DDR danach auf die Heranziehung von Zeugen Jehovas zum Wehrdienst verzichtete.

40 Vgl. Hirsch, Waldemar: Die Politik des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber den Zeugen Jehovas, in: Besier, Gerhard/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur. Berlin 2003, S. 115–133; Hirsch, Waldemar (Hrsg.): „Zersetzung“ einer Religionsgemeinschaft. Die geheimdienstliche Bearbeitung der Zeugen Jehovas in der DDR und in Polen. Mit Beiträgen von Waldemar Hirsch, Martin Jahn und Johannes Wrobel. Niedersteinbach 2001.

mit Unterstützung des MfS der Aufbau und die Publikationstätigkeit einer Gruppe ehemaliger Zeugen Jehovas, die „Christliche Verantwortung“ (CV), gefördert, die Auseinandersetzungen und Desinformation in die Reihen der Zeugen Jehovas in der DDR tragen sollte.⁴¹ Zugleich richtete sich die CV an kirchliche und andere Kritiker der Zeugen Jehovas in der Bundesrepublik, um dort Verständnis für das Vorgehen der DDR gegen die Zeugen Jehovas zu wecken. Ebenfalls wurden zur Unterwanderung Zeugen Jehovas in der Haft unter Druck gesetzt und vom MfS „umgedreht“.

Die Verfolgung der Zeugen Jehovas, die bis zuletzt zentral von der Hauptabteilung XX beim Ministerium für Staatssicherheit koordiniert wurde (noch in den 1980er Jahre eröffnete die Stasi den Feindobjektvorgang „Sumpf“, der sich vor allem gegen die so genannte „Ostabteilung“ der Wachturm-Gesellschaft in Selters/Taunus richtete), fand erst mit der gesellschaftlichen Umwälzung im Herbst 1989 ihr Ende; nach vierzigjährigem Verbot wurden die ca. 20.000 Zeugen Jehovas in der DDR⁴² am 14. März 1990 mit der förmlichen Anerkennung als Religionsgemeinschaft durch die von Hans Modrow geführte Regierung wieder zugelassen.

3. Motive, Herrschaftstechniken und Widerstandsformen in vergleichender Perspektive

1. Beide Regimes haben die Zeugen Jehovas, die sich der jeweiligen nationalen bzw. sozialen Erlösungstheorie radikal versagten und die auferlegte Integration in die „NS-Volksgemeinschaft“ oder die neue „sozialistische Gesellschaft“ verweigerten, zu gefährlichen Staatsfeinden erklärt. Dabei haben sie den Charakter der Religionsgemeinschaft verkannt, die nicht auf politischen Umsturz sann. Das Ziel der Zeugen Jehovas war weder die Mobilisierung der Bevölkerung für den antisozialistischen noch für den antikomunistischen Kampf. Ihnen ging es um den Freiraum zur Verkündigung ihrer Botschaft vom nahe herbeigekommenen göttlichen Königreich. Treue gegenüber dem „biblischen Gebot“ und Glaubensgehorsam gegenüber der für sich die

41 Vgl. Besier, Gerhard: Vorurteile, Verfolgungen und Verbote. Zur sozialen Diskriminierung der Zeugen Jehovas am Beispiel der „Christlichen Verantwortung“, in: Besier, Gerhard/Vollnhals, Clemens (Hrsg.): Repression und Selbstbehauptung. Die Zeugen Jehovas unter der NS- und der SED-Diktatur. Berlin 2003, S. 135–158.

42 Das Geschichtsarchiv der Wachturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft gibt die Zahl der Verkündiger für die DDR im Jahr 1990 mit 21.166 an. Damit war die Zahl der Glaubensangehörigen trotz der 40-jährigen Repression in der DDR weitgehend konstant geblieben; die niedrigste Verkündigerzahl wird mit 15.992 für das Jahr 1962 genannt.

Wahrheit beanspruchenden und Loyalität fordernden Organisation der Watch Tower Society war ihr leitendes Handlungsmotiv.

2. In der Verkennung der Zeugen Jehovas als „gefährliche Staatsfeinde“ offenbart sich ein weitgehender Realitätsverlust der jeweiligen Verfolgungsorgane und ihrer politischen Führungen. Obwohl es sich bei den Zeugen Jehovas um eine marginalisierte und unbedeutende Minorität handelte, von der unter machtpolitischer Perspektive den beiden Diktaturen keine ernste Gefahr erwachsen konnte und die man ohne größeres Risiko für die eigene Herrschaftssicherung hätte ignorieren können, waren beide Regime auf Grund ihres Totalitätsanspruchs hierzu nicht in der Lage. Die NS-Herrschaft wie das SED-Regime reagierten wegen des Freund-Feind-Denkens und der jeweiligen Verfolgungsparanoia auf die hartnäckige Resistenz der Zeugen Jehovas mit haltlosen Deutungsmustern. Die Nationalsozialisten verfolgten die Zeugen Jehovas, weil sie in ihnen Komplizen ihrer Hauptfeinde – des Kommunismus, des Judentums und der anglo-amerikanischen Plutokratie – sahen. In der DDR galten sie als Werkzeuge des US-amerikanischen Monopolkapitals und revanchistischer bzw. nazistischer Kräfte.

3. Die Verfolgung zielte in beiden Fällen auf die vollständige Zerschlagung der Religionsgemeinschaft; jede Betätigung für die Zeugen Jehovas sollte unterbunden werden. Insofern trafen die Verfolgungsmaßnahmen nicht nur das Führungspersonal, sondern alle Glaubensangehörige. Hinsichtlich der Quantitäten zeigen sich Entsprechungen: Von 25.000 Zeugen Jehovas (1933) gerieten im „Dritten Reich“ 8.000 in Haft; den 23.162 im Jahr 1950 als „Verkündiger“ für die SBZ/DDR ausgewiesenen Zeugen Jehovas stehen 6.000 inhaftierte Personen gegenüber. In der Zahl der Todesopfer spiegelt sich hingegen der ungleich brutalere Zugriff des Nazi-Regimes, das die Gegnerbekämpfung unter das Primat des Sozialdarwinismus stellte und die unbeugsamen Aktivisten aus dem Kreis der Zeugen Jehovas nicht nur durch Inhaftierung ihrer Handlungsmöglichkeiten beraubte, sondern auch durch physische Vernichtung zu liquidieren suchte. Hier stehen den ca. 1.200 Todesopfern durch Nazi-Verfolgung 62 Zeugen Jehovas gegenüber, die durch Verfolgungsmaßnahmen in der DDR zu Tode kamen.

4. Große Unterschiede werden auch beim Vergleich der Repressionsmaßnahmen in ihrer zeitlichen Entwicklung sichtbar. Während bei der Verfolgung der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus von einer Eskalationsspirale gesprochen werden kann, bei der zu Beginn des „Dritten Reiches“ der Staat mit dem Verbot eher kirchlichen und völkischen Erwartungen nachkam, sodann Teile von Justiz und Staatsapparat zögerlich und relativ maßvoll reagierten – 1933/34 ergingen unter Hinweis auf die Fortexistenz der Weimarer Religionsartikel sogar eine Reihe von Freisprüchen –, wurden die folgenden Verfolgungsschritte erst durch das Wechselspiel von sich herausbildender

Gegenwehr der Zeugen Jehovas und darauf reagierender erneuter Repressionssteigerung ausgelöst. Der Kriegsbeginn bedeutete dann auch im Hinblick auf die Verfolgung der Zeugen Jehovas den Übergang von einer polizeistaatlichen Ordnung, die durch zunehmenden Rechtsabbau gekennzeichnet war und sich insofern nicht wesentlich von anderen Despotien unterschied, hin zu einem in der Geschichte beispiellosen verbrecherischen Terrorregime, das sich im Umgang mit seinen Gegnern nach Außen wie im Inneren aller Fesseln entledigte und die Gewalt entgrenzte. Demgegenüber stand in der DDR im Vorgehen gegen die Zeugen Jehovas am Anfang ein Paukenschlag mit Massenverhaftungen, Schauprozessen und der Verhängung von Höchststrafen. Als ihre Herrschaft gefestigt erschien, änderte die DDR im Laufe der weiteren Entwicklung ihre Strategie. Nun traten differenziertere Methoden der Gegnerbekämpfung – die geheimdienstliche „Bearbeitung“ und „Zersetzung“ der Zeugen Jehovas – an die Stelle hoher Haftstrafen. Das Interesse am Entspannungsprozess zwischen den beiden Blöcken der Weltmächte ließ zudem auch aus außenpolitischen Gründen ein zurückhaltenderes Vorgehen angebracht erscheinen. Zu Recht sieht Gerald Hacke hierin ein Hauptunterscheidungsmerkmal zwischen der Verfolgungssituation unter dem Nationalsozialismus und in der DDR, die in ihrer letzten Phase *auch aus eigener Einsicht in der Lage* [war], *die Repression zu zügeln. Dem nationalsozialistischen Regime waren derartige Lernprozesse fremd, es musste schließlich von außen zer-
schlagen werden.*⁴³

5. Sowohl dem NS- wie dem DDR-Regime gelang es nicht, die Aktivitäten der Zeugen Jehovas auf Dauer und nachhaltig zu unterdrücken. Sie hatten es hier mit einem Gegner zu tun, der den nahenden Untergang der alten Welt und das ewige Leben in Gottes Königreich vor Augen einen hohen Preis zu zahlen bereit war und insofern im Rahmen der Herrschaftslogik totalitärer Regime nicht rational reagierte. Beide Diktaturen kamen hier an die Grenzen ihrer Macht.

43 Hacke, Gerald: Zwei Diktaturen – Ein Feind. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas im nationalsozialistischen Deutschland und in der DDR, in: Heydemann, Günther/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Bd. 398), S. 283–308, hier S. 303.

Die Sowjetisierung der SBZ/DDR. Ziele, Strukturen, Wirkungen

Prof. Dr. Michael Lemke,
Berlin



Einleitung

Der folgende Beitrag thematisiert in Grundzügen die Sowjetisierung der SBZ/DDR in der Zeit vom Ende des zweiten Weltkrieges bis etwa zu Beginn der sechziger Jahre. Auf die internationale Dimension des Problems als ein europäisches und globales Phänomen kann im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden. So fehlt sowohl die Ebene des historischen Vergleichs der nationalen und bündnispolitischen Sowjetisierungsprozesse im Herrschaftsbereich der UdSSR als auch die Einordnung dieser vielschichtigen Erscheinung in den Kalten Krieg. Im Vordergrund des folgenden Artikels stehen, nach klärenden begrifflichen Definitionen, die Ziele, Strukturen, Methoden und Wirkungsweisen der ostdeutschen Sowjetisierung. Berücksichtigt werden, der sich daraus ergebenden Logik folgend, auch die Interessen, Handlungsspielräume und Interaktionen der sie tragenden und der von ihr betroffenen deutschen Kräfte.

Sowjetisierung. Begriff und Fragestellung.

Jede Definition von Sowjetisierung ist bislang zu Recht von der Übertragung und Übernahme des sowjetischen Modells¹ auf die Verhältnisse von Staaten im Machtbereich der UdSSR, von der Angleichung nichtsowjetischer nationaler Gesellschaften an das sowjetische Vorbild ausgegangen. Der Begriff Sowjetisierung steht demnach für strukturelle, funktionale, institutionelle und geistig- kulturelle Prozesse, die auf eine fundamentale Veränderung traditioneller nationaler Gesellschaften und Politik im Sinne der kommunistischen Diktatur sowjetischer Prägung abzielten. Zwar fungierte „Sowjetisierung“ lange Zeit als ein Kampfbegriff des Kalten Krieges, doch erfasst er – inzwischen weitgehendst entemotionalisiert – das Wesen des historischen Prozesses m. E. begrifflich prägnant. Sowohl die ältere als auch die neuere und neueste Forschungsliteratur verwendet ihn. Sie geht übereinstimmend davon aus, dass in jedem europäischen Fall ein Spannungsverhältnis zwischen sowjetischen Einwirkungen und spezifischen, in sich differenzierten nationalen Interessen bestand. Auch scheint es inzwischen klar zu sein, dass die Analyse eine Abgrenzung des Begriffes Sowjetisierung von den verwandten Termini „Stalinisierung“, „Bolschewisierung“ und „Gleichschaltung“ verlangt, die manchmal noch synonym gebraucht werden. Mit Stalinisierung wird sowohl die mit dem Wirken Stalins verbundene Ausprägung der KPdSU und der kommunistischen Diktatur in der UdSSR vom Ende der zwanziger Jahre bis etwa 1953/54 erfasst als auch die Periode des sowjetischen Einflusses auf die europäischen Staaten im Machtbereich der Sowjetunion vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Tod des Diktators. Für diesen Zeitabschnitt und für dieses Territorium korrespondieren die Begriffe Stalinisierung und Sowjetisierung weitgehend. Doch erscheint der Terminus Sowjetisierung für die Bezeichnung von Übertragungs- und Übernahmeprozessen zum einen geeigneter, weil sich diese nach 1953 fortsetzen. Zum anderen ist er komplexer und reduziert das System begrifflich nicht auf die Person (Stalin), die es symbolisierte. Der Verfasser erachtet es aber als zweckmäßig, die Umwandlung kommunistischer in stalinistische Parteien „neuen Typs“ nach 1945 als Sta-

1 Vgl. u. a. Reiman, Michael: „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südeuropa. Zu Problem und Forschungsstand, in: Lemberg, Hans (Hrsg.), unter Mitwirkung von Delhaes, Karl von u. a.: Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Limburg/Lahn 1991, S. 3; Lemberg, Hans: Sowjetisches Modell und nationale Prägung: Resümee einer Diskussion, in: ebd., S. 357–366; Rauch, Georg von: Sowjetrußland von der Oktoberrevolution bis zum Sturz Chruschtschows 1917–1964, in: Handbuch der Europäischen Geschichte, hrsg. v. Schieder, Theodor, Bd. 7, Stuttgart 1992², S. 481–521; Birke, Ernst/Neumann, Rudolf (Hrsg.): Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in einzelnen Ländern, hrsg. im Auftrag des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates, Frankfurt a. M. 1959.

linisierung zu bezeichnen, da sie die wichtigste Voraussetzung für die Sowjetisierung von Gesellschaft und Staatswesen der betreffenden Länder und ihr Kern war. Hingegen verbietet sich der Terminus „Bolschewisierung“ in unserem Zusammenhang, weil er auf die Charakterisierung der russischen, deutschen² u. a. kommunistischen in „bolschewistische“, d. h. leninistische Parteien festgelegt ist. Das Nomen „Gleichschaltung“ als allgemeine Bezeichnung für die Nivellierung und Entdifferenzierung von Politik und Gesellschaft sollte für die sowjetisch dominierten europäischen Staaten nicht verwendet werden, weil es zum Begriff für strukturelle Veränderungen der Innenpolitik des deutschen Nationalsozialismus nach 1933 geworden ist. Das schließt freilich die Verwendung des Begriffs „Gleichschaltung“ für konkrete Vorgänge der Sowjetisierung nicht aus. Damit verbindet sich ein weiteres übergreifendes Problem: Was war per definitionem und in praxi Sowjetisierung und was lediglich sowjetischer Einfluss?

Die Grenzen beider Erscheinungen sind fließend, Trennlinien verschwimmen. Natürlich stellte der sowjetische Einfluss eine Voraussetzung und einen Begleitumstand für Sowjetisierung dar, ist aber nicht mit ihr identisch.³ Die Sowjetisierung Ostdeutschlands als Transformationsprozess war zeitlich begrenzt. Sie flachte offenbar in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ab und lief dann allmählich aus. Der sowjetische Einfluss bestand jedoch bis zum Ende der achtziger Jahre fort. Eine Schwierigkeit der Unterscheidung beider Prozesse ergibt sich vor allem aus der begründeten Annahme, dass in bestimmten Perioden der Nachkriegsentwicklung im Ostblock jede Form sowjetischer Einflussnahme im Kontext der Sowjetisierung zumindest indirekt auf sie hinauslaufen und deren Habitus annehmen musste.

Vor allem für die SBZ/DDR als Besatzungsterritorium stellt sich die Frage nach den systemspezifischen Konstanten der Sowjetisierung und deren Variablen. In welchem Maße gingen nationale Modifikationen aus zweckrationalen oder anderen Gründen von Moskau selbst oder aber von den ostdeutschen Verhältnissen aus? Damit ist auch die Wechselwirkung zwischen den Grundstrukturen und Funktionen des sowjetischen

2 Hermann Weber spricht sowohl von einer Stalinisierung der kommunistischen Parteien in den zwanziger Jahren als auch von deren „Bolschewisierung“ in der Zeit von 1924/25. Unter „Bolschewisierung“ verstanden KPdSU, Komintern und radikale KPD-Führer vor allem den ideologischen Kampf gegen „Luxemburgismus“ und „Trotzkismus“. Vgl. Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des Kommunismus in Deutschland, Hannover 1970, S. 47–75, hier besonders S. 49–54.; Harold Hurwitz geht ebenfalls vom Terminus Stalinisierung für die Entwicklung der SED zur Partei „neuen Typs“ nach 1946 aus. Vgl. ders.: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen, Opladen 1997.

3 Vgl. dazu die Überlegungen von Foitzik, Jan: Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, hier besonders S. 36, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/96, S. 29–37.

Herrschaftstyps und den nationalen Besonderheiten von Herrschaft und Gesellschaft angesprochen. Natürlich spielte auch immer die Eigendynamik der Sowjetisierung im Umfeld des Kalten Krieges eine Rolle, der eben stark durch außenpolitische Faktoren angetrieben wurde. Als Ausgangspunkt einer Sowjetisierungsanalyse bietet sich zum einen die Frage nach den Interessen der UdSSR im Nachkriegsdeutschland an. Welche politischen, strategischen und wirtschaftlichen Ziele, aber auch historischen und mentalen Motive leiteten sie? Zum anderen ist natürlich den ostdeutschen Ausgangslagen und Dispositionen für die Sowjetisierung nachzugehen: Wer begrüßte oder tolerierte sie aus welchen Gründen, wo artikulierten sich passive Resistenz oder gar aktiver Widerstand? Zeigten sich Inkubationsperioden, mögliche retardierende Momente oder gar rückläufige Tendenzen einer Sowjetisierung? Und: Auf welchen Wegen setzte die UdSSR Sowjetisierungsabsichten durch? Betrachtet man den Gesamtprozess mehr vom Ende her, so stellt sich auch die Frage, inwiefern Sowjetisierung zu einem Identitätswandel der DDR-Gesellschaft beigetragen hat. Was ist von der Sowjetisierung geblieben?

Eigenständigkeit und Handlungsspielräume der SBZ/DDR

Von Anfang an befand sich die SBZ/DDR in einem Spannungsverhältnis zwischen Sowjetisierung bzw. sowjetischem Einfluss und der Anziehungskraft der Bundesrepublik. Sowjetische Bestimmung und bundesdeutscher „Magnetismus“ definierten die Handlungsspielräume der SED entscheidend und beeinflussten auch die Entwicklung ihrer Eigenständigkeit. Bei der Analyse der Maßnahmen der Sowjetisierungspolitik in den verschiedenen Stadien des Ost-West-Konfliktes muss natürlich, wie schon angedeutet, immer von den sich wandelnden deutschlandpolitischen „Zielen“ der UdSSR ausgegangen werden. Sie bildeten eine Basis für die Entwicklung von Handlungsspielräumen, die wiederum einen wichtigen Schlüssel und einen Indikator für die Definition des Grades und des Verlaufs von Sowjetisierungen abgaben. In welchem Maße gewährte die sowjetische Führung Freiräume oder ergaben sie sich aus dem historischen Prozess, und wie wurden sie von der SED genutzt? Die Ausleuchtung dieser Spielräume trägt zur Bestimmung der spezifischen Ziele und Interessen aller beteiligten Kräfte und zur Beantwortung von Fragen nach möglichen temporären und partiellen Alternativen für die SED bei.

Auch daraus ergibt sich das Problem einer genaueren Definition von SED-Interessen und von ostdeutscher Eigenständigkeit. Sie ist keinesfalls mit Unabhängigkeit zu verwechseln. Der Begriff macht nur Sinn, wenn man davon ausgeht, dass die SED/DDR prinzipiell in einem Unterordnungsverhältnis zur UdSSR stand. Eigenständigkeit signalisiert die Fähigkeit der SED zur weitgehend freiwilligen Unterordnung

unter die Moskauer Interessen und einen hohen Grad der Verinnerlichung von Sowjetisierung als das den Charakter und den Zielen der SED Gemäße und für die deutsche Entwicklung Beste.

Dieses Moment der Eigenständigkeit, das sich – nur scheinbar paradox – nicht selten als vorausseilender Gehorsam artikulierte, schloss weder die Existenz spezifisch ostdeutscher Interessen noch den Willen der SED aus, diese vorzugsweise im Einvernehmen mit Moskau durchzusetzen. So bedeutete auch Subordination keine einseitige Abhängigkeit von der Führungsmacht. Abhängigkeit blieb zwar immer stark asymmetrisch, kennzeichnete aber auch das Verhältnis der UdSSR zur DDR während des gesamten Sowjetisierungsprozesses. Die SED/DDR erbrachte der UdSSR auf verschiedene Art und Weise – vor allem deutschlandpolitisch – Dienstleistungen.

Voraussetzungen und Wirkungsbereiche der ostdeutschen Sowjetisierung

Offenbar orientierte die Führung der SED – hier vor allem die Riege um Ulbricht – eher als die UdSSR auf eine dauerhafte Zweistaatlichkeit. Faktisch gab sie der Eigenstaatlichkeit der DDR auf der Basis ihrer forcierten Ostintegration den Vorrang vor einer von der UdSSR noch favorisierten gesamtdeutschen Neutralitätslösung.⁴

Zumindest bis 1953 – vielleicht noch bis 1955 – ließ die UdSSR eine Option für deutsche Einheit oder Zweistaatlichkeit offen. Verschaffte das der DDR gewisse Handlungsspielräume? Denn bis etwa Mitte 1951 schien die Moskauer Führung mit Möglichkeiten gerechnet zu haben, Deutschland nach dem Modell DDR wiederzuvereinigen. Als dann die Frage der militärischen Integration der Bundesrepublik vom latenten ins akute Stadium trat und Stalin sah, dass es die USA mit der militärischen Einbindung Westdeutschlands ernst meinten, musste die sowjetische Führung nach neuen deutschland- und sicherheitspolitischen Wegen suchen und eine größere Flexibilität entwickeln. Die damit verbundene Frage einer veränderten Sowjetisierung der SBZ/DDR hing auch ab von der inneren Entwicklung der UdSSR, von verschiedenen Trends und von konkurrierenden Kräftegruppen in der Führung der KPdSU. Trug die relative Schwäche der Sowjetunion, die durch den Zweiten Weltkrieg relativ kurzfristig den Rang einer Weltmacht erhielt, zu einer konsequenten Sowjetisierung der SBZ/DDR bei?

4 Noch im November 1951 erklärte Ulbricht im Parteivorstand der KPD intern: *Ihr wißt sehr gut, daß wir keine Anhänger der Neutralität sind.* Vgl. Stenogr. Niederschrift der 2. Parteivorstandssitzung der KPD, 9.–11.11.1951, in: BArch – SAPMO-DDR, Zentrales Parteiarchiv (DY 30), IV 2/10.03/237, Bl. 98 f.

Eine starke Sowjetisierung spricht schließlich sowohl für als gegen eine mögliche Entscheidung der Sowjetunion für die Einheit Deutschlands. Wenngleich auch Stalin und seine Diadochen nicht davon ausgehen konnten, das Modell DDR einfach auf die Bundesrepublik zu übertragen, bot ein sowjetisiertes Ostdeutschland doch die Möglichkeit, verschiedene nach sowjetischen Vorbildern umgestaltete Strukturen in das angestrebte Gesamtdeutschland einzubringen und sie unter bestimmten inneren Bedingungen weiterzuentwickeln – Volksfrontspekulationen spielten bis Mitte der fünfziger Jahre allemal eine Rolle. Gingen die gesamtdeutschen Pläne der Moskauer Führung nicht auf, entsprach auch die Integration der DDR in das kommunistische System durchaus dem sowjetischen Nachkriegskonzept der Sicherung des ihr nach 1945 Zugefallenen. So kann eben auch gefragt werden, ob eine konsequente Sowjetisierung der SBZ/DDR nicht einen sowjetischen Verzicht auf Gesamtdeutschland bedeutete.

Immer aber blieb die Drohung ihrer Fortführung als Druckmittel gegenüber dem Westen bestehen. In allen östlichen Schwankungen zeigte sich jedoch eine Konstante: die prinzipielle Unterordnung der SED unter die sowjetischen Interessen, die in der Frage kommunistischer Selbstbehauptung auf deutschem Boden mit den Zielen der SED korrespondierten. In dieser Machtfrage gab es auch innerhalb der SED keinerlei Dissensen. Zu diesem General-Konsens gehörte das auch in der ostdeutschen Führung zumindest unterschwellig vorhandene Bewusstsein, dass die DDR in hohem Maße ein Kunstprodukt, eine nach einem bestimmten Plan konstruierte Gesellschaft war. So besaß die Führung der SED vor allem in Hinblick auf deren Instabilität ein großes Interesse, ihre Handlungsspielräume im Innern durch eine sowjetische Penetration⁵ der ostdeutschen Gesellschaft innenpolitisch zu erweitern.

Eine geistig-politische Grundbedingung für den Sowjetisierungsprozess bildete die Übernahme des ideologischen Systems des Sowjetkommunismus in allen seinen wesentlichen Bestandteilen. Auch die Mitglieder der SED lernten den Marxismus nicht als okzidentale revolutionäre Gesellschaftslehre „pur“ kennen, sondern in seiner sowjetischen leninistischen Brechung. Nicht selten legten ostdeutsche Ideologen die sowjetische Marxismus-Leninismus-Interpretation noch zusätzlich, noch radikaler, aus und erweckten überdies den Eindruck, dass die DDR nicht in einer deutschen, sondern sowjetischen und

⁵ Die vor allem von Wolfram Hanrieder und James N. Rosenau beschriebenen Merkmale eines penetrierten Systems lassen sich offenbar weitgehend bei der Sowjetisierung der SBZ/DDR nachweisen. Vgl. Hanrieder: *West German Foreign Policy*, Stanford 1967, S. 230 und Rosenau: *The Scientific Study of Foreign Policy*. Revised and England Edition, London 1980, S. 137–169.

imaginären „proletarischen“ Traditionslehre stehe.⁶ Hinzu trat in den Jahren bis 1955 die Apotheose Stalins und ein ebenfalls nicht zu unterschätzendes Syndrom: Die DDR müsse sich des Vertrauens der Sowjetunion würdig erweisen und auf innenpolitische „Experimente“ verzichten.⁷

Die Voraussetzung für den gesamten Sowjetisierungsprozess in der SBZ/DDR und dessen Kern bildete die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“. Die Stalinisierung der 1946 konstituierten Einheitspartei schuf eine zuverlässige Sowjetisierungsbasis sowohl für die UdSSR als auch für die ostdeutsche kommunistische Führung. Die Stalinisierung der Partei besaß vor allem eine antisozialdemokratische Ausrichtung.⁸

Von der Sowjetisierung der SBZ/DDR blieb im Prinzip kein gesellschaftlicher und politischer Bereich ausgeklammert. Am stärksten entwickelte sie in politisch und gesellschaftlich sensiblen Bereichen Intensität und den Anspruch auf Flächendeckung und Perfektion. Der Staatsapparat der DDR erfuhr bis zum Beginn der sechziger Jahre eine Organisation nach sowjetischem Vorbild. Staat und Partei verschmolzen nach sowjetischem Muster. Grotewohl hatte schon im März 1949 betont, dass für die zu bildende Regierung der DDR die „Generallinie der Partei“ verbindlich sei.⁹ Die Parteiarbeit im Regierungsapparat wurde straff organisiert und von zentralen Parteigremien kontrolliert. Staatsfunktionäre und Regierungsinstitutionen blieben den übergeordneten Parteileitungen rechenschaftspflichtig. Die Untrennbarkeit von staatlichen und Partei- Aufgaben geriet zum moralisch-politischen Gesetz.¹⁰ Die SED übernahm auch das sowjetische Nomenklatursystem, das bereits im Februar 1949 in ein erstes ostdeutsches Nomenklatursystem Eingang fand. Es legte u. a. fest, dass die politisch wichtigsten Funktionen im SED-Apparat, in den Massenorganisationen und im Staatsapparat ausschließlich durch das Politbüro und das von

6 Vgl. dazu exemplarisch: Geschichte der Arbeiterbewegung in acht Bänden, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, hier Band 1, Berlin 1966, Vorwort, S. 24–40.

7 Vgl. Rede Grotewohls auf der 23. (37.) Tagung des Parteivorstandes der SED, 9.10.1949, in: BArch – SAPMO-DDR, IV 2/1/38, Bl. 17.

8 Vgl. Weber, Hermann: Die Geschichte der frühen SED. Überlegungen gestern und heute, in: Gisela Helwig (Hrsg.), Rückblende auf die DDR, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 17f.

9 Vgl. Referat Grotewohls vor der ostdeutschen Ministerkonferenz, 13.3.1949, in: BArch – SAPMO-DDR, NY 4090/142, Bl. 40.

10 Vgl. Manuskript der Rede Grotewohls für das 21. Plenum des ZK der SED, 14.11.1954, in: ebenda, NY 4090/195, Bl. 5.

Ulbricht geleitete „Kleine Sekretariat“ besetzt werden durften.¹¹ Das Nomenklatursystem der SED erfuhr eine Fortschreibung nach sowjetischem Vorbild. Die SED übernahm auch die offiziellen Funktionsbezeichnungen. So wurde aus dem Ministerpräsidenten Grotewohl ein Vorsitzender des Ministerrats.¹² 1953 waren auch die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ auf eine sowjetische Anordnung zur Organisierung eines *sicheren Schutzes* aller wichtigen volkswirtschaftlichen Objekte *aus geprüften und politisch der volksdemokratischen Ordnung ergebenden Personen* entstanden. Im gleichen Zuge ergingen Weisungen über die Standortverteilung der Volkspolizei, zum Abhören von Telefongesprächen und zur *Überprüfung des Schriftverkehrs*.¹³ Derartige Befehle stellten zunächst eine Form administrierenden sowjetischen Einflusses dar, waren aber auch geeignet, Kontrollmechanismen nach sowjetischem Vorbild zu gestalten. Es zeigte sich vor allem beim Aufbau des ostdeutschen Staatssicherheitsministeriums und der „nationalen“ Streitkräfte. Sieht man von der Schaffung eines lediglich formalen Mehrparteien-Systems in der DDR ab, funktionierten gesellschaftliche Organisationen und Organe im Prinzip ebenfalls wie ihre sowjetischen Vorbilder. Sie schalteten verschiedene politische Interessen gleich und konstituierten eine „Nationale Front“, die ihr Vorbild in sowjetkommunistischen „Volksfront“-Ideen fand. Auch auf dem Gebiete der äußeren Beziehungen prägte die UdSSR die ostdeutschen Strukturen und Institutionen sowie die Inhalte der internationalen Politik der SED aus.

Aber auch die Wirtschaft stand mit im Vordergrund der Modellübertragung. Die Umstrukturierung der Industrie nach 1945 vorrangig über den Mechanismus von Enteignungen, repressiver wirtschaftlicher Maßnahmen und außerökonomischer Zwänge ging einher mit der Übernahme von Theorie und Praxis der sozialistischen Planwirtschaft und der Schaffung entsprechender Leitungsmodelle. Hier zeigte sich die strukturelle Sowjetisierung mit am deutlichsten. Für die Sowjetunion bot eine entprivatisierte ostdeutsche Staatswirtschaft optimale Kontrollmöglichkeiten. Zwar konnte die DDR ohne den Austausch mit der UdSSR auch wirtschaftlich nicht überleben. Doch führten die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Gegenleistungen der DDR zu einer starken Ausrichtung der ostdeutschen Industrieproduktion auf

11 Vgl. Kaiser, Monika: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Potsdam 1993, S. 75–77.

12 Vgl. Nomenklatur-Entwurf des ZK und Listen der Staatlichen Stellenplankommission. 29.3.1953, in: BArch – SAPMO-DDR, NY 4090/431, Bl. 27–55.

13 Vgl. Merkblatt der SKK, undatiert, offenbar Ende Juni 1953, in: BArch – SAPMO-DDR, NY 4090/303, Bl. 354.

sowjetische Bedürfnisse. Das hatte eine erhebliche Disproportion in der industriellen Entwicklung der DDR – teilweise auch Deformation – zur Folge. Hier fand eine indirekte Sowjetisierung statt.

Die Landwirtschaft erfuhr durch die Bodenreform nach 1945 und die erst 1960 abgeschlossene Kollektivierung einen grundlegenden Umbau. Die Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und später die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), steuerten und kontrollierten die Agrarpolitik der SED bis zum Beginn der fünfziger Jahre mit besonderer Sorgfalt und gelegentlich unter Beteiligung Stalins.¹⁴ Die Zerschlagung der traditionellen landwirtschaftlichen Strukturen beschädigte die dörfliche Gesellschaft in der SBZ/DDR nachhaltig. Andererseits setzten sich gerade hier „sowjetische Erfahrungen“ und sowjetisch initiierte „Bewegungen“ wie die „Mitschurinbewegung“ und die aberwitzigen Lehren des Agrarbiologen Lyssenko ebenso wenig durch wie sowjetische „Neuerermethoden“ und neue Pflanzverfahren.¹⁵ Überdies richteten die von der SED-Führung durchgesetzten sowjetischen „Rinderoffenställe“ und „Schweinepilze“ schweren Schaden an. Doch gerade hier kam zum Ausdruck, dass die Kollektivierung von einer weitverbreiteten Fortschrittseuphorie getragen wurde, *in der sich die Glorifizierung der Sowjetunion eng mit weitreichenden Überlegenheitsvorstellungen und Modernisierungssillusionen verband*.¹⁶

Aber auch in den scheinbar kleinen Dingen alltäglicher Verwaltung wie bei der Organisation von Handel und Versorgung stand die Sowjetunion Pate.¹⁷ Ab Mitte der fünfziger Jahre setzte eine problematische „Sowjetisierung des Konsums“ ein.¹⁸ Sowjetisierungen im Alltag trugen nicht selten banale Züge, etwa, wenn das Politbüro im März 1950 beschied, dass das „Neue Deutschland“ künftig im Format der „Prawda“ herausgegeben werden müsse.¹⁹

14 Vgl. Bauerkämper, Arnd: Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Jarausch, Konrad H./Siegrist, Hannes (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Campus-Verlag, Frankfurt/Main, New York 1997, S. 198 f.

15 Vgl. ebenda, S. 203 f.

16 Ebenda, S. 206.

17 Vgl. Besprechungen Piecks und Ulbrichts mit der SKK (Tschuikow, Iljitschow, Kowal), 4.2. und 14.2.1950, in: ebenda, NY 4036/736, Bl. 50 f.

18 Vgl. Merl, Stephan: Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: Jarausch/Siegrist: Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 167–194.

19 Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 75/50, 7.3.1950, in: BArch – SAPMO-DDR, DY 30, J IV 2/2/75, Bl. 4.

Mechanismen und Kontrollinstanzen der Sowjetisierung der SBZ/DDR

Die offenbar in einigen Bereichen problem- und reibungsarme Sowjetisierung führt auch zu der Frage, in welchen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens aus historischen, politischen und ökonomischen Ursachen eine gewisse nationale Prädisposition für die Sowjetisierung vorhanden war. Offenbar leistete die ungebrochene Kontinuität diktatorischer Herrschaft ab 1933 einer administrativen Sowjetisierung Vorschub. Inwiefern konnte beispielsweise die enge Verquickung von Wirtschaft und Staat im Nationalsozialismus, insbesondere kriegsbedingter Wirtschaftsdirigismus, für die kommunistische Planwirtschaft sowjetischer Prägung genutzt werden? Das besaß ebenso Relevanz im Sinne der Gestaltung deutscher Zukunft wie die Frage, auf welche alte Eliten und neue Kader – wer hatte sie vor und nach 1945 geprägt? – eine personalpolitische Sowjetisierung zurückgreifen konnte.

Grundbedingung dafür war natürlich ein sowjetischer Zugriff auf personelle Entscheidungen, die Kontrolle des Elitenwechsels und nicht zuletzt eine Bürokratisierung der Kaderpolitik nach sowjetischem Vorbild (Kaderakten, Kaderabteilungen u. a. m.). Wer gelangte über welche Mechanismen in den politischen und wirtschaftlichen Apparat und Entscheidungsprozeß?

Diese Frage berührt die Frage der Wahrnehmung und Kontrolle der Sowjetisierungsinteressen durch die UdSSR. Von 1945 bis 1949 standen die SMAD und ihre nachgeordneten Gliederungen in den Ländern der SBZ und von 1949 bis 1953 die SKK als zentrale organisatorische und exekutive Organe der sowjetischen Deutschlandpolitik im Vordergrund einer Politik, deren sowjetisierende Absicht systematisch geleugnet wurde. Kurzfristig liefen die Fäden – bis 1955 – beim sowjetischen Hohen Kommissar (Semjonow), danach in der sowjetischen Botschaft in Ostberlin, zusammen. Das Politbüro regelte das Verhältnis der Staatsorgane der DDR zu den sowjetischen Stellen im Juni 1950 mit dem lakonischen Satz, *dass die Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung zur Erteilung jeglicher Auskunft an die Organe der SKK verpflichtet sind*.²⁰ Die UdSSR verfügte mit ihrem dichten Netz von sowjetischen „Beratern“ in politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Gremien bis zum Ausgang der fünfziger Jahre „flächendeckend“, später an wichtigen Punkten, über einen anleitenden und kontrollierenden Mechanismus. Die sowjetische Führung drängte die Berater nicht immer nur auf. Ob „vorausseilender Gehorsam“ und das Wissen um sowjetische Wünsche eine wichtige Rolle spielten oder nicht: Die Führung der SED ersuchte die KPdSU

20 Beschluß des Politbüros, Protokoll 93/50, 6.5.1950, in: BArch – SAPMO-DDR, J IV 2/2/93, Bl. 11.

verschiedentlich um die „Entsendung von Beratern“.²¹ Die SED wies die Staatsorgane der DDR an, diese „Berater“ regelmäßig zu konsultieren und deren Vorschläge zu verwirklichen.²² Daneben gab es zu jeder Zeit persönliche Kontakte zwischen sowjetischen Politikern aller Ränge und Spitzenfunktionären der SED, die Direktiven aus Moskau mitbrachten, bzw. diese über den Partieweg KPdSU–SED oder aber in diskreten Gesprächen in der SMAD bzw. SKK erhielten. Eine *außerordentlich wichtige Form aktiver und passiver sowjetischer Einflussnahme waren schließlich die deutsch-sowjetischen Delegations- und Erfahrungsaustausche, die mit der beginnenden Stalinisierung der SED und mit der stärkeren Sowjetisierung der ostdeutschen Verwaltung etwa seit 1948/49 zunehmend an Bedeutung gewannen*.²³ Eine wichtige repressive Funktion bei der Absicherung der Sowjetisierung – was vor allem Verfolgung ihrer Gegner hieß – übten der sowjetische Geheimdienst und andere Moskauer Sicherheitsorgane aus.

Verschiedene Moskauer Direktiven ergingen in Form von „Merkblättern“ und „Memoranden“, die letztlich Befehle und als solche verbindlich waren. Diese „Empfehlungen“, auf deren Abfassung und Durchführung die SED offenbar keinen oder nur sehr geringen Einfluss hatte, reglementierten oftmals kleinlich bis in die Details. So griff die Sowjetunion in die Gestaltung der Binnenpreise ein, ordnete Produktionswettbewerbe der „Werkstätigen“ an²⁴ und befand über solche Nebensächlichkeiten wie die Ausgabe von *schönen Uniformen aus gutem Wolltuch* für die Offiziere und Wachtmeister der Volkspolizei.²⁵ So lassen sich echte Handlungsspielräume für die SED, die eben auch vom „Magnetismus“ der Bundesrepublik und in hohem Maße von der Haltung der Bevölkerung abhingen, bis Mitte der fünfziger Jahre kaum nachweisen.

Sowjetisierung als Dialektik von Beschleunigung und Verzögerung

Es existierte immer ein Zusammenhang zwischen der Haltung der Bevölkerung der DDR und der Sowjetisierung, d. h. der Art und Weise sowie der Intensität ihres Verlaufs. Die weitgehende Ablehnung

21 Beschluß des Politbüros, „Antrag an das Präsidium der ZK der KPdSU“, Protokoll 10/54, 19.2.1954, Bl. 1 und Anlage 1, Bl. 3–7, in: ebenda, J IV 2/2/348.

22 Vgl. Sitzung des Politbüros, Anlage 6 zum Protokoll 16/53, 17.3.1953, in: ebenda, J IV 2/2/270, Bl. 37.

23 Kaiser, Monika: Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945–1970, in: Jarausch/Siegrist: Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 121.

24 Vgl. Besprechung Piecks und Ulbrichts mit der SKK (Tschuikow / Iljitschow / Kowal), 4.2. und 14.2.1950, in: BArch – SAPMO-DDR, NY 4036/736, Bl. 50 f. und Merkblatt der SKK, September 1953, in: ebenda, NY 4090/303, Bl. 348 f.

25 Merkblatt der SKK, offenbar vom 10.10.1953, in: ebenda, Bl. 228.

kommunistischer Herrschaft und des sowjetischen Sozialismusmodells durch die Mehrheit der Bevölkerung vor allem im ersten Jahrzehnt des Bestehens der DDR zeigte eine zuweilen eskalierende Sowjetisierungs-„Nachfrage“ der SED-Führung. Zeitweilig verstärkte sich der unterdrückende Faktor, dann gewann das „liberale“, das auf die eigentliche sozialistische Identitätsveränderung abzielende Element an Bedeutung – sichtbar beispielsweise im „Neuen Kurs“ und bei der Sympathiewerbung für sowjetische Kunst und Kultur. Es fragt sich, in welchen Phasen der ostdeutschen Entwicklung welche Kräfte in SED und KPdSU welche Sowjetisierungsmethoden bevorzugten. Wichtig scheint, dass die SED eine tatsächliche Konsolidierung der Binnenverhältnisse der DDR auch durch flexiblere Formen der Sowjetisierung nicht erreichte. Konsolidierung und Destabilisierung gingen eine eigenartige Symbiose ein. Nach Phasen der Erholung (1950/51; 1957–59), erfolgte eine krisenhafte Zuspitzung der Situation (1952/53; 1960–61), die die Existenz der DDR in Frage stellten. Eine relative Stabilisierung des deutschen Oststaates setzte erst nach dem Mauerbau, deutlich seit 1963 ein.

Welchen Einfluss hatten Sowjetisierungsprozesse auf stabilisierende Phasen der DDR-Systemerhaltung? Bislang ist – zu Recht – mehr nach dem Verhältnis von Krisenentwicklungen und Sowjetisierung gefragt worden. Denn Sowjetisierungsschübe erfolgten in der Regel in krisenhaften Situationen. Sie wurden an bestimmten Schnittpunkten von politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen sowie Alltags-Prozessen sichtbar. Sie erhielten dann ihre Rasanzenz, wenn unterschiedliche Krisenmomente sich verbanden, summierten bzw. sogar potenzierten. Schübe konnten, wie es nach 1950 der Fall gewesen zu sein scheint, stark außenpolitisch bestimmt sein. Hier wirkte der Koreakrieg als Katalysator, und eine damit verbundene Verstärkung der organisierten „Friedensbewegung“ nach sowjetischem Diktum folgte.²⁶ In diesem Prozess spielten freilich auch deutschlandpolitische Zwänge eine Rolle. Sowjetisierungsprozesse entwickelten in bestimmten Situationen eine starke Eigendynamik.

Ein Beispiel: Die Ablehnung des sowjetischen Angebots an den Westen – deutsche Einheit gegen Neutralität – im Frühjahr 1952 beschleunigte faktisch den sowjetischen Beschluss, dem Aufbau der Nationalarmee und der Kollektivierung, d. h. dem Aufbau des Sozialismus in der DDR nach stalinistischem Muster grünes Licht zu geben. Dies löste einen weiteren Sowjetisierungsimpuls aus. Verbunden mit neuen administrativen Maßnahmen sowie zusätzlichen sozialen und wirtschaftlichen Belastungen führte er zu einem sprunghaften erheblichen Anstieg der Unzufriedenheit der Bevölkerung und zu einer Eskalation einer auch von außen weiter tangierten Krisensituation. Als

26 Vgl. Schreiben Piecks an Ulbricht mit Bezug auf die Vorschläge Semjonows, 15.6.1950, in: ebenda, NY 4036/658, Bl. 38.

dieser von der SED mit vorrangig repressiven Methoden gegengesteuert wurde, entstand neuer Unwillen in der Bevölkerung und relativ zügig eine von der SED innenpolitisch nicht mehr kontrollierbare Situation. Augenfällig waren dabei das Versagen von Rückkopplungsmechanismen und ein damit verbundenes Zunehmen chaotischer Elemente der Sowjetisierung. Belastungs- und Krisensituationen bildeten aber keineswegs die einzige Ursache für eine Verstärkung der Sowjetisierungsprozesse. Sie waren aber für sie Katalysator und wichtiger Indikator.

Die sowjetische Fremdbestimmung, vor allem der Deutschlandpolitik, war offenbar nicht immer nur negativ. Dass sich die SED von 1951 bis 1953 mit der Idee freier Wahlen zumindest auseinandersetzen musste, war auch eine Folge Moskauer Direktiven. Gelegentlich versuchte die Sowjetunion, „Überspitzungen“ in der Arbeit des Staatsapparates der DDR zu eliminieren. So wies die SKK die SED-Führung Ende 1951 an, „eine ganze Reihe ernster Fehler und Mängel“ in der Tätigkeit von Justiz, Polizei und Staatssicherheitsorganen zu beheben, weil sie „dem demokratischen Aufbau, der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung der DDR“ Schaden zufügten, in der Bevölkerung „eine gewisse Unzufriedenheit“ hervorriefen und „von der in- und ausländischen Reaktion im Kampf gegen die demokratischen Kräfte“ ausgenutzt werden würden.²⁷

Solche und andere Beispiele werfen die oben schon angesprochene Frage nach dem Verhältnis von Sowjetisierung und sowjetischer Einflussnahme in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Krisenfällen immer wieder auf. So entwickelte sich die innere Situation der DDR vor allem infolge des Beschlusses über den forcierten Aufbau des Sozialismus im Juli 1952 und damit einhergehenden neuen Sowjetisierungen in einer das System destabilisierenden Weise, erweckte aber beim Politbüro den Eindruck, dass die Fortführung des harten Sozialismuskurses notwendig sei. Er zeitigte einen erhöhten Sowjetisierungsbedarf – man denke an den an sowjetischen Vorbildern orientierten Aufbau von Streitkräften und an die Umstrukturierungen im Sicherheits- und Verwaltungsapparat. Doch führte die UdSSR im Juni 1953 einen „Neuen Kurs“ herbei, der konzeptionell als eine Abbremsung des Tempos des sozialistischen Aufbaus angelegt war und in der Praxis auf eine Rücknahme verschiedener repressiver Maßnahmen abzielte. Das aber kam praktisch einer Stornierung verschiedener Sowjetisierungsprozesse gleich. Das hieß nichts anderes als eine Abmilderung bzw. Verzögerung der Sowjetisierung durch eine ihr entgegenwirkende sowjetische politische Einflussnahme. Die Kurskorrektur war letztendlich taktischer Natur. Es bleiben auch bezüglich des Führungszirkels der SED die Fragen bestehen, wer von der Sowjetisierung am meisten profitierte, in wel-

27 Als „streng geheim“ eingestuftes Direktivpapier, undatiert, höchstwahrscheinlich von Mitte November 1951, in: ebenda, NY 4090/301, Bl. 73.

chem Maße von ihr Durchsetzungschancen für eigene Konzepte erwartet wurden, und ob man Sowjetisierungsschübe nicht selbst veranlasste bzw. provozierte.

Vor allem im geistig-kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich scheinen unterschiedliche Interessen ostdeutscher und sowjetischer Politiker ein gewisses Konfliktpotenzial ergeben zu haben. So drängte die KPdSU Anfang der fünfziger Jahre auf eine Betonung des Nationalen in der innerdeutschen Auseinandersetzung, während sich die Führung der SED mehr „internationalistisch“ orientierte, d. h. von der „nationalen“ zu einer neuen sowjetisch geprägten Identität gelangen wollte. Lebte in der Führung der SED um Ulbricht zumindest in Krisensituationen die alte Perspektive eines Sowjetdeutschlands aus der Zeit vor 1933 wieder auf? Das widersprach offenbar dem sowjetischen Impetus, die DDR im Westen als den eigentlich deutschen, selbstbestimmten Staat darzustellen. Das war nicht immer erfolglos. Auch später entstand bei vielen der Eindruck, dass die DDR doch der „deutschere“ Staat sei²⁸. Zu diesem Eindruck trugen auch ostdeutsch-sowjetische Divergenzen im Alltag bei.

Widersprüche bei der Sowjetisierung der Wirtschaft z. B. ergaben sich nicht zuletzt aus der bereits geschilderten Tatsache einer weitgehenden Ausrichtung der ostdeutschen Industrieproduktion auf sowjetische Bedürfnisse. Zwar musste die Behandlung der DDR wirtschaftlich faktisch als eine Sowjetrepublik hingenommen werden, weil nur Moskau das ökonomische Überleben der DDR sichern konnte. Doch besaß die SED ein vitales Interesse am Handel mit dem Westen, speziell mit der Bundesrepublik. Dieser Warenverkehr bremste in gewissem Maße nicht nur spezifische Sowjetisierungsprozesse ab, sondern wirkte auch den Eigengesetzen einer isolationistischen wirtschaftlichen Ostintegration in gewissem Umfang entgegen.

Sowjetisierung von „oben“, Verwestlichung von „unten“?

Das Ziel einer Veränderung der ostdeutschen Gesellschaft nach kommunistischem Modell stieß auf starke Gegenströme. Nicht zuletzt stand einer Sowjetisierung deutscher Identität in der SBZ/DDR ein wichtiger Faktor entgegen: die Bundesrepublik. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich in Ostdeutschland blieb von ihrer Politik unberührt, kaum eine Entscheidung von Politbüro und Regierung von ihr unbeeinflusst. Die Omnipräsenz der Bundesrepublik, ihr in politischen Entscheidungen der SED sichtbarer „Magnetismus“, stellten – zumindest bis zum Mauerbau – eine existenzielle Bedrohung für die Herrschaft der SED dar. Der

28 Vgl. Greifenhagen, Martin/Greifenhagen, Sylvia: Eine Nation: Zwei politische Kulturen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 32.

Westen lieferte, im Großen wie im Kleinen, nicht nur die jeweils aktuelle Vergleichsgröße; für viele Menschen in der DDR geriet er zum Maßstab aller Dinge.

Analysiert und bewertet man den Einfluss der Bundesrepublik und seine Wirkung, so lässt sich – gerade was die sozial- und alltagsgeschichtliche Entwicklung der DDR angeht – die Tendenz einer (relativen) „Verwestlichung“ der DDR-Gesellschaft feststellen. Diese „Verwestlichung von unten“, die Durchdringung von der Basis her, bildete als ein Entwicklungszug der DDR-Gesellschaft die wichtigste Gegenteilstendenz zur Moskauer Penetration der DDR-Strukturen. Über das Medium Bundesrepublik vollzog die DDR-Bevölkerung, hier besonders die junge Generation der fünfziger Jahre, auch den amerikanischen Einfluss auf die westdeutsche Lebenswelt, auf Kultur, Lebensstil, Kunst und Mode, bedingt nach. Die Gesellschaft der Bundesrepublik gab auch ihre Erfahrung mit Amerika nach Osten weiter – zumeist über Presse, Rundfunk und über den Besucherverkehr. Bis 1961 spielte dabei Westberlin – auch für die der Stadt nähergelegenen Regionen – eine wichtige Rolle. Diese Tendenz zur „Verwestlichung von unten“ bremste das Tempo vor allem einer geistig-politischen Sowjetisierung ab. Dies schloss nicht aus, dass „Verwestlichung“ zumindest zeitweilig die Sowjetisierung indirekt beschleunigte, wenn die SED als Reaktion darauf ihren Gegenkurs forcierte. So z. B. zogen Elvis-Kult und Rock'n'Roll eine von vielen belächelte Offensive russischer Folklore und 1958 die Kreation eines nur mäßig begeisternden neuen Tanzes, des „Lipsis“²⁹, sowie die neuesten Errungenschaften westlicher Elektronik eine systematische Sputnik-Propaganda nach sich. Auch die SED nahm den Kalten Krieg in praxi zu einem Gutteil als „Verwestlichung“ versus sozialistischen Aufbau wahr.

Der Widerspruch zwischen der von der ostdeutschen Bevölkerung getragenen Tendenz einer „Verwestlichung von unten“ und der „Sowjetisierung von oben“ geriet der SED zu dem vielleicht folgenreichsten geistigen Entwicklungsproblem der DDR. Ein großer Teil der Bevölkerung stand dem „fremden“ Gesellschaftssystem reserviert gegenüber, viele wiesen es vor allem gefühlsmäßig zurück. Insofern erhielt das Konzept der SED nach 1949, die antifaschistisch-demokratische bzw. sozialistische, d. h. sowjetisierte Ordnung auf Westdeutschland zu übertragen, eine zusätzliche illusionäre Dimension. Dazu trugen auch „hausgemachte“ Fehleinschätzungen der westdeutschen Entwicklung als „restaurativ“ bei. Modernisierungsprozesse im Westen wurden nicht erkannt bzw. gelegentlich oder tendenziös umgedeutet. Allerdings darf die Resistenz weiter ostdeutscher Bevölkerungskreise gegenüber einer Sowjetisierung ihres Alltagslebens mit

29 Vgl. Poiger, Uta G.: Rock'n'Roll, Kalter Krieg und deutsche Identität, in: Jarausch/Siegrist: Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 281.

ihrer Haltung zum SED-Regime, das von vielen zwar als kommunistisch, aber doch als deutsch gesehen wurde, nicht gleichgesetzt werden. Viele Bürger der DDR sahen durchaus einen Unterschied zwischen den „Russen“ und der SED. Viele DDR-Deutsche billigten ihr zu, unter sowjetischer Hegemonie nicht anders als von Moskau bestimmt handeln zu können.

Die misslungene Sowjetisierung: Kultur und Alltagsleben in der SBZ/DDR

Die von der UdSSR und der SED aufwendig betriebene Sowjetisierung des Alltagslebens und der Kultur der DDR blieb im Wesentlichen erfolglos. So stießen die Formen der öffentlichen Selbstdarstellung der DDR als *wirtschaftlich leistungsfähiger, sozial dem Westen überlegen, militärisch potenter Staat* zunehmend auf Ablehnung. Sowjetisierung bedeutete hier die Übernahme von Symbolen, Stilmitteln und Inszenierungsformen, die dem politischen Habitus der sowjetischen Großmacht entlehnt waren. Es handelte sich vor allem um Gesten der Stärke, etwa in *Gestalt von Militärparaden, dem Aufmarsch von paramilitärischen Verbänden, der Betriebskampfgruppen und der Gesellschaft für Sport und Technik. Die Erfolgs- und Überlegenheitsrhetorik*, das Zelebrieren von Rekorden bei der Planerfüllung u. a. m. sollten nach innen und außen Siegeszuversicht sowie politische Überlegenheit suggerieren und die Feinde des Sozialismus abschrecken.³⁰ Weniger monströs verlief der Versuch einer sowjetischen Durchdringung des kulturellen, insbesondere des Kunst- und literarischen Lebens in der SBZ/DDR. Interessant bleibt die Phase einer relativen Toleranz 1945/46, hier vor allem gegenüber Schriftstellern und Filmschaffenden. Im späteren „Leseland“ DDR lasen zwar viele Zeitgenossen mit Freude russische Klassiker und die Spitzenwerke der Sowjetliteratur – man diskutierte Scholochows „Der stille Don“ und Simonows „Die Lebenden und die Toten“ – und die Kinder begeisterten sich an den wunderschönen sowjetischen Märchenfilmen. Doch die ideologische Botschaft, dass die Sowjetunion und ihre Menschen ein nachzueiferndes Vorbild für die Deutschen seien, kam nicht an. Eine Sache, ein Kunstwerk gefiel oder gefiel nicht. Eine Reihe sowjetischer Dramen und Filme begeisterte, viele andere erlebten – trotz aufwendiger Propaganda und des Engagements des „Kulturbundes“ und der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) – leere Häuser und Kassen.

Die Propagierung der Sowjetkultur traf auch auf „hausgemachte“ Hindernisse. So stießen die Verherrlichung Stalins und beispielsweise der 1951 eröffnete dogmatische Kampf gegen den „Formalismus“ die Zeitgenossen ab. Die ideologische Verdammung von Kunstwerken,

30 Danyel, Jürgen: Politische Rituale als Sowjetimporte, in: ebenda, S. 74.

die den Realismusvorstellungen und dem kleinbürgerlich-biederem Geschmack sowjetischer und ostdeutscher Funktionäre nicht entsprachen oder in den Verdacht „dekadenter“ amerikanischer Machart gerieten, stieß auf Widerspruch³¹. Auch wurden die in erster Linie den Jugendlichen in der DDR angebotenen sowjetischen Idole nur selten angenommen. Dennoch gab der zwar tendenziöse, aber literarisch gute Roman Ostrowskis „Wie der Stahl gehärtet wurde“ mit seiner Heroisierung von Aufbauleistungen und einem bis in die Selbstaufgabegetriebenen kommunistischen Enthusiasmus für viele der „FDJ-Generation“ durchaus eine *moralische Richtschnur* ab.³² In der Tat könnte man die Geschichte der Sowjetisierung in der DDR auch *anhand der Rekonstruktion der Entwicklung des Literaturimports aus der Sowjetunion nachzeichnen*.³³ Dabei stößt der Interessierte nicht nur auf zeitbedingte methodische Fragen einer geistigen Sowjetisierung, sondern auf das prinzipielle Problem einer Klärung der Verhältnisse der DDR-Bevölkerung zur Sowjetunion.³⁴

Als ein Resümee: Wirkungen

In erheblichem Maße assoziierten „Stalin“, „Sowjetunion“ und „Russen“ sowjetische Gewaltherrschaft, Verhaftungen, Verschleppungen, Lager und Rückständigkeit. Während viele Deutsche in Amerika das Moderne an sich, Freiheit und Wohlstand, schlicht etwas sahen, dem nachzueifern sei, wurde das von der SED propagierte Vorbild Sowjetunion und die damit verbundenen kommunistischen Menschenbilder und Werte von den meisten nicht angenommen. Für viele war „Russland“ das Gegenstück zu Amerika: Unmodern, arm, „asiatisch“. Alte, nie überwundene Feindbilder lebten auf. Dieser sehr emotionale Antisowjetismus ließ Differenzierungen kaum zu. Ein wirkliches gegenseitiges Kennenlernen von sowjetischen und ostdeutschen Bürgern blieb weitgehend aus. Dazu trug die Praxis des bürokratisierten und gelenkten Reiseverkehrs bei, die private Kontakte behinderte.

So führt indifferenziertes bis prosowjetisches Handeln wieder zu der Frage, warum verschiedene politische und soziale Gruppen in der

31 Vgl. ebd., S. 34–44.

32 Badstübner-Peters, Evemarie: Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen. Ansichten über Eigenes und Fremdes in der Alltagsgeschichte der DDR, in: Jarausch/Siegrist: Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 308.

33 Lokatis, Siegfried: Sowjetisierung und Literaturpolitik, in: ebd., S. 369.

34 Vgl. Barck, Simone: Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ 1948/1949, in: ebd., S. 336.

DDR Sowjetisierung tolerierten und andere sie begrüßten. Inwiefern taten das die Aktiven unter ihnen in dem Bewusstsein, dass das Sowjetsystem, dessen „kleine Fehler“ man eben hinnehmen müsse, den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiere und für eine Erneuerung Deutschlands unverzichtbar sei?

Doch schließlich obsiegte die Ablehnung über die Akzeptanz. Im Alltag verweigerten viele DDR-Bürger ihre Teilnahme an prosowjetischen Veranstaltungen oder nahmen Pflichtaktionen nur formal wahr – durch bloße Anwesenheit. Die Aversion gegen das „Russische“ schloss bei vielen jungen Menschen leider auch einen inhaltenden Widerstand gegen das Erlernen der russischen Sprache ein. Russischunterricht war obligatorisch, man „lernte“ diese Sprache über viele Jahre und lernte sie doch nicht.

Während die staatlichen und gesellschaftlichen Gremien und Instanzen das Vorbild Sowjetunion mit aller Kraft und großem Aufwand propagierten, wandte sich die Mehrzahl der Menschen in der DDR in eigener Initiative der öffentlich verteufelten westlichen Massenkultur zu und zog sich auf das individuelle Kultur- und Kunsterlebnis zurück.

Nach dem Mauerbau 1961 begannen sich viele DDR-Deutsche mit den sozialistischen Verhältnissen abzufinden und sich in der DDR einzurichten. In der DDR leben hieß eben auch, mit den Ergebnissen einer langjährigen Sowjetisierung zu leben. Doch nicht nur die Gewöhnung spielte eine Rolle. Schon die „Entstalinisierung“ 1956 hatte verschiedene ihrer Prinzipien in Frage gestellt. Zudem flaute am Ende der fünfziger Jahre die Sowjetisierung deutlich ab und die Erinnerungen verblassten. In diesem Kontext entstand die Forschungsfrage, ob und inwiefern Ergebnisse und Folgen von Sowjetisierungsprozessen bereits in den Jahren nach dem Mauerbau rückgängig gemacht wurden oder sich im Alltag selbst abbauten. Einer weiteren Klärung bedürfen auch die Fragen, inwiefern nach dem Nationalsozialismus die Sowjetisierung eine Form der „Modernisierung“ der Gesellschaft in der SBZ/DDR darstellte und von ihren politischen Eliten als eine solche wahrgenommen wurde. Bereits in der Einleitung des Beitrages ist gefragt worden, ob die Sowjetisierung mögliche Langzeitwirkungen ausübte. Wo hinterließ sie Spuren? Eine Aussage lässt sich mit Sicherheit treffen: Einen Identitätswandel der Deutschen in diesem Land hat sie nicht bewirkt.

Politische Justiz als Herrschaftsinstrument von SED und MfS

OStA Dr. Hans-Jürgen Grasmann,
Braunschweig



Die Politisierung der Justiz in der DDR, deren Ergebnis die unbedingte Parteilichkeit in der richterlichen Entscheidung und die Bindung der Rechtsprechung an die Beschlüsse der Partei war, war zu keiner Zeit eine nur kurz- oder mittelfristige Reaktion auf Entwicklungstendenzen, die der SED gefährlich erschienen, sondern unabdingbares Erfordernis zur Erhaltung der nicht demokratisch legitimierten Macht. Die Kriminalisierung jeder Opposition hatte in der DDR deshalb Tradition.

Die Gesetze fordern, dass unsere Straforgane, geleitet von ihrem sozialistischen Bewusstsein und ihrer politischen Verantwortung vor dem deutschen Volk, die aktive und schöpferische Rolle der demokratischen Gesetzlichkeit gegenüber allen verbrecherischen Anschlägen auf unsere Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklichen, jeglicher Verletzung der sozialistischen Gesetze konsequent entgegenreten und zur strengsten Einhaltung der Gesetze erziehen. Unsere Richter und Staatsanwälte müssen die ökonomischen und politischen Aufgaben und Ziele der Partei der Arbeiterklasse und des demokratischen Staates sorgfältig studieren und ihrer gesamten Tätigkeit zugrunde legen. Sie müssen den engen Zusammenhang zwischen einzelnen Verbrechen und der bestehenden Situation des Klassenkampfes aufdecken, führten bereits 1953 die DDR-Rechtswissenschaftler Hans Gerats und Joachim Renneberg aus.

Der damalige Generalstaatsanwalt der DDR, Ernst Melsheimer (SED) brachte die Forderung der Partei auf eine noch kürzere Formel: *In der richterlichen Entscheidung muss sich die Bereitschaft widerspiegeln, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung gefassten Beschlüsse durchzusetzen.* Nicht ohne Grund lief in der DDR der Satz um: „Wer etwas tut oder unterlässt, wird bestraft; Abweichendes regelt das Politbüro.“

Die politische Rigorosität im Umgang mit dem Strafrecht war freilich nicht auf die Anleitung der Staatsanwälte und Richter beschränkt. Durchsetzung und Sicherung der SED-Politik in Staat und Gesellschaft waren nur gewährleistet, wenn aus dem Führungsmonopol der Partei auch der Instrumentalcharakter des Rechts abgeleitet wurde und Parteibeschlüsse den von den staatlichen Organen erlassenen Rechtsnormen übergeordnet waren.

Wo ein Strafgesetz bereits durch seinen Wortlaut an ein Pamphlet erinnert, kann eine politisch unvoreingenommene – also gerechte – Entscheidung kaum möglich sein, denn natürlich besteht zwischen Form und Inhalt eines Strafgesetzes ein dialektischer Zusammenhang. Es ist schwierig, ein Gesetz in sachlicher Formulierung zu halten, wenn es inhaltlich einem politischen Zweck dienen soll. Diese Aussage Karl Wilhelm Fricke kann auf eine Vielzahl von Bestimmungen des politischen Strafrechts der DDR bezogen werden: „Staatsfeindliche Hetze“ (§ 106), „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ (§ 214), „Ungesetzliche Verbindungsaufnahme“ (§ 219), „Öffentliche Herabwürdigung“ (§ 220). Auf diese und andere Rechtsnormen trifft auch die Feststellung von Karl Marx zu: *Gesetze, die nicht die Handlung als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zu ihren Hauptkriterien machen, sind nichts als positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit.*

40 Jahre Rechtsanwendungspraxis haben gezeigt, dass dieser Satz des Klassikers des Sozialismus von den Repräsentanten des „real existierenden Sozialismus“ nicht beachtet worden ist. Bis zuletzt waren die Anstrengungen spürbar, die Auslegungsmöglichkeiten zum Nachteil von Betroffenen zu erweitern. Selbst harmlose Witze oder die Mitteilung persönlicher Erfahrungen an westliche Verwandte konnten einen DDR-Bürger der Strafverfolgung und in deren Folge der politischen Asozialität aussetzen. Wer mit Maßnahmen „sozialistischer Brudernationen“, beispielsweise dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, nicht einverstanden war und dies zum Ausdruck brachte oder wer sich über die „Bruderpartei“ DKP in der Weise lustig machte, dass sie bei den Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland immer nur so viele Zehntelprozente an Stimmen erhalte, wie der SED an 100 % fehlen, musste mit einer Bestrafung wegen „staatsfeindlicher Hetze“ rechnen.

Die seit 1990 geöffneten Straf- und MfS-Akten und deren wissenschaftliche Auswertung lassen erkennen, in welchem Ausmaß Staatsanwaltschaft und Gerichte zu willfährigen Instrumenten von Partei und Staatssicherheit geworden sind – eine Bestätigung und Genugtuung für Karl Wilhelm Fricke, der wie kein anderer schon lange vor dem Ende des SED-Regimes Chronist der „Strafjustiz im Parteiauftrag“ war.

Dass die Partei- und Staatsführung vor allem der Staatsanwaltschaft vertrauen konnte, hat Lothar Reuter, langjähriger Ausbilder des staatsanwaltschaftlichen Nachwuchses an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena und 1990 kurzfristig Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR, nach der „Wende“ wie folgt belegt: *Zentralistisch organisiert, unterstand die Staatsanwaltschaft der unmittelbaren politischen Führung durch das ZK der SED, das sich auch die Bestätigung aller leitenden Staatsanwälte in der Zentrale und der Bezirksstaatsanwälte nach dem Nomenklaturkaderprinzip vorbehalten hat. Über ein abgestimmtes und mit Konsequenz durchgesetztes System der Auswahl und parteipolitischen Bildung (an der Parteihochschule der SED bzw. an Bildungseinrichtungen der KPdSU) sicherte sich das ZK der SED einen entscheidenden Einfluss darauf, dass alle Führungsfunktionen in der Staatsanwaltschaft mit der Partei „treu ergebenen“ Staatsanwälten besetzt wurden. Im Übrigen war gewährleistet, dass nur der Staatsanwalt werden konnte, der der SED angehörte oder seine Absicht erklärt hatte, ihr beizutreten. Die Parteiorganisation der Staatsanwaltschaft, unmittelbar von den Leitungen der SED auf der betreffenden Ebene angeleitet, sicherte die strikte Ausrichtung der Staatsanwälte auf die Politik der Partei und ein dementsprechend konformes Verhalten, das eine kritische Distanz zu dieser Politik ausschloss.*

Nicht wenige ehemalige DDR-Staatsanwälte, insbesondere solche der Abteilung 1 A, haben freilich die politisch-ideologischen Lenkungsmaßnahmen nicht als Beeinträchtigung ihrer Tätigkeit empfunden. Manche vermitteln in Gesprächen sogar den Eindruck, in politischen Strafverfahren gegenüber der schwachen Stellung der Richter überlegen gewesen zu sein. Sie hätten die Entscheidung getroffen, was letztendlich mit einem Angeklagten zu geschehen hatte, die Gerichte hätten überwiegend bereits gefällte Entscheidungen nur nachvollzogen und für die Öffentlichkeit legitimiert. Dieses Selbstbildnis der Staatsanwälte, das bei anderen Staatsanwälten keine Zustimmung findet, wird indes durch Dokumente des SED-Parteiarchivs und durch MfS-Akten beeinträchtigt. Diese erlauben heute die Feststellung, dass jedenfalls die Staatsanwälte der 1 A-Abteilung sich „im unmittelbaren Schlepptau des Ministeriums für Staatssicherheit“ befunden haben, das in Abstimmung mit der SED-Führung und in deren Auftrag allein Strategie und Taktik des Kampfes gegen Andersdenkende und die sich immer

stärker formierende politische Opposition ausgearbeitet hat. Deshalb räumen andere ehemalige DDR-Staatsanwälte unumwunden ein, sie hätten der übermächtigen Dominanz des MfS nichts entgegenzusetzen vermocht, selbst wenn sie im Einzelfall unter Hinweis auf Rechtsverletzungen durch das Untersuchungsorgan MfS gewollt hätten. Den etwa 1.100 Staatsanwälten in der DDR standen immerhin 91.000 hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit gegenüber. Nicht ohne Grund konnte Erich Mielke auf der Zentralen Dienstkonferenz am 24.5.1979 erklären: *Um es noch einmal deutlich zu sagen: Feinde bearbeiten wir!*

Die kritiklose Übernahme des Ermittlungsergebnisses des MfS einschließlich dessen rechtlicher Würdigung durch die Staatsanwaltschaft wurde durch die Richter fortgesetzt. Auf die Frage von hessischen Richterkollegen am 13.2.1990, wie er mit Strafsachen umgegangen sei, die die Staatssicherheit bearbeitet habe, hat der damalige Vorsitzende des 1. Strafsenats des Bezirksgerichts Erfurt geantwortet: Diese Sachen habe er am liebsten bearbeitet. Grund: Die Stasi habe die fähigsten Ermittler gehabt und sei kriminaltechnisch bestens gerüstet gewesen. Mit der „normalen“ Kripo habe es wegen deren unzulänglicher Vorarbeit häufig Probleme gegeben. Die „Stasi-Sachen“ habe er ohne jede Vorbereitung verhandeln können, die brauchte er gar nicht zu lesen, zumal die Angeklagten ausnahmslos in den U-Haftanstalten des MfS Geständnisse abgelegt hätten.

Bis zum Ende der SED-Herrschaft oblag es der politischen Justiz, durch exemplarisch hohe Strafen Respekt gegenüber der Partei- und Staatsführung zu erzeugen. Gewährleistet war dies zum einen durch das zu diesem Zweck bereitgestellte Instrumentarium des materiellen Rechts, in dem der Parteiwille bereits zum Ausdruck kam, zum anderen durch die als verlässliche Partei- und Staatsfunktionäre auftretenden Richter und Staatsanwälte. *Wenn die Partei Weisung gibt, folgen die Richter*, hat Walter Janka über seine Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus durch das Oberste Gericht der DDR im Juli 1957 geschrieben.

Dem Selbstverständnis der SED aus dem Jahre 1961, dass jedes Urteil eine politische Tat sei, steht heute sogar die Erkenntnis der PDS in der Enquete-Kommission gegenüber: *Der Krebschaden der Rechtskonzeption der SED bestand in der Reduktion des Rechts auf seine Instrumentalität und in der Weigerung, die Funktion des Rechts als Maß der Macht zu akzeptieren.*

Die heute zugänglichen Verfahrensakten der politischen Justiz der DDR und die dazu gehörenden Operativvorgänge des MfS, die die „Drehbücher“ und „Regieanweisungen“, „Strafmaßanregungen“ und sogar vorbereitete ADN-Meldungen über das „Ergebnis“ der künftigen Hauptverhandlung enthalten, sind Urkundsbeweise für die Perfektion

der Lenkungsmechanismen im SED-Staat, aber auch dafür, dass – im Sinne einer politischen Bewertung – die DDR ein „Unrechtsstaat“ war, der immer weniger mit der freiwilligen Zustimmung seiner Bürger rechnen konnte und deshalb zu Recht mit seinen Instrumenten der Überwachung und Unterdrückung untergegangen ist.

Unfähig im politischen Umgang mit der inneren Opposition haben die Herrschenden in Ost-Berlin als Vertreter einer politischen Ordnung – die die Grundfesten ihrer auf Angst gegründeten Macht gefährdet sah, wenn die Angst nachließ – auch dann noch reagiert, als Proteste und Unbotmäßigkeiten der Bürger deutlich zunahmen. Deshalb wurde das Zeigen von Transparenten in der Öffentlichkeit durch Ausreisewillige ebenso unnachgiebig geahndet wie eine als unliebsam empfundene Äußerung gegenüber einem Bediensteten der staatlichen Verwaltung. Dies ergibt sich aus zahlreichen ausgewerteten Urteilen vor allem aus den letzten beiden Jahren vor dem Ende des SED-Regimes. Wegen „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ (§ 214 StGB) wurde ein 21 Jahre alter Lagerarbeiter aus Karl-Marx-Stadt in Untersuchungshaft genommen und zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt, weil er nach Ablehnung seines Übersiedlungsantrages am Jahrestag der Gründung der DDR, 7.10.1987, aus seinem Wohnungsfenster ein Plakat mit der Aufschrift *Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht !* gehängt hatte. Bereits zwei Stunden danach entfernten MfS-Angehörige das Plakat aus dem Fenster und nahmen den Lagerarbeiter fest.

Ebenfalls wegen „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit“ wurde ein 24 Jahre alter Dreher aus Rathenow am 1.7.1987 zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Nach erfolglosem Ausreiseantrag hatte er sich entschlossen, mit einer Plakataktion auf seine Situation aufmerksam zu machen und in den Vormittagsstunden des 16.4.1987 ein Transparent an einer Brücke über der Transitautobahn in Richtung Berlin angebracht, auf dem stand: *Freiheit = Recht für alle. E. Honecker, rück meine Ausreise raus*. Daneben hatte er seinen Namen und seinen Wohnort vermerkt. Noch am Nachmittag wurde er festgenommen.

Das Kreisgericht Halle verurteilte am 28.12.1987 einen Busfahrer aus Hohenmölsen wegen Verstoßes gegen § 214 StGB zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Über seine Festnahme hat er berichtet:

Mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der DDR war ich nicht zufrieden. Ich war in keiner Partei und habe mich nicht politisch betätigt, und deshalb war ich nicht so beliebt. Verwandte hatte ich auch in der Bundesrepublik und wollte mit meiner Familie die DDR verlassen. Deshalb stellte ich am 9.1.1986 bei der Abteilung für Inneres beim Kreis Hohenmölsen einen Ausreiseantrag für mich

und meine Familie. Nach längerer Wartezeit wurde ich zum Verhör zur Abteilung für Inneres vorgeladen. Man versuchte mich umzustimmen und wollte wissen, warum wir ausreisen wollten. Bald danach wurde ich arbeitslos. Danach habe ich mit weißer Latexfarbe die Parole „Honecker pass auf!“ auf die Straße geschrieben. Ich wurde festgenommen von der Kripo und später einem Mann vom MfS Halle überstellt. Die Straftat wegen der Parole fiel dann unter die Amnestie. Jedoch hatte ich beim Besuch der Behörden immer meine schriftlichen Unterlagen (Ausreiseantrag u. ä. in Durchschrift) mit. Als ich mir nicht mehr zu helfen wusste und ich kein Fortkommen sah, habe ich dem Beamten meine Mappe gezeigt und angedeutet, dass ich diese Papiere in die Bundesrepublik schicken werde zum Fernsehen oder an die Presse. Danach erfolgte Hausdurchsuchung und ich wurde am 17.9.1987 verhaftet.

Als im Straßenbild immer häufiger weiße Schleifen an der Kleidung oder an der PKW-Antenne auftauchten, sollten sie durch „flächendeckende Maßnahmen“ eingezogen und die „Täter“ wegen Verstoßes gegen § 214 StGB mit Freiheitsstrafe ohne Bewährung zur Rechenschaft gezogen werden.

Ein 22 Jahre alter Dachklempner aus Ost-Berlin hat in seiner Anhörung für die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter kurz vor der „Wende“ berichtet:

Ich hatte im März 1988 einen Übersiedlungsantrag gestellt, der aber nicht in meinem Sinn bearbeitet wurde. Um meine Ausreisebemühungen voranzutreiben, engagierte ich mich in Kirchenkreisen. Zum äußeren Zeichen unseres Ausreisewillens befestigten wir weiße Bänder an unserem PKW. Am 11.9.1988 wurde ich nach einem Gottesdienst in Berlin-Treptow von der Polizei gestoppt und darauf hingewiesen, dass es nicht zulässig sei, das weiße Band am Auto zu befestigen. Auf meine Frage, nach welchen Bestimmungen dies nicht zulässig sei, konnte mir keine ausreichende Erklärung gegeben werden. Ich entfernte dennoch das weiße Band, brachte es später aber wieder am Auto an. Am 12.9.1988 fuhr ich nach Leipzig, um dort an einem Gottesdienst teilzunehmen. Unterwegs wurde ich von der Polizei angehalten und aufgefordert, das weiße Band zu entfernen. Ich entfernte das Band, brachte es wenig später wieder am Auto an. An der Autobahnabfahrt nach Leipzig wurde ich wieder gestoppt. Mir wurde – wie mehreren anderen Personen auch, die schon dort standen – die Weiterfahrt verweigert. Nach etwa vier Stunden erschien die Staatsicherheit mit Kleinbussen und brachte uns zu einem Polizeirevier... In den Vernehmungen wurde mir vorgeworfen, dass ich mich den Weisungen der Polizei widersetzt habe und durch das Anbringen des weißen Bandes meinen Ausreisewillen in die Öffentlichkeit getragen und dadurch den Staat erpresst habe.

Der Angeklagte wurde am 24.11.1988 vom Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg wegen Verstoßes gegen § 214 StGB zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Sein PKW Trabant wurde eingezogen.

Neben der weißen Schleife war auch das „A“ als Symbol für Ausreisewunsch und -antrag mehrfach Gegenstand von Strafverfahren. So wurde ein 35 Jahre alter DDR-Bürger aus Oschatz im April 1988 vom Kreisgericht Leipzig-Süd wegen Vergehens gegen § 214 StGB zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, weil er auf mehrere Fenster seiner Wohnung zur Straßenseite hin ein „A“ gemalt hatte, nachdem seine Anfragen hinsichtlich seines Übersiedlungsantrages unbeantwortet blieben.

Die Strafbestimmung des § 214 StGB diente auch zur Verurteilung von Ausreisewilligen, die zur Demonstration ihres Wunsches, in die Bundesrepublik Deutschland überzusiedeln, an Schweigemärschen teilnahmen. Schweigemärsche in Ost-Berlin am Brandenburger Tor, Unter den Linden und vor den Sammelpunkten Marx-Engels-Platz und Dom wurden wegen des massiven Einsatzes von MfS-Kräften und Polizei rasch unterbunden und die Teilnehmer in Untersuchungshaft genommen. Das Strafmaß lautete überwiegend 18 Monate Freiheitsstrafe. Freiheitsstrafen in dieser Höhe wurden auch gegen diejenigen Teilnehmer ausgesprochen, die keine Symbole mit sich geführt hatten, die über das Anliegen der Gruppe Aufschluss gegeben hätten.

Wer allerdings vor dem Staatsratsgebäude mittels eines Transparents Honecker öffentlich aufforderte, das gestellte Übersiedlungsersuchen zu bewilligen, musste erfahren, dass die Strafjustiz dafür ein höheres Strafmaß für angemessen erachtete. Eine 20 Jahre Krankenschwester wurde wegen einer solchen „Tat“ am 15.3.1988 vom Stadtbezirksgericht Berlin-Pankow zu einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, ihr 29 Jahre alter Freund sogar zu zwei Jahren Freiheitsentzug.

Wer seine Ausreise aus der DDR nicht durch demonstratives Auftreten in der Öffentlichkeit, sondern durch Briefe an Institutionen und Verwandte in der Bundesrepublik erreichen wollte, wurde auch 1988/89 unnachsichtig verfolgt und musste mit der Verhängung hoher Freiheitsstrafen rechnen, die an frühere Jahre, in denen die Strafurteile ungleich härter ausfielen, erinnerten. Dies belegt die Verurteilung eines 20-Jährigen und seiner 19 Jahre alten Freundin zu jeweils sechs Jahren Freiheitsstrafe am 8.4.1988 durch das Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt. Das Paar hatte nach einem fehlgeschlagenen Fluchtversuch über Ungarn seine persönlichen Daten an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt a. M. (IGfM) übermittelt. Dies begründete den Vorwurf der „landesverräterischen Nachrichtenübermittlung“,

dessen § 99 StGB eine Freiheitsstrafe von zwei bis zwölf Jahren vorsah.

Trotz der steigenden Zahl von Verurteilungen von Ausreiseartragstellern darf nicht übersehen werden, dass auch noch zu jener Zeit andere Betroffene wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ (§ 213 StGB) zu empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Den Fluchtversuch zweier junger Männer aus Magdeburg über die ungarische Grenze nach Österreich bestrafte das Kreisgericht Magdeburg-Mitte am 24.2.1988 mit jeweils zwei Jahren Haft. Einer der beiden Verurteilten, die zur Durchführung ihrer Flucht einen Urlaub in Ungarn nutzen wollten, hat später berichtet, dass er den Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft deshalb in besonderer Erinnerung behalten habe, weil dieser das beantragte Strafmaß von zwei Jahren auch damit begründet hat, sie hätten sich zur Täuschung der DDR-Organen eine Rückfahrkarte gekauft.

Ein wesentlich höheres Strafmaß hatte auch in der Endphase der DDR derjenige zu erwarten, der das Land mit Hilfe von Fluchthelfern illegal verlassen wollte. Das Bezirksgericht Potsdam verurteilte am 29.3.1988 einen 35 Jahre alten Arzt, der versucht hatte, im Kofferraum eines Fluchthelferfahrzeuges versteckt, über die Transitstrecke in die Bundesrepublik zu gelangen, zu drei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe. Seine beiden westlichen Fluchthelfer erhielten wegen „staatsfeindlichen Menschenhandels“ (§ 105 StGB) sogar Freiheitsstrafen von sechs und sieben Jahren.

Ausdruck der wegen der Gorbatschow-Reformen nicht mehr ungetrübten Beziehungen der SED zur KPdSU und zur Sowjetunion war, dass DDR-Bürger 1988 mit sofortiger Inhaftierung und Bestrafung rechnen mussten, wenn sie sich wegen ihres Ausreisewunsches z. B. an die Sowjetische Botschaft in Ost-Berlin wandten. Das Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg hat am 15.4.1988 einen 48 Jahre alten Ingenieur für Elektronik aus Berlin wegen „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit“ und „öffentlicher Herabwürdigung“ (§§ 214, 220 StGB) zu einem Jahr und sechs Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, weil er am 18.2.1988 in der Sowjetischen Botschaft Unter den Linden eine Petition abgegeben hatte, in der er die politischen Verhältnisse in der DDR und die fehlende Bereitschaft der *DDR-Obrigkeit zu einer Entwicklung, wie sie in der Sowjetunion im Gange ist*, schilderte.

Ebenfalls zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten ohne Bewährung wurden zwei junge Schweriner am 10.11.1988 vom Kreisgericht Schwerin dafür verurteilt, dass sie an dem auf dem sowjetischen Ehrenmal stehenden Panzer den Schriftzug *Perestroika – Befreit uns noch mal* angebracht hatten. Der ursprüngliche Vorwurf der

„öffentlichen Herabwürdigung“ wurde im Urteil durch den Tatbestand des § 214 StGB ersetzt.

Aber auch Briefe, die zwar kritischen Inhalts waren, jedoch keine Außenwirkung erlangten, zogen bis zum Ende der SED-Herrschaft Verfolgungsmaßnahmen des MfS und der Justiz nach sich. Nach einem ablehnenden Bescheid auf seinen Ausreiseantrag für sich und seine Familie wandte sich ein 47 Jahre alter Ingenieur im Juli 1988 mit einer erneuten Eingabe an den Rat des Kreises Oranienburg. Über den Inhalt dieser Eingabe hat er berichtet: *Ich kritisierte u. a., dass der Schießbefehl an der Grenze nur gegen die eigenen Leute gerichtet ist und nicht, um Feinde von außerhalb abzuwehren. Auch seien die Grenzanlagen zum Landesinneren hin gebaut und nicht nach außen. Der Bürger der DDR werde von den Behörden wie ein unmündiges Kind behandelt. Ich wies in unserem Schreiben auf die anderen von uns eingesandten Eingaben hin. Ich brachte zum Ausdruck, dass wir in diesem Staat DDR nicht mehr leben wollen.* Das Kreisgericht Potsdam verurteilte den Einsender und seine Frau, die die Eingabe mit unterzeichnet hatte, am 21.12.1988 jeweils zu einem Jahr Freiheitsentzug.

Dass durch die unabhängigen Menschenrechtsgruppen, die sich am 17.1.1988 an dem traditionellen Gedenkmarsch zum Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs in Ost-Berlin mit eigenen Losungen („Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“) beteiligten, die „Wende“ eingeläutet wurde, war wohl weder den über einhundert Verhafteten noch den Sicherheitsorganen bewusst. Die Ausweisung von Freya Klier und Stephan Krawczyk sowie anderer inhaftierter Bürgerrechtler, die Festnahme der Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte Ralf Hirsch, Wolfgang und Regina Templin, Bärbel Bohley und Werner Fischer sowie der Mitarbeiter der Umweltbibliothek Andreas Kalk, Bert Schlegel und Till Böttcher, die ebenso wie die Mitinitiatorin der „Kirche von unten“ Vera Wollenberger wegen „versuchter Zusammenrottung“ (§ 217 StGB) zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurden, haben zusammen mit den Tausenden von Teilnehmern der sich anschließenden Solidaritätsbekundungen in vielen Städten der DDR nicht nur Rudolf Bahros Satz aus dem Jahre 1977 *Es denkt in der DDR* bestätigt, sondern letztlich auch unter Beweis gestellt, dass Opposition und Widerstand gegen das SED-Regime immer auch ein Beitrag zur Wiedererlangung der deutschen Einheit war.

Autorenverzeichnis

Gursky, André

Dipl. phil., Leiter Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Backes, Uwe

Dr. phil., Prof. für Politikwissenschaft am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden

Kaufmann, Matthias

Dr. phil., Professor für Ethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Garbe, Detlef

Dr. phil., Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg

Lemke, Michael

Dr. phil., Professor für Zeitgeschichte am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam

Grasemann, Hans-Jürgen

Dr. jur., Oberstaatsanwalt, Braunschweig